PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH!

kommunistische volkszeitung

Wochenzeitung P 21903 C

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: W. Maier – Erscheint im Verlag: Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, 68 Mannheim, Sandhofer Str, 29, Telefon 0621/36015 – Druck: Caro-Druck, 6831 Plankstadt, Am Ochsenhorn 6 – Auflage: 40000 – Redaktion: 68 Mannheim, Sandhofer Str. 29, Telefon 0621/36014 – Ständiger Ausschuß des ZK des KBW: Telefon 0621/36012 – Jahresabonnement: incl. Porto 36 DM, In- und Ausland. Abonnements-Einzelbestellung durch Einzahlung auf Konto Buchvertrieb Hager GmbH, Volksbank Mannheim, Kto.-Nr. 189905 oder: PschA Karlsruhe, Kto.-Nr. 95837-753 – Die Zeitung wurde am Dienstag, den 3. Februar fertiggestellt.

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

5. Februar 1976 Jg. 4 Nr. 5 50 Pfennig



Am 31.1. demonstrierten in Bremen 400 für die Abschaffung des § 218 und gegen die Beschlagnahme einer § 218 Informationsbroschüre des Bremer Rundfunks durch die Justiz. Siehe Seite 9.

21.2. Demonstrationen gegen § 218

21.2. Demonstrationen gegen § 218

Schulstreiks und Demonstrationen breiten sich aus

Die bürgerliche Schulpolitik stößt auf wachsenden Widerstand

In der letzten und am Anfang dieser Woche demonstrierten im ganzen Bundesgebiet Zehntausende gegen die bürgerliche Schul- und Bildungspolitik. Anlaß für diese Kampfaktionen ist die Verschlechterung der Lage im Volksbildungswesen, die der bürgerliche Staat durch rigorose Mittelstreichungen, durch die direkte Ausplünderung der Volksmassen, die privat für die Kosten der Ausbildung herangezogen werden, hervorgerufen. Weiter die rechtlose Lage der Volksmassen gegenüber dem Volksbildungswesen, die Entrechtung der Lehrer gegenüber dem Dienstherren und der Schüler gegenüber der Schulleitung. Diese Bewegung hat das ganze Land erfaßt; sowohl in den großen Städten als auch in den entlegensten Orten wird zu Aktionen geschritten.

In Ober Rhoden, einem Ort in den Ausläufern des Odenwalds, zogen „geschlossen und diszipliniert über 800 Schüler durch die verschneiten Felder gen Urbach und von dort ebenso einträchtig zurück". (Offenbach Post) Die Schüler dieser Gesamtschule demonstrierten gegen die Entlassung von drei Referendaren und den damit verbundenen Unterrichtsausfall. In Norden in Ostfriesland fand die größte Demonstration nach dem [illegible] statt mit 2 000 Menschen. Auf [illegible] der GEW demonstrierten in Köln 1 500 Lehrer, Schüler und Studenten. Ebenso in Kassel. Auf einer abschließenden Kundgebung sprachen dort vor über 1 000 Leuten Vertreter des Elternbeirates, des Schülerrates, der Studenten, der GEW und des DGB. Großer Beifall kam immer dann auf, wenn zu gemeinsamem weiterem Vorgehen aufgerufen wurde. In ganz Niedersachsen und auch in Bremen und Hamburg fanden in den letzten Wochen zahlreiche Kundgebungen und Demonstrationen statt. Daran beteiligten sich in Bremen 2 000, in Stade 1 000, in Bremervörde 760, in Delmenhorst 300, in Northeim 500, in Luxstadt 300, in Osterholz-Scharmbeck 500, in Osnabrück 500, in Lüneburg 150. Vielfach waren diese Aktionen begleitet von Streiks der Schüler. In Hannover wurde bis zu zwei Tagen an drei Schulen gestreikt, weiterhin fanden Vollversammlungen statt. An einer Demonstration, zu der die Schüler aufgerufen hatten, nahmen 1 500 teil, an der Kundgebung, zu der der Stadtelternbeirat aufgerufen hatte, dann insgesamt 3 000. Auch in Lüneburg streikten die Schüler am Johanneum. In Hessen bereiten die Schüler den landesweiten Streik gegen einen geplanten Maulkorberlaß (RVO) für die Schülervertretungen vor, wozu in Frankfurt in 25 Schulen Vollversammlungen stattfanden. Ein Mädchengymnasium demonstrierte mit 200 Schülern durch die Stadt. In Bremen streikten jetzt am Montag drei Schulen mit über 1 000 Schülern gegen die Nichtweiterbeschäftigung eines Referendars und für ihre Rechte.

Von der bürgerlichen Presse wird diese Massenbewegung gegen die bürgerliche Schul- und Bildungspolitik fast völlig verschwiegen oder nur örtlich erwähnt. Die bürgerlichen Schreiberlinge wissen genau, was es zu verschweigen gilt: Zehntausende sind gegen die Bildungspolitik des bürgerlichen Staates und für ihre Rechte auf die Straße gezogen. Die Unfähigkeit [illegible] der Volksbildung zu genügen, tritt jetzt um so schroffer hervor, je mehr mit der Entwicklung der Krise der Kostengesichtspunkt zum Hauptgesichtspunkt der Reform wird. Bei den Volksmassen verschwinden zunehmend Illusionen darüber, daß über die Reform des Bildungssektors sie zu einer Veränderung ihrer Lage kommen. Das wird auch deutlich an den Bewegungen selber. Vielfach ist es noch so, daß bürgerliche Kräfte in ihnen Einfluß besitzen. In Niedersachsen z.B. versucht die CDU die Krise im Landesparlament zu nutzen, um in den verschiedenen Bewegungen des Volkes gegen die SPD Front zu machen. So auch in der Bildungspolitik. Wenn dann aber Demonstrationen wie in Hannover unter den Forderungen wie „Kein Albrecht Ravens Kasimir – alle Lehrer wollen wir!" durch die Stadt zieht, wird schnell deutlich, was die bürgerliche Presse verschweigen muß. Den Massen insgesamt soll nicht ins Bewußtsein kommen, wie weit sich die Kämpfe gegen den bürgerlichen Staat entwickelt haben und unter welcher Stoßrichtung. Denn keineswegs sind die Bewegungen gegen die Verrotung im Volksbildungswesen auf die Forderungen begrenzt, an denen sie sich unmittelbar entwickeln. In Köln sollte für bessere Schulen demonstriert werden, wie der Kölner GEW-Vorstand während der Demonstration an die Bevölkerung bekanntgab, und daher müsse man auch für die Einstellung aller Lehrer eintreten. Die Mehrheit der Demonstration trat aber nicht einfach für bessere Schulen und auch nicht einfach für bloß mehr Lehrer ein. „Einstellung aller Lehrer, Lehramtsanwärter und Erzieher, Arbeitslosengeld für arbeitslose Lehrer und Lehramtsanwärter! Weg mit dem besonderen Dienstrecht im öffentlichen Dienst! Weg mit dem Radikalenerlaß! Völlige Lehrmittelfreiheit! Einheitsschule bis zum 18. Lebensjahr! – das waren die Losungen, die immer wieder von großen Teilen des Demonstrationszuges aufgegriffen und lautstark vertreten und auch auf Transparenten mitgetra[illegible] jugendlichen trug Transparente: „Die Zukunft der Arbeiterjugend liegt im Sozialismus" und „Vorwärts im Kampf für den Sieg des Sozialismus". Und so war es in vielen Städten.

Diese Bewegung stößt zusammen mit der verschärften Reaktion der herrschende Klasse. Der herrschenden

Fortsetzung Seite 2

siehe auch Seite 8

Das Finanzkapital eröffnet die Ära Schleyer

Schleyer soll jetzt Präsident des BDI werden. Präsident des BDA ist er schon. Die Bourgeoispresse jubelt. Er sei „aus hartem Holz geschnitzt", er hätte eine „Ausstrahlungskraft", und glücklich zu preisen sei die Kapitalistenklasse, die solche großartigen Männer immer wieder hervorbringt und besonders glücklich die Arbeitgeberverbände, daß sie ihn hätten.

Hart ist Hanns Martin Schleyer vor allem dort, wo die Leber sitzt, und „geschnitzt" wurde er hauptsächlich auf dem Paukboden; das Ergebnis ziert seinen Schädel, und ob er aus „Holz" ist, wissen wir nicht.

Ansonsten vertritt er: Privateigentum ist gut, Unternehmertum der höchste Wert, Profit ist gut und ein feines Leben ist dann gut, wenn es solche wie er führen. Schlecht sind Löhne, weil immer zu hoch, schlecht ist die Unabhängigkeit der Länder der Dritten Welt, weil sie auf die Rohstoffpreise geht, und schlecht ist die Überbeschäftigung, also wenn jeder eine Arbeit hat, weil das geht auf die Arbeitsmoral.

Zur Durchsetzung dieser Werte haben die Kapitalistenverbände den bürgerlichen Staatsapparat, und da läßt sich's leicht hart sein. Wenn die bourgeoisen Meinungsmacher dem Hanns Martin Schleyer Kränze winden, so tun sie es, um die Kapitalisten zu bestärken, sich als das Salz der Erde und Knüttel der Arbeiterbewegung herauszustellen.

Die gesamte Bourgeoisie fordert, daß die Kapitalisten zusammenrücken müssen. Absatzmärkte, Rohstoffquellen, Anlagesphären für's müde Kapital, das lockt auf dem Weltmarkt, und die westdeutsche Bourgeoisie will mitmischen.

Dazu muß sie im Inneren des Landes die Existenzbedingungen der Arbeiterklasse herabdrücken. Eine geschlossene Front der Kapitalisten ist nötig. Wo keiner aus der Reihe tanzt. Dazu brauchen die Kapitalisten starke Verbände. Den Lohn seiner Arbeiter drücken, das will jeder Kapitalist schon ganz allein. Aber die Arbeiter, unverschämt wie sie sind, schließen sich zusammen. So daß im Kampf gegen die Kapitalisten die Arbeiter eine einheitliche Front bilden und die Kapitalisten aufeinander losgehen.

Nicht selten waren in den letzten Jahrzehnten die Kapitalisten nicht geschlossen genug, um durch brutale Kampfaktionen die Arbeiter zu berauben. Der Profit hat gelockt, der gemacht wird, wenn man als erster Kapitalist einem Streik nachgibt. Das gibt nicht nur weniger Produktionsausfall, das kann auch rasche Lieferfähigkeit, Wegschnappen von Kunden und Ausdehnen von Marktanteilen bedeuten.

Damit muß jetzt Schluß sein, denn süß lockt der Weltmarkt, so süß wie einst der „Platz an der Sonne" und dann der „Raum" für das „Volk".

Die „Plätze" und „Räume" werden für die imperialistische Bourgeoisie aber bloß zugänglich, wenn sie es versteht, in der Kunst der Schweißauspressung alle anderen Kapitalisten sozusagen weltweit zu überflügeln. Dazu brauchen sie Geschlossenheit, und deswegen baut die Bourgeoispresse den Schleyer als Kettenhund auf.

Die wilde Entschlossenheit, die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse etwa auf das Niveau von 1938 zu befördern, tut es nicht. Es gibt bekanntlich die Arbeiterbewegung. Wenn es nicht gelingt, die Arbeiterbewegung politisch zu unterhöhlen, kann aus den imperialistischen Blütenträumen nichts werden.

Die Bourgeoispresse fürchtet, wenn die Kapitalisten nicht in der Krise offen politisch hervortreten, dann wird man ihnen die Schuld an der Krise geben, die sie tatsächlich auch haben.

Nur Frechheit kann die Bourgeoisie davor retten. Wenn sie nur laut und einheitlich trompeten: Nicht von uns stammt dieses Elend, sondern es kommt von der Maßlosigkeit der Arbeiter und der Mißwirtschaft in anderen Teilen der Welt; und wenn sie gleichzeitig locken: Herrliche Zeiten stehen bevor, wenn die Arbeiter die Chance der Deutschen Industrie begreifen, die sich auf dem Weltmarkt auftut. Wenn die Arbeiter nur aufhören, die Vertretung ihrer Interessen im Kampf gegen die Kapitalisten und ihren Staat zu suchen. Wenn sie nur einsehen, daß man zusammen und unter Führung der Kapitalisten die Konkurrenten auf dem Weltmarkt niederbügeln muß, und wenn sie nur verstehen, daß man dazu einen starken Staat und absolute Ordnung im Inneren braucht, ja dann ...

Friderichs, der Mann der Industrie im Kabinett, hat jüngst in die Presse fließen lassen, er erwäge ein Verbot der Überstundenarbeit. Erhofft war ein Proteststurm der Arbeiter, weil sie auf die Überstunden angewiesen sind. Die Arbeiter sollten provoziert werden, öffentlich ihren heißen Wunsch kundzutun, sich durch Überstunden ruinieren zu dürfen. Das hat nicht geklappt. Bis solche Lemmingmentalität um sich greift, müssen die Kapitalistenverbände noch viel „Öffentlichkeitsarbeit" machen. Von dem Überstundenmanöver ist bloß übrig geblieben, daß die bürgerliche Presse daran erinnert hat, daß heut' noch die „Arbeitszeitverordnung" aus dem Jahre 38 gilt, die 48 Stunden für normal und 60 Stunden für erlaubt erklärt.

Das erinnert daran, was gesetzmäßig herauskommt, wenn die Bourgeoisie Versprechungen macht. Zuerst muß man die Knochen in der Fabrik hinhalten, dann auf dem Schlachtfeld.

Rundreise von Genosse R. Mugabe, Generalsekretär der ZANU

Vom 4. bis 7. Februar befindet sich der Genosse Robert Mugabe, Generalsekretär der Afrikanischen Nationalunion von Zimbabwe (ZANU), in der Bundesrepublik und Westberlin, um auf verschiedenen Veranstaltungen des Kommunistischen Bundes Westdeutschland und der ZASU (Zimbabwe African Students Union) über den aktuellen Stand des Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe zu berichten.

Wie der Präsident der ZANU, N. Sithole, wurde Mugabe vom kolonialistischen Siedlerregime fast zehn Jahre lang gefangengehalten und erst im Dezember 1974 freigelassen, als die Erfolge des bewaffneten Befreiungskampfes der ZANU das rhodesische Regime zur Einleitung eines „Entspannungsmanövers" zwangen. Genosse Mugabe hielt sich seit seiner Befreiung im Mozambique in den Lagern der Afrikanischen Befreiungsarmee Zimbabwes (ZANLA), dem militärischen Flügel der ZANU, auf, um den bewaffneten Kampf für die nationale und soziale Befreiung zu organisieren. Zehntausende junger Zimbabwer sind seither in diese Lager geströmt, um sich der ZANLA anzuschließen.

Veranstaltungen

- am 4. Februar in Mannheim, Europa-Grill, Schwetzinger Straße 103, 19.30 Uhr;
- am 5. Februar in Frankfurt, Haus Dornbusch, Eschersheimer Landstraße 248, 19.30 Uhr;
- am 6. Februar in Westberlin, Auditorium Maximum, Technische Universität, 20 Uhr;
- am 7. Februar in Essen, Jugendzentrum Papestraße 1, 18 Uhr.

Schulstreiks ... Fortsetzung

Klasse geht es darum, die wirtschaftliche Krise durch Ausplünderung der Volksmassen und verschärfte Ausbeutung der Arbeiterklasse bei gleichzeitiger Mästung der Kapitalistenklasse zu überwinden; dazu ist für sie erforderlich, daß die in den letzten Jahren erkämpften Rechte und Positionen der Arbeiterklasse und der Volksmassen zu liquidieren. Große Schlagkraft haben die Demonstrationen gegen die Schulmisere immer dann entfaltet, wenn Elternvertretungen, Lehrervertretungen und die Schüler gemeinsam untereinander Kontakt aufnahmen und Kampfaktionen beschlossen. Von ihren Funktionen sollen diese Vertretungsorgane direkte Handlanger der Schulbürokratie und des bürgerlichen Staates sein. Deshalb ist es auch so bedeutend, wenn z.B. in Kassel diese Vertretungen zu weiteren Kampfmaßnahmen gegen das hessische Kultusministerium und seine Schulpolitik aufrufen. Dagegen rüstet der bürgerliche Staat. Das Schulgesetz in Baden-Württemberg, das jetzt verabschiedet wurde, ist z.B. solch ein Rüstzeug. Jeder Eingriff der Eltern und der Schüler in den Schulbetrieb soll per Gesetz unmöglich gemacht werden. Die Lehrer werden der vollständigen Kontrolle der Schulleitung unterworfen. Solche Maßnahmen werden den Zusammenstoß von Eltern, Lehrern, Schülern auf der einen Seite und dem bürgerlichen Staat auf der anderen nur vervielfältigen. – (j.k.)

Die Reaktion will sich auf ein Gesetz einigen

Weg mit dem Radikalenerlaß

Seit Bestehen des sogenannten Radikalenerlasses auf Grundlage der Ministerpräsidentenbeschlüsse von 1972 sind eine halbe Million Bewerber für den öffentlichen Dienst unter Zuhilfenahme der Verfassungsschutzämter überprüft worden. Seit dieser Zeit auch streiten die bürgerlichen Parteien über eine bundeseinheitliche gesetzliche Regelung dieser Praxis, die nicht nur die Beamtenanwärter, sondern alle Angestellten und Arbeiter im öffentlichen Dienst betrifft. Im Land Hessen z.B. wurde ein Geheimerlaß bekannt, nach dem schon verfahren wird der und selbst auf Anwärter von Lehrstellen ausgedehnt ist.

Nach der Verabschiedung der Maulkorbgesetze, die das öffentliche Eintreten für die soziale Revolution und den demokratischen Kampf gegen den kapitalistischen Unterdrückerstaat unter Strafe stellt, soll nun auch die bundeseinheitliche Regelung für die Säuberung des Staatsapparates und die Berufsverbote im Bundestag durchgezogen werden. Der Vermittlungsausschuß von Bundestag und Bundesrat will in Kürze einen Vorschlag vorlegen. Die Bundesregierung hatte schon im Sommer 74 auf Vorwürfe der CDU/CSU geantwortet, daß es ihr keineswegs um eine „Umkehrung der Beweislast" ginge. Das heißt, der Bewerber muß seine Verfassungstreue unter Beweis stellen, wenn die Einstellungsbehörde auf Grund von Verfassungsschutzinformationen das „jederzeitige aktive Eintreten für die Verfassung der Bundesrepublik" anzweifelt.

Den Streit zwischen der FDP/SPD-Koalition und der CDU/CSU, ob die Mitgliedschaft in einer „verfassungsfeindlichen Organisation" ausreichender Ablehnungsgrund für den Eintritt in den öffentlichen Dienst sei, hat die Regierungskoalition inzwischen mit einem reaktionären Vorstoß beantwortet, der die Vorschläge der CDU/CSU überbietet. Die Mehrheit im Vermittlungsausschuß, das sind die Vertreter der Regierungskoalition, hat angekündigt, „Vorschriften über die Einführung eines förmlichen Verfahrens zur Feststellung der verfassungsfeindlichen Zielsetzung von Organisationen" vorzubereiten. (Bundestagsdrucksache 7/4183). Damit knüpft die SPD/FDP direkt an den Adenauer Erlaß von 1951 an, mit dem die Säuberung des öffentlichen Dienstes einschließlich der Arbeiter und Angestellten betrieben und das KPD-Verbotsurteil von 1956 vorbereitet wurde. Der Erlaß enthielt eine Aufzählung von legal bestehenden Organisationen, vor allem der KPD, deren Mitgliedschaft mit einer Beschäftigung im öffentlichen Dienst für unvereinbar erklärt wurde. Mit dem Aufschwung der demokratischen Bewegung Ende der sechziger Jahre ist dieser Erlaß, ohne jemals formal aufgehoben worden zu sein, immer weniger angewendet worden, bis 1972 mit den Ministerpräsidentenbeschlüssen die Praxis des Berufsverbotes zur Herstellung der Staatstreue im öffentlichen Dienst durchgesetzt wurde.

Wie bei allen reaktionären, gegen das Volk gerichteten Maßnahmen begründet die SPD/FDP-Koalition auch diesen reaktionären Vorstoß fortschrittlicher und kommunistischer Organisationen als Reform. In der Begründung des Vermittlungsausschusses handelt es sich um „Verfahrensvorschriften ...", die den Rechtsschutz eines Bewerbers, der wegen mangelnder Gewähr der Verfassungstreue abgelehnt werden soll, wesentlich verbessern."

Gegen den sogenannten Radikalenerlaß und die Berufsverbote gibt es von Anfang an breiten und anhaltenden Widerstand. Offensichtlich wollen sie jetzt die bürgerlichen Parteien schnell und unauffällig auf ein Gesetz einigen und zugleich noch ein Verbot revolutionärer und fortschrittlicher Organisationen beschließen mit einem Verfahren zur förmlichen Feststellung der Verfassungsfeindlichkeit von Organisationen. Grundlage all dieser Maßnahmen ist das KPD-Verbot. Deshalb: **Weg mit dem KPD-Verbot! Weg mit dem Radikalenerlaß!**

Freilassung von J. Noth und D. Hildebrandt

Weil er „weiterhin gewillt sei, die ‚bestehende Gesellschaftsordnung zu bekämpfen' und nach seiner politischen Überzeugung ‚diese Ordnung gestürzt' werden müsse", ist die Beschwerde des Genossen J. Noth auf sofortige Haftentlassung nun vom Oberlandesgericht Stuttgart „als unbegründet verworfen" worden. Jochen Noth und Dietrich Hildebrandt, die weiterhin im Gefängnis sind, weil sie im Juni 1970 gegen die imperialistische Ausbeutung und Unterdrückung demonstrierten (Cabora Bassa / McNamara-Demonstration), kandidieren auf der Liste des KBW bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg. Inzwischen sind weitere Proteste gegen die fortgesetzte Inhaftierung der Genossen eingegangen. So verabschiedete der Fachgruppenausschuß der Fachhochschule Niederrhein, Abteilung Mönchengladbach, eine Resolution, in der es heißt: „Die Justiz will die Haftstrafen der beiden Kommunisten auf unbegrenzt verlängern. Damit will sie verhindern, daß sie sich weiter führend an den Kämpfen des Volkes beteiligen. **Wir fordern: Sofortige Freilassung von Jochen Noth und Dietrich Hildebrandt!**"

Auf der Wahlkundgebung des KBW in Heidelberg am 28. Januar forderten 500 Teilnehmer die sofortige Freilassung der Genossen.

Türkische Revolutionäre in Köln verurteilt

Keine Abschiebung !

Köln. Am Freitag wurden im Prozeß gegen 4 türkische Patrioten Terrorurteile gefällt. Mustafa Tutkun und Ömer Özerturgut erhielten 2 Jahre Gefängnis, Hatice Yurtdas 1 Jahr und 9 Monate, Yüksel Ugurlu 1 Jahr und 6 Monate.

Verurteilt wurden sie von dem berüchtigten Scharfrichter Victor Henry de Somoskeoy wegen Mitgliedschaft und Unterstützung einer kriminellen Vereinigung. Obwohl im Urteil nicht ausdrücklich ausgesprochen, richtet sich der Vorwurf gegen die Patriotische Einheitsfront der Türkei (PEF). Dieses Urteil ist – wie auch die Verteidigung in ihren Plädoyers betonte – eine vorweggenommene Anwendung des neuen Maulkorbparagraphen, des neuen § 88 a. Über den gewaltsamen Sturz eines Regimes, wie das in der Türkei, darf nicht geredet werden. Außerdem will man die ausländischen Arbeiter in der BRD einschüchtern und von den deutschen Kollegen abspalten. Und, wie formulierte es der Staatsanwalt so schön: Die guten Beziehungen zwischen der BRD und der Türkei – zwecks Ausplünderung des Landes – werden durch die Aktivitäten der PEF gestört.

Grundlage der Anklage und des Urteils waren, abgesehen von einer gefundenen Pistole, nur Bücher, Broschüren und Briefe, vor allem marxistisch-leninistische Klassiker, sowie Literatur über Partisanen- und Guerillakampf. Die Angeklagten hätten ihre türkischen Landsleute in der BRD politisch und ideologisch beeinflussen wollen, um nach einer militärischen Ausbildung den bewaffneten Umsturz in der Türkei durchzuführen.

Der Angeklagte Ömer Özerturgut sagte dazu: „Wenn keine anderen Mittel mehr möglich sind, ist es gerecht, gegen ein faschistisches Regime mit Waffengewalt zu kämpfen. Mit individuellem Terror ist nichts zu erreichen. Der revolutionäre Kampf ist der des ganzen Volkes und nicht der einzelner Individuen."

Die hinterhältige Gleichung in Anklage und Urteil: Revolutionäre gleich Terroristen, wurde im gesamten Ablauf des Verfahrens deutlich. 3 von 4 Angeklagten saßen fast 21 Monate in teilweiser strenger Isolationshaft. 3 Angeklagte sperrte de Somoskeoy für das letzte Drittel des Prozesses ganz aus, weil sie ausgesprochen hatten, was jeder im Gerichtssaal spüren konnte: das Urteil stand von Anfang an fest.

Nachdem der baltische Baron sein Terrorurteil verkündet hatte, kam es zu Sprechchören im Zuhörerraum, die die Freiheit der 4 türkischen Patrioten forderten. Darauf ließ de Somoskeoy die Zuhörer von seinen Bütteln aus dem Saal prügeln. Selbst eine aus dem Ausland angereiste Beobachterin von Amnesty International wurde rausgeschmissen.

Nach dem Urteil – die Haftbefehle waren aufgehoben worden – kamen die Verurteilten sofort in Abschiebehaft, mit Ausnahme von Y. Ugurlu, der zur Urteilsverkündung nicht erschien.

Wie es den verurteilten türkischen Revolutionären in der Türkei ergehen wird, kann man sich leicht denken: sie werden sofort hinter Kerkermauern verschwinden, und ob sie jemals wieder lebend herauskommen, ist unsicher. Deshalb haben sie auch Antrag auf politisches Asyl gestellt.

Gegen das Urteil und die geplante Abschiebung und schon während der Untersuchungshaft und während des Prozesses gab es breite Proteste. Die Gruppe der Rechtsreferendare in der Gewerkschaft ÖTV verabschiedete einstimmig eine Resolution, in der gegen die Verabschiedung der neuen Maulkorbgesetze und gegen den „Türkenprozeß" protestiert wird.



Am Tag nach der Urteilsverkündung formierte sich in den „verbotenen" Zonen der Kölner Innenstadt – dem Einkaufsviertel – eine spontane Demonstration von ca. 150 Menschen unter den Forderungen:

Freiheit für die 4 türkischen Patrioten! Keine Abschiebung der 4 türkischen Patrioten! – (i.,r.)

2 Seiten eine Medaille

Keine Lohntüte, kein Lohnstreifen am Monatsende, wo nicht zwischen 10 und 75 DM weniger Lohnauszahlung war. Die Erhöhung der Abzüge für die Arbeitslosenversicherung, die Rente und die Krankenversicherung bedeutet mit einem Schlag eine Lohnkürzung von über einem Prozent für alle Lohnabhängigen. Und zu gleicher Zeit wurde die Minderung des Arbeitslosengeldes und des Kurzarbeitergeldes wirksam.

„Bei zumeist lebhaftem Geschäft kam es auf breiter Front zu Kurssteigerungen", meldete zum gleichen Monatsende die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" über den Abschluß der Börsengeschäfte. Spekuliert wird an der Börse auf die steigende Ausbeutung der Arbeiterklasse.

Angola: Imperialisten in Ost und West setzen Söldner ein

„Jetzt kämpfen auch Deutsche in Angola". Mit dieser Schlagzeile ist „Bild am Sonntag" erschienen. Berichtet wird, daß „jetzt auch ehemalige Bundeswehrsoldaten und afrika-erfahrene Ex-Legionäre" nach Angola gehen. „Ihre Aufgabe: Kampf gegen die erdrückende Übermacht der sowjetisch unterstützten MPLA." Die Zeitung propagiert diesen Söldnereinsatz, gibt die Kontaktstelle in Belgien an und veröffentlicht entsprechende Fotos. „Kongo-Müller" wird gleich zum „deutschen Major", Steiner zum „deutschen Söldnerführer". Die Bild-Zeitung ist dafür, daß der westdeutsche Imperialismus wieder mitmischt. Wenn auch fürs erste nur in Gestalt von Söldnern.

Tatsächlich verstärkt sich der Einsatz von Söldnertruppen im angolanischen Bürgerkrieg. Die Sowjetunion läßt nicht nach, kubanische Soldaten als ihre Söldner nach Angola einzufliegen, damit sie die MPLA unterstützen.

Kissinger hat versichert, er findet auch ohne die Zustimmung des Kongresses Mittel und Wege, die „prowestlichen" Befreiungsbewegungen zu unterstützen. Die USA träten mit ihrer Einmischung nicht gegen die MPLA auf, sondern gegen die immer stärkere Einmischung der Sowjetunion.

Nach Presseberichten verschaffen sich die beiden anderen Befreiungsorganisationen, UNITA und FNLA, ebenfalls vermehrt ausländische Söldner. Durch deren Einsatz soll die drohende Niederlage verhindert werden und die Einmischung des Sozialimperialismus, der im Namen des Kommunismus und Sozialismus auftritt, zurückgeschlagen werden. „Der Minister für Gesundheit und Soziales der FNLA-Regierung, Samuel Abrigada, verteidigte den Einsatz von europäischen Freiwilligen und sagte: ‚Es ist nichts Unehrenhaftes, wenn wir Experten einsetzen, die uns gegen kommunistische Angriffe aus dem Ausland schützen.'" (Süddeutsche Zeitung, 2. Februar)

Inzwischen spielen diese Söldnertruppen im Bürgerkrieg in Angola eine wichtige Rolle, gleichviel, von welcher Supermacht sie eingesetzt und finanziert werden. Die Sowjetunion läßt sie aus Kuba abkommandieren. Für die USA genügt es, auf den Söldnermarkt zurückzugreifen. Diese Söldner melden sich zum eigenen Vorteil. Es ist jene Sorte wurzelloser Existenzen, die sich immer an den Imperialisten verkauft, der genügend zahlt. Oft genug kommen sie aus den imperialistischen Armeen. Sie melden sich für den eigenen Vorteil und werden zum Vorteil der Imperialisten gegen die Völker eingesetzt.

Vor allem dann, wenn die Imperialisten nicht offen auftreten und nicht selber direkt eingreifen können, sondern Zwist innerhalb der Völker, innerhalb der jungen Nationalstaaten der Dritten Welt anstacheln und schüren. Steiner hat zuerst dem französischen Kolonialismus gegen das vietnamesische und algerische Volk gedient. Dann ist er für Abspaltungsmanöver in Nigeria und im Sudan eingesetzt worden. Finanziert wurde er durch kirchliche Einrichtungen und Tarnorganisationen wie die „Förderungsgesellschaft Afrikas" in der BRD.

Ihr massiver Einsatz ist nur Bestandteil der Eskalation des Bürgerkriegs durch die beiden Supermächte. Ihre Einmischung hat die Spaltung der angolanischen Befreiungsbewegung bewirkt. Die Fortsetzung ihrer Einmischung soll ihnen gegenseitig die Befreiungsorganisationen in die Arme treiben, um über Angola herrschen zu können. Rechtfertigt jede Supermacht ihre Einmischung mit der anderen, so verstärkt ihre Rivalität die Spaltung der angolanischen Befreiungsbewegung.

Auch die angolanischen Befreiungsorganisationen rechnen sich gegenseitig die jeweilige Unterstützung auf. Die MPLA kämpft gegen UNITA und FNLA, entlarvt den US-Imperialismus und erklärt, daß eine Regierung der nationalen Einheit nicht in Frage komme. Um im Kampf bestehen zu können, ist sie auf die Lieferungen des russischen Sozialimperialismus angewiesen. UNITA und FNLA kämpfen gegen die MPLA, entlarven die Einmischung des Sozialimperialismus und erklären, daß sie es nie hinnehmen werden, daß Angola eine Kolonie des russischen Sozialimperialismus wird. Sie stützen sich auf die Lieferungen des US-Imperialismus.

Das Volk Angolas will jedoch seine Unabhängigkeit und Selbständigkeit. Diese kann es nur gegen Imperialismus und Hegemoniestreben in jeder Gestalt herstellen und nur aus eigener Kraft. Das angolanische Volk, die angolanischen Befreiungsorganisationen haben gemeinsam gegen den portugiesischen Kolonialismus gekämpft und ihn geschlagen. Offensichtlich streben beide Supermächte danach, Angola zu beherrschen. Offensichtlich kann die nationale Einheit nicht bloß gegen eine hergestellt werden, wenn gleichzeitig die andere auf das Schicksal des Landes den Einfluß behalten soll und ihre Einmischung gerechtfertigt wird. Jetzt kann die Einheit des Volkes und die Einheit der angolanischen Befreiungsbewegung nur im Kampf gegen jede Einmischung, jeden Imperialismus hergestellt werden, nur im Vertrauen auf die eigene Kraft und gegen die beiden Supermächte im Rücken. Man hat sie nämlich nicht im Rücken, sondern im Nacken sitzen.

Das massive Auftreten von Söldnertruppen zeigt den Charakter des Krieges. Die afrikanischen Völker kennen diese Söldnertruppen. Sie haben immer auf ihr Unwesen getrieben und ihre Verbrechen an den Völkern Afrikas begangen, wenn die Völker uneins waren, zerrissen und der Imperialismus dies zum eigenen Vorteil genutzt hat. Sie sind aber auch immer dann schnell von der Bildfläche verschwunden, wenn die Völker sich einig waren und sich zusammengeschlossen haben gegen den Imperialismus. Zaire, das stets entschieden gegen die Einmischung der beiden Supermächte war, und sich vor allem gegen die der Sowjetunion aufgetreten ist, hat jetzt den Söldnern die Durchreise durch Zaire untersagt und FNLA und UNITA davon in Kenntnis gesetzt. Je mehr Angola zu einem Tummelplatz verschiedener Geldgeber wird, um so dringender wird es für die afrikanischen Völker, damit Schluß zu machen. – (hjh)

Wer treibt die Kartoffelpreise?

Bis zu 1,60 DM kostet inzwischen ein Kilo Kartoffeln. Seitdem die Familien kaum mehr die Möglichkeiten haben, Kartoffeln für den Winter zu lagern, ist die Lagerhaltung ganz in den Händen des Großhandels. Den zahlte den Bauern 1974 nur 10 Pfennig und weniger für ein Kilo, so daß die Bauern gezwungen waren, die Anbauflächen zu reduzieren, und die Trockenheit in Norddeutschland bewirkte zusätzlichen Produktionsrückgang. Jetzt spekuliert der Großhandel mit den knappen Kartoffeln, die er den Bauern im Herbst zu Erzeugerpreisen abgekauft hat, und treibt die Preise für die Verbraucher uferlos hoch.

„Stille Reserve" von 380 000 zusätzlichen Arbeitslosen

Über die tatsächliche Höhe der Arbeitslosigkeit gibt erstmals genauere Zahlen veröffentlicht worden. Neben der Zahl von 1 050 000 registrierten Arbeitslosen, die 4,6 Prozent der Lohnabhängigen in Westdeutschland ausmachen, wurde die Zahl der „nichtbeschäftigten Erwerbspersonen" mit 1 430 000 angegeben. Die Differenz zwischen beiden von 380 000 nennt das „Handelsblatt" „stille Reserve".

In der KVZ Nr. 1/1976 haben wir aus Anlaß der Landtagswahlen berichtet, wie sich die Filbinger-Regierung in Baden-Württemberg als Vorreiter der Reaktion hervorgetan hat. Schien der Filbinger-Regierung eine gesetzliche Maßnahme nicht reaktionär genug, war sie zur Stelle mit weitergehenden Vorschlägen und Anträgen zur Unterdrückung des Volkes, so beim § 218, bei den Maulkorbgesetzen 130 a und 88 a, in der Entrechtung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst, bei der Aufweichung der Schulpflicht. Im Lande selber versuchte sie jede Bewegung im Volk mit dem Polizeiknüppel, Wasserwerfern und Panzerwagen zu unterdrücken. Der Kampf gegen die Polizeikräfte, um den Bau des Kernkraftwerks am Kaiserstuhl, die Straßenkämpfe in Heidelberg gegen die Fahrpreiserhöhungen sind Ausdruck des scharfen Zusammenstoßes der demokratischen Massenbewegung mit der schwarzen Reaktion. Die wirtschaftliche Krise hat diese demokratischen Bewegungen hervorgebracht und zwingt die Bourgeoisie, den Ausbau ihres Staatsapparates zu forcieren. Sie kann die Ausbeutung der Arbeiterklasse und ihre Herrschaft über das ganze Volk nur aufrechterhalten, wenn sie jede selbständige Bewegung im Volk gewaltsam unterdrückt. Der Staatsapparat, den sie sich dafür geschaffen hat, lastet immer mehr auf den Volksmassen.

Zum Zwecke ihrer Unterdrückung aufgebaut und ausgebaut, sind sie es, die ihn durch ihrer Hände Arbeit, durch Steuer, Gebühren und Tarife finanzieren müssen. Innerhalb von zehn Jahren ist der Staatsapparat in Baden-Württemberg gewaltig angeschwollen. Die Beschäftigtenzahl im höheren Dienst ist von 1963 bis 1974 um 108 Prozent angestiegen, der mittlere Dienst um 64,2 Prozent. Funktionäre hat sich der Staat geschaffen einzig zum Zweck der Beaufsichtigung, Unterdrückung und Schikanierung.

Im letzten Jahr ist das Finanzkapital daran gegangen, den Staatsapparat schärfer auszurichten und die Regierung fester an die Kette zu legen. Große Propagandaanstrengungen macht die bürgerliche Klasse, um diese Tatsachen zu verhüllen.

Das Finanzkapital diktiert – Filbinger regiert

Die Landesregierung von Baden-Württemberg behauptet von sich, sie sei besonders sparsam. Ihrer weisen Politik sei es zu verdanken, daß das Land Baden-Württemberg nur geringe Schulden hätte. Aber schon ihm Frühsommer 1975 zeichnete sich ab, daß die Landesregierung mit ihrem Haushalt nicht über die Runden kommen wird, daß die Ausgaben die Einnahmen bei weitem übersteigen. Damals gab der Ministerpräsident bekannt, daß er auf gar keinen Fall daran denken würde, durch weitere Kreditaufnahmen das Loch im Haushalt zu stopfen. Wenn nicht durch Kredite, so müßte auf anderem Wege die fehlende Milliarde Mark besorgt werden. Fieberhaft kundschaftete die Landesregierung im September Möglichkeiten aus, diese Milliarde zu besorgen. Auf diesem Gebiet wird die Landesregierung zu großen Leistungen angetrieben, und schon bald legte sie einen Plan vor. Gespart werden sollte über Lohnkürzungen im öffentlichen Dienst, Erhöhungen der Gebühren und Tarife, Erhöhung der Geldstrafen, Kürzungen im Bereich der Schulen und Hochschulen. Während der ganzen Kampagne zur Sanierung der Staatsfinanzen beteuerte die Landesregierung immer wieder, daß eine weitere Verschuldung nicht in Frage käme. „Eine weitere Aufstockung des Eventualhaushaltes mit Hilfe von Krediten lehne die Landesregierung aber nachrücklich ab", bekräftigte Filbinger noch im September. (Staatsanzeiger, 20. September 1975) Zu diesem Zeitpunkt war für den Haushalt 1975 (20,558 Milliarden DM) eine Neuverschuldung von 1,959 Milliarden Mark vorgesehen. Mit den Schulden der Vorjahre war der Staat Baden-Württemberg mit 9,641 Milliarden bei den Banken und Kreditinstituten im Minus. Also fast die Hälfte ihres jährlichen Haushaltes hat die Landesregierung bei den Banken verpfändet. Die Finanzbourgeoisie gestand nun, im Sommer 1975, keine weiteren Kredite mehr zu. Die Regierung hatte erst einmal wieder zu zeigen, daß sie kreditwürdig ist, die Unterdrückung der Arbeiterklasse und des Volkes verschärft, daß die Kredite auch zinsträchtig angelegt sind und kein e Gelder zum Fenster hinausgeworfen werden. Die Regierung hatte unter Beweis zu stellen, daß sie das Geschäft der Sicherung der Ausbeutung der Arbeiter, der Ausplünderung des Volkes mittels Steuern und Gebühren, der Entrechtung der Volksmassen weiter und verschärft betreibt. Bevor wieder Kredite gegeben wurden, sollte die Landesregierung eine Milliarde Mark aus der Bevölkerung von Baden-Württemberg herauspressen. Diesen schlichten Tatbestand versucht die Regierung mit vielen Worten und grundsätzlichen Erwägungen über den Kreditmarkt, seine Belastbarkeit, seine Aufgaben für den Aufschwung usw. zu vertuschen.



Beschleunigte Behandlung der Ausplünderungspolitik im Parlament

Anfang September einigten sich die Parlamentsparteien auf eine beschleunigte Behandlung des Sparprogramms im Finanzausschuß und damit auf ein schnelleres Durchpeitschen der Beschlüsse im Parlament. Die erste Debatte über den Nachtragshaushalt in Baden-Württemberg fiel zeitlich zusammen mit der Behandlung des Haushaltssicherungsgesetzes im Bundestag. In Baden-Württemberg hatte die SPD das Maul gehalten, und die Landesregierung „wird im Bundesrat am 19. September dem gemeinsamen Konjunkturprogramm von Bund und Ländern zustimmen". (Staatsanzeiger, 20. September)

Lauthals hatte die SPD gegen die Pläne der Landesregierung zur Sanierung ihrer Finanzen polemisiert, ebenso die Landesregierung gegen das gemeinsame Konjunkturprogramm von Bund und Ländern. Als drohte, daß die parlamentarischen Manöver zuviel Staub aufwirbeln könnten, einigte man sich schnell. Im Landtag auf die verschärfte Ausbeutung und Ausplünderung, im Bund auf weitere Milliardenspritzen für die Kapitalisten.

Nachdem die Landesregierung ihren Plan zur Beschaffung der Milliarde ausgearbeitet hatte, die Parlamentsparteien zur vertrauensvollen Zusammenarbeit in Sachen Ausplünderung gebracht wurden, konnte der Finanzminister verkünden: „Bei allen Bedenken, die wir finanz- und haushaltspolitisch gegen Kreditaufnahmen in dieser Größenordnung haben, sind wir gezwungen, sie aus konjunkturpolitischen Gründen vorzunehmen." (Staatsanzeiger, 29. Oktober 1975) Innerhalb eines Monats haben sich die Ansichten der Regierung über die Kreditaufnahme geändert, um sich mit mehr als einer Milliarde wieder zu verschulden, auf insgesamt nun 11 Milliarden. Jährlich zieht das Finanzkapital von der Landesregierung so ungefähr 1 Milliarde Zinsen ein. Gleichauf hatte die erneute Schuldenaufnahme mit der Konjunkturpolitik begründet. Konjunkturpolitische Gründe hatte es für das Finanzkapital sicherlich, diesen Kredit zu geben. Sicher angelegt und gut verzinst, bei einem Gläubiger, den man schon über andere Verschuldungen fest in der Hand hat. Zwar hatte die Regierung noch nicht alle Ausplünderungsmaßnahmen in Gesetzesform gebracht, aber die Weichen waren gestellt. Die nötigen Parlamentsmehrheiten geklärt.

Am 10. Dezember wurde dann durch den Landtag das Haushaltsanpassungsgesetz verabschiedet, mit Einsparungen von schon 56 Millionen Mark für 1975. Im wesentlichen von außertariflichen Zulagen für Landesbedienstete, Kürzungen an den Einnahmen der Kommunen bei der Kfz-Steuer (ungefähr 30 Millionen) sowie Streichungen im Hochschulbereich. Die 56 Millionen Mark werden also entweder unmittelbar dem Volk abgepreßt oder auf dem Umweg über die Gemeinden, die ihre Einnahmenkürzungen von 30 Millionen Mark wiederum über Gebühren- und Tariferhöhungen reinholen. Die Gemeinden ihrerseits sind nämlich nicht weniger bei den Banken verschuldet als die Landesregierung, im Durchschnitt mit mehr als 1 000 Mark pro Einwohner.

Diese 56 Millionen Mark sind erst ein winziger Anteil des vorgesehenen Sparprogramms der Landesregierung, der Rest bis zur vorgesehenen Milliarde soll durch den Haushalt 1976 reingeholt werden. Gleichaufs Kommentar zur Verabschiedung des Nachtragshaushaltes und zu den vorgesehenen Planungen des Haushalts 1976: „Ohne gewisse Härten und Eingriffe in ‚wohlerworbene Rechte' werde man die öffentliche Finanzwirtschaft auf längere Sicht nicht in die richtige Ordnung bringen." (Staatsanzeiger, 20. Dezember 1975) Filbinger fügt am 24. Januar im Staatsanzeiger hinzu, daß er noch bis zur Wahl wichtige Vorhaben in die Tat umsetzen wolle, und das wichtigste sei der Haushalt 1976. Diese Pläne gedenkt die Filbinger-Regierung auf alle Fälle durchzusetzen. Weil sie damit rechnen muß, daß die erneute Welle der staatlichen Ausplünderung Widerstand in der Bevölkerung hervorrufen wird, brütet sie gleichzeitig über Plänen, welche Eingriffe in die Rechte des Volkes sie vornehmen muß, damit sich dieser Widerstand nicht organisieren kann. Damit ihre Pläne nicht gestört werden, treibt es die Landesregierung so weit, daß sie wissentlich und bewußt Steuereinnahmen von 442 Millionen Mark verschweigt, und das über mehrere Monate, bis darüber am 21. Januar eine Sitzung des Finanzausschusses platzte. (Stuttgarter Zeitung, 22. Januar)

Die Landesregierung plant, sich den wesentlichen Teil ihres Sparprogramms bei den Beschäftigten im öffentlichen Dienst zu holen. Filbinger: „Eine Einsparung von 6 700 Personalstellen verlange von den Angehörigen des öffentlichen Dienstes ein gehöriges Maß an Opferbereitschaft und Einsicht." (Staatsanzeiger, 10. Dezember)

Ausplünderung, Entrechtung und Unterdrückung gehen Hand in Hand!

Dieses gehörige Maß an Opferbereitschaft, für die Interessen der Finanzhaie für weniger Geld mehr als bisher angetrieben zu werden oder auf die Straße zu fliegen, bringt niemand freiwillig auf. Filbingers Finanzgehilfe macht deshalb Vorschläge: „Er bezweifle, ob angesichts der gegenwärtigen Lage die Tarifautonomie im öffentlichen Dienst noch ihre Berechtigung habe. Die Parlamente, die die Verantwortung für die Haushalte tragen sollten, werden mehr und mehr durch die Ergebnisse solcher Lohnverhandlungen in ihrer Handlungsfreiheit eingeengt." Völlige Knechtsgestalten will der Finanzminister im öffentlichen Dienst schaffen, der elementarsten Rechte beraubt und die keine Mittel mehr besitzen, den Kampf gegen die staatliche Willkür zu führen. Der Lohn soll von Staatsgnaden festgelegt werden, der liegt fest an der Kette des Finanzkapitals, so daß der Lohn der Beschäftigten unmittelbar von der Finanzbourgeoisie diktiert wird. Das schwebt dem christlichen Minister vor, solche Zustände wünscht er sich aus tiefstem Herzen, um die leidigen Auseinandersetzungen bei seiner Plünderungspolitik los zu werden. Ein nicht ernstzunehmender Ausrutscher eines konservativen Ministers? Sicher nicht, denn sein Ministerpräsident geht in die gleiche Richtung: „Wenn es bei jeder Sparmaßnahme zu einem solchen Aufschrei der betroffenen Bevölkerungsgruppe einschließlich der parlamentarischen Opposition kommt, wie dies bei den vor kurzem beschlossenen, verhältnismäßig geringfügigen Eindämmungen der Schülerbeförderungskosten geschehen ist, dann sind die Aussichten für die Bewältigung dieser Aufgaben nicht besonders gut."

Die baden-württembergische Landesregierung hatte hier im Auftrag des Finanzkapitals einen Vorstoß zu unternehmen, wie weit man es im Moment treiben kann, um die finsterste Reaktion mit vollständiger Entrechtung der Volksmassen zu errichten. Nachzulesen sind diese für die Reaktion wegweisenden Aussagen der Landesregierung im Staatsanzeiger vom 3. September 1975. Aber genau wie beim Schülerfahrtkostenerlaß traf die Landesregierung auf einen Gegner, der wußte, wie er sich zu wehren hat, um seine Rechte zu verteidigen. In der Gewerkschaft ÖTV erhob sich eine Welle des Protestes gegen die Absichten des Geldeintreibers Gleichauf und wurde überall die Bereitschaft angekündigt, den Kampf um die Tariffähigkeit der Gewerkschaft ÖTV aufzunehmen. Dieser Angriff konnte zurückgeschlagen werden, aber der nächste Versuch wird nicht lange auf sich warten lassen.

Was macht die Landesregierung mit den vom Volk abgepreßten Reichtümern und den teuren Krediten?

Hier seien zwei Beispiele genannt, die die Landesregierung als besondere Taten der Konjunkturpolitik herausstellt.

Das Sonderprogramm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit wird von der Landesregierung als einzig, zwar teuer, aber besonders wirkungsvoll bezeichnet. Für dieses Sonderprogramm hat sich die Landesregierung 10 Millionen Mark genehmigt, davon hatte sie im September schon fünfeinhalb ausgegeben. Was hat sie damit erreicht? In Baden-Württemberg gab es Ende Mai 1975 über zehntausend arbeitslose Jugendliche. Für diese zehntausend Arbeitslosen hat sie erreicht, daß 285 einen Grundlehrgang, 12 einen Grundausbildungslehrgang, 422 einen Förderungslehrgang machen konnten, daß 12 Plätze bei Arbeitshilfemaßnahmen und 100 beim „freiwilligen sozialen Jahr" eingerichtet wurden. Insgesamt also 838 Jugendliche, die, meist nur für wenige Wochen, eine Beschäftigung erhielten und dafür keine Belohnung oder nur ein Taschengeld bekamen. Fünf Millionen hat die Landesregierung den Kapitalisten oder öffentlichen Einrichtungen in den Rachen geworfen, damit sie durch „Lehrgänge" getarnt die Arbeitskraft Jugendlicher ausbeuten konnten. Für fünf Millionen Mark 0,8 Prozent der arbeitslosen Jugendlichen einem Ausbeuter zugeführt, das ist das Sonderprogramm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Fürwahr eine durch und durch sparsame Regierung, die unter Führung des Advokaten Filbinger dort wirtschaftet.

Desgleichen mit dem **Mittelstandsförderungsprogramm,** welches die Filbinger-Regierung als Programm zur Erhaltung der Struktur Baden-Württembergs ausgibt. Mittlere Industriebetriebe und Handwerksbetriebe werden durch dieses Programm subventioniert, damit sie im Konkurrenzkampf bestehen können und somit Arbeitsplätze erhalten bleiben. Wirtschaftsminister Eberle behauptet: „Diese recht stolzen Ergebnisse haben wir bislang nicht an die große Glocke gehängt, denn die einzelnen Landeshilfen fallen unter das Bankgeheimnis. Aber wir dürfen die Bilanz verweisen: Ohne die Strukturpolitik der Landesregierung wäre die Arbeitslosigkeit in Baden-Württemberg doppelt so groß." (Staatsanzeiger, 22. Oktober 1975) Hinter diesem Mittelstandsförderungsprogramm steckt nichts weiter, als den Banken zu verhelfen, an ihre Zinsen von den verschuldeten Kleinbetrieben zu kommen. In der Landtagsdebatte vom 11. März 1975 führt ein CDU-Abgeordneter aus: „Hinzu kommt eine wesentliche Erweiterung des Darlehensprogramms der Landeskreditbank, ... die nunmehr bei **Zinszuschüssen** von 42,5 Millionen Mark ein Darlehensvolumen in Höhe von rund 150 Millionen mobilisieren kann." Der Vorgang ist also folgendermaßen: Die Landesregierung holt sich von den Banken die Kredite, die Zinsen dafür preßt sie dem Volk ab, das Finanzkapital macht dadurch das erste Mal blendende Geschäfte. Dann kommt der zweite Schritt. Einen Teil der Kredite nutzt die Landesregierung, damit die kleineren Kapitalisten ihre Zinsen in voller Höhe an die Banken zahlen können. Das Bankkapital macht zum zweiten Mal seinen Reibach, dieses Mal vermittelt durch die kleinen und mittleren Kapitalisten, die ihren Profit aus den Knochen der Arbeiter pressen. Das propagandistische Ungetüm „Mittelstandsförderung" hat so eine leichte Erklärung: Die Jagd der Banken nach Profit und Gewinn wird genährt, die Nahrung wird aus der Arbeiterklasse und dem Volk gezogen. Die Regierungstätigkeit von Filbinger und Co. läuft immer wieder auf dasselbe hinaus, dem Kind wird jeweils nur ein anderer Name gegeben.

Sei es die Sparsamkeit, die als christliche Bescheidenheit eines christlichen Ministerrats ausgegeben wird, oder die verschiedenen Förderungsprogramme, die als Fürsorge verkauft werden sollen, die Knechtung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst, die als notwendiges Opfer im Interesse aller firmiert, oder die verschärfte Ausbeutung, die Filbinger mit „besonderem Fleiß" umschreibt; alle Maßnahmen sind vom Finanzkapital diktiert und von der Landesregierung mit größter Sorgfalt ausgeführt. Die christlich-demokratischen Verzierungen können diese nackten Tatsachen nicht in schöne Kleider hüllen. (db)

Verhandlungskommission schließt Vereinbarung über Kernkraftwerk in Wyhl

Die Bauern am Kaiserstuhl verteidigen ihre Existenz gegen Großkapital und Landesregierung

Am 31. Januar wurde in Offenburg zwischen der baden-württembergischen Landesregierung und der Kernkraftwerk Süd AG auf der einen Seite und der kleinen Verhandlungskommission der badisch-elsässischen Bürgerinitiativen auf der anderen eine Vereinbarung über den Bau des Atomkraftwerks in Wyhl getroffen. Während der Verhandlungen belagerten 300 Gegner des Kernkraftwerks das Verhandlungsgebäude und verfolgten Landesregierung und Verhandlungskommission mit einer Demonstration durch ganz Offenburg zum Landratsamt, wohin diese zwecks „ungestörter“ Fortsetzung der Verhandlungen ausgewichen waren. Bis 19 Uhr wurde auch das Landratsamt belagert. Erst nach Abzug der Demonstranten kam die Vereinbarung zustande.

Das Ergebnis der Verhandlungen ist in einem gemeinsamen Papier niedergelegt, dem jetzt die Bürgerinitiativen zustimmen sollen. Darin gehen die Landesregierung und die Kernkraftwerk Süd davon aus, daß ein „alsbaldiger Baubeginn geboten ist. Im Interesse der Befriedung der Landschaft sei es wünschenswert, alsbald zu einer Vereinbarung zu kommen.“ Die Landesregierung und die Kernkraftwerk Süd fertigen noch einige Gutachten an, zu deren Bewertung Wissenschaftler, die von den Bürgerinitiativen benannt werden, zugezogen werden. Sollten dabei Differenzen auftreten und „schädliche Auswirkungen auf Mensch und Natur zu befürchten sein, dann wird die Landesregierung den Baubeginn so weit hintenan stellen, bis sie (die Landesregierung) derartige Bedenken ausgeräumt sieht“. Darüber werden dann noch Gespräche geführt.

Man sieht schon: Alles Wesentliche soll in die Hände der Landesregierung gelegt werden. Das soll gekrönt werden durch den Abschnitt 7 des gemeinsamen Papiers, wo die Bürgerinitiativen erklären sollen, daß gesetzwidrige Handlungen und ihre Unterstützung gegen Landesregierung und Kernkraftwerk Süd abgelehnt werden „und man sich aktiv für die Durchsetzung der Vereinbarungen einsetzen wird“. Durchgesetzt werden soll diese Vereinbarung mit dem Köder, daß bis zum 1. November nicht gebaut wird, und dem Hinweis, daß sich die Kernkraftwerk Süd bei den Verhandlungen wie wild aufgeführt habe und sofort bauen wolle, sowie der Einstellung der Strafverfahren. Die Kernkraftwerk Süd wolle sofort bauen, erkenne jedoch, daß sie davon abhängig ist, daß der Bauplatz für die Aufnahme der Arbeiten verfügbar sein müsse. (Stellungnahme der Kernkraftwerk Süd, nach Badische Zeitung, 3. Februar)

Auf den befristeten Baustopp ist die Landesregierung eingegangen, weil sie weiß, daß der Widerstand stark ist, und, nebenbei bemerkt, ist es für sie auch nützlich, wenn sie erst nach den Landtags- und Bundestagswahlen zuschlägt. Einen Zeitgewinn haben letztlich die Landesregierung und die Kernkraftwerk Süd, wenn sie die Bedingungen verbessern, um baldmöglichst zu bauen.

Für die Bevölkerung ist es kein Zeitgewinn, wenn sich die Bedingungen in den neun Monaten verschlechtern und man Zugeständnisse macht, die den weiteren Kampf zumindest sehr erschweren. Mit einem bißchen Bauernschläue kommt man leicht darauf. In den kommenden drei Wochen, wo das Ergebnis beraten wird, muß man für Ablehnung der Vereinbarungen eintreten. Um das ausgehandelte Papier richtig würdigen zu können, wollen wir auf einige wesentliche Erfahrungen im Kampf gegen das Kernkraftwerk Wyhl kurz eingehen.

Warum sind die Menschen am Kaiserstuhl gegen das Kernkraftwerk Wyhl?

Der Bau des Kernkraftwerks Wyhl würde für die Bauern die Ruinierung beschleunigen. Der Betrieb eines Kernkraftwerkes würde das Grundwasser absenken. Bei einem Atomkraftwerk von 1 000 Megawatt werden etwa 600 bis 1 000 Liter Wasser pro Sekunde verdunstet und in die Atmosphäre gebracht. In unserer Gegend, wo im Spätsommer und Herbst die Luftfeuchtigkeit besonders hoch ist, würde das zu zusätzlicher Nebelbildung führen. Das hätte für die Landwirtschaft am Kaiserstuhl katastrophale Auswirkungen, da Sonderkulturen (Wein, Tabak, Obst, Mais) gebaut werden, die gegen Klimaverschlechterung besonders empfindlich sind, z.B. die Reben.

Eine Rebe braucht jährlich etwa 1 300 Stunden Sonnenschein. Nur wenn sie im Sommer und Herbst genügend Sonne aufnimmt, erreicht sie die gewünschte Qualität. Wird die Lichtintensität verringert, sinkt das Mostgewicht (Öchslegrad bei Zuckergehalt), und aus einem Wein guter Qualität wird ein schlechter Wein. Darüber kann schon 1 Grad Öchsle entscheiden. Das würde für die Bauern große Einbußen bedeuten, bis zu 50 Prozent. Zudem erhöht sich bei größerem Niederschlag plus Luftfeuchtigkeit die Gefahr, daß die Reben von Pilzen befallen werden, was zu erhöhten Ausgaben für Pflanzenschutzmittel führt.

Auch beim Anbau von Tabak erhöht die Luftfeuchtigkeit die Gefahr von Pilzen. Spritzmittel in Höhe von 400 DM pro Jahr und Hektar werden heute schon benötigt. Das sind nur einige Gründe, warum das Kernkraftwerk abgelehnt wird.

Halten können sich heute nur noch die großen Bauern, die über genügend Kapital und Land verfügen und dadurch in der Lage sind, Maschinen rationell einzusetzen. Die große Mehrheit der Bauern wird ins Elend getrieben, hat keinen Urlaub, muß 15 Stunden pro Tag arbeiten. Viele sind schon Arbeiter und betreiben die Landwirtschaft nebenher.

In Wyhl arbeiten viele bei der Rhodia in Freiburg, müssen lange Fahrtwege in Kauf nehmen und bei den letzten Entlassungen bei der Rhodia wurden 50 Prozent der Wyhler auf die Straße gesetzt. Schulen gibt es in vielen Dörfern nicht mehr und lange Fahrtwege, lange Wartezeiten und erhebliche Fahrtkosten benachteiligen die Jugend auf dem Lande.

In Weisweil waren es 1953 noch 186 Tabakpflanzer, heute wird dieselbe Fläche von 23 Pflanzern gemacht. In Sasbach gab es vor 20 Jahren noch 80 hauptberufliche Landwirte, heute noch 12 bis 15. Für 100 Kilo Weizen bekamen die Bauern 1952 40 DM, heute bekommen sie 36 DM, während sich die Preise für Maschinen, Düngemittel usw. um ein Mehrfaches erhöht haben.

Der Bau des Kernkraftwerkes würde die Ruinierung der Bauern beschleunigen. Würde es bei Unfällen oder mangelnden Sicherheitsvorkehrungen dazu kommen, daß radioaktive Stoffe an die Umwelt freigegeben werden, werden weite Landstriche unbrauchbar für die Landwirtschaft und viele Tausend Menschen wären ruiniert. Ist es nicht der blanke Hohn, wenn es jetzt im Vorspann der Vereinbarung heißt: „Die Landesregierung Baden-Württemberg, die Kernkraftwerk Süd AG und Bürgerinitiativen sind sich einig, daß dem Gebiet des nördlichen Kaiserstuhl eine günstige Entwicklung zu sichern ist und Beeinträchtigungen dieser Entwicklung zu verhindern sind. Die Sicherheit und die Gesundheit der Menschen haben Vorrang vor allen anderen Belangen.“

Die Landesregierung als Instrument der großen Kapitalisten gegen die Bauern eingesetzt

Gesund ist nach Meinung der Landesregierung der alsbaldige Baubeginn. Die Sicherheit und die Gesundheit der Profite der Kernkraftwerk Süd haben Vorrang vor allen anderen Belangen, dafür gehen wir über Leichen, müßte es richtig heißen. Die Landesregierung macht im Einklang mit der Bundesregierung alles, um die Kernindustrie international konkurrenzfähig zu machen, und wenn dabei ganze Landstriche veröden und Tausende von Menschen ihre Existenz verlieren. Die erzreaktionäre Landesregierung behauptet, die große Mehrheit des Volkes am Kaiserstuhl vertritt Sonderinteressen, wenn die Gesundheit der Profite der Kernkraftwerk Süd und der hinter ihr stehenden großen Banken und Elektrokonzerne gefährdet werden.

So gibt die Landesregierung auf ihre Weise zu erkennen, daß die Profitschinderei der Konzerne und Großbanken ganz und gar unvereinbar ist mit den Lebensinteressen des arbeitenden Volkes, daß das Volk nur eine Zukunft hat, wenn es seine „Sonderinteressen“ zu den allgemein herrschenden macht und der Herrschaft des Kapitals über die Gesellschaft ein Ende setzt. Die Landesregierung gibt das zu verstehen von der Position des Büttels der Kapitalisten gegen das Volk aus. Und büttelmäßig sind die Mittel, die sie anwendet, um die Interessen ihrer Auftraggeber durchzusetzen. Wie immer die Sache ausgeht: daran werden sich Tausende von Bauern am Kaiserstuhl erinnern. Selbst wenn es der Landesregierung gelingt, die Vereinbarung der Bevölkerung aufzuzwingen: der notwendig sich verschärfende Existenzkampf der Bauern wird den Widerspruch immer wieder aufreißen. Auch die kleineren Bauern können gut die Notwendigkeit der Revolution begreifen lernen.

Im Juni 1974 fand in Wyhl der Erörterungstermin für das Kernkraftwerk Wyhl statt. In vielen Kundgebungen und Demonstrationen, Einsprüchen, hunderttausend Unterschriften hatte die Bevölkerung die Forderung erhoben: Kein Kernkraftwerk in Wyhl! Die Genehmigungsbehörde war praktisch identisch mit dem Antragsteller. Filbinger und Eberle waren Vorsitzender und stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats im Badenwerk. Dementsprechend wurde mit den Einsprüchen der Bevölkerung umgesprungen: Nach fünf Wortmeldungen brach Dr. Grawe, der in Vertretung für Eberle erschienen war, das Verfahren zum Punkt Radiologie ab. Daraufhin wurde das Erörterungsverfahren gesprengt und alle Einsprecher zogen unter Protest vor das Haus des Bürgermeisters Zimmer in Wyhl.

Zynisch heißt es in der Teilerrichtungsgenehmigung: „Die von den Gutachtern durchgeführten Messungen reichen nach der Überzeugung der Genehmigungsbehörde aus, um die möglichen Auswirkungen eines Kühlturmbetriebes sicher abschätzen zu können.“ Damit waren die Einsprüche von Hunderttausend erledigt. Metereologische Messungen in Wyhl wurden gerade vier Monate durchgeführt und dann von dem Gutachter Diem behauptet: „Meine Erkenntnisse stützen sich auf langjährige Messungen.“ Auf was er sich wirklich stützte, war der Geldbeutel der Regierung und der Kernkraftwerk Süd. Das sind die unabhängigen Gutachter, denen man aufgrund ihres Titels als Professor die dicksten Lügen glauben sollte. Im Auftrag des Badenwerks erklärte z.B. der Agrarmetereologe Professor Siegel aus Mainz vor Winzern in Oberrothweil, daß Salzkartoffeln mehr Sonne bräuchten als der Weinbau.

Das alles war genug.

Die Stationen des Widerstands

Offensichtlich wurde, daß nur die Besetzung des Bauplatzes den Bau des Kernkraftwerkes verhindern konnte. Überall wurden die bürgerlichen Politiker von der Bevölkerung angesprungen. Eberle wurde in Endingen mit Barrikaden empfangen und konnte nur mit knapper Not über Sasbach querfeldein flüchten. Späth wurde in Kiechlingsbergen gestellt und von tausend Menschen in die Enge getrieben. Frauen hatten Teppichklopfer und andere Gegenstände zur Hand. 21 Bürgerinitiativen aus Baden und aus dem Elsaß gaben eine Erklärung an die badisch-elsässische Bevölkerung heraus, wo dazu aufgerufen wurde, bei Baubeginn für das Bleiwerk in Marckolsheim und das Kernkraftwerk Wyhl die Bauplätze zu besetzen.



Demonstration durch ganz Offenburg zum Landratsamt , wohin die Verhandler sich zurückgezogen hatten.

Der Widerstand war nicht, wie Dr. Schöpf von der kleinen Verhandlungskommission und FDP-Landtagskandidat sagt, nur eine Gewissensentscheidung des einzelnen, weshalb auch die Bürgerinitiativen jetzt sich durchaus auf das Gesetz festlegen dürften, nein, er war das gemeinsame und geschlossene Handeln der Bevölkerung am Kaiserstuhl.

Durch die Bauplatzbesetzung wurde das Bleiwerk in Marckolsheim verhindert. Am 18. Februar 1975 wurde zu Beginn der Bauarbeiten in Wyhl der Platz erstmals besetzt und die Bauarbeiten mußten eingestellt werden. Die Schilder „Privateigentum - Betreten verboten“ wurden herausgerissen, einige ausgestellte Strafanzeigen öffentlich verbrannt.

Die Landesregierung ließ am 20. Februar mit ihren Polizeikräften das Gelände räumen. Die Fronten lagen klar – auf der Seite des Kernkraftwerks standen Lügner wie Innenminister Schieß, der behauptete, es wären keine Knüppel eingesetzt worden, Polizeioffiziere, die diese Lüge stützten, Polizeikräfte, die die Knüppel anwendeten, Justiz, die das alles für rechtens erklärte, Wissenschaftler, die für Geld alles behaupteten und an der Spitze Filbinger, der schamlos von Sonderinteressen der Bauern schwafelte.

Auf der anderen Seite hatte sich die Bevölkerung zusammengeschlossen und die Forderung „Kein Kernkraftwerk in Wyhl!“ erhoben und sich unter Losungen wie: „Wo Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht!“ zum Widerstand erhoben. Nach der Kundgebung am 24. Februar wurde an der NATO-Rampe nahe dem Bauplatz eine Kundgebung durchgeführt, wo sich 20 000 Menschen beteiligten und der Platz gestürmt wurde. Die Polizei mußte abziehen, die Bevölkerung hatte einen großen Sieg errungen, der CDU-Ortsverband in Bischofingen löste sich auf und erklärte in der „Badischen Zeitung“: „Nit allen sich neige, 's eige zeige!“ (sinngemäß: Nicht alles hinnehmen, den eigenen Willen zeigen!).

Wyhl wurde zu einem Symbol, daß Widerstand möglich ist und der Kampf siegreich geführt werden kann, wenn man sich gegen den bürgerlichen Staat zusammenschließt. In den Verhandlungen mit der Landesregierung wurde dieser Sieg Stück um Stück preisgegeben.

Verhandlungen über Kapitulationsbedingungen

Es ist den bürgerlichen Kräften in den Bürgerinitiativen gelungen, die Forderung „Kein Baubeginn vor dem Hauptsacheverfahren!“ durchzusetzen. Damit war der erste Schritt getan. Das ist u.a. gelungen, weil die Kommunisten erst zu spät konsequent gegen die Kapitulation aufgetreten sind, ja im Anfang sogar das falsche Vorgehen unterstützt haben, was sich auch in einer Korrespondenz an die Kommunistische Volkszeitung niedergeschlagen hat. Man wollte den Bauplatz räumen für die Zusage der Landesregierung, das Hauptverfahren abzuwarten, und für die Einstellung der Strafverfahren. Dann räumte man das Baugelände, um Verhandlungen mit der Landesregierung zu ermöglichen. Späth, Fraktionsvorsitzender der CDU, der die Verhandlungen eingefädelt hatte, hat inzwischen seine Belohnung. Filbinger hat ihm einen Sitz im Kabinett versprochen.

Dann ließ man sich schon darauf ein, über Katastrophenschutzpläne zu reden, und hatte damit das Ziel – kein Kernkraftwerk in Wyhl – aufgegeben. Dann ist es auch kein großer Schritt mehr, das Recht auf Widerstand aufzugeben, wie es jetzt geplant ist.

Inzwischen geht die kleine Verhandlungskommission so weit, daß es die Bedenken der Landesregierung sind, die ausgeräumt werden müssen. Es heißt in der Vereinbarung: „Wenn die Ergebnisse oder richtungsweisenden Teilergebnisse (etwa in Form von Zwischenberichten) der Gutachten von wesentlichen Ergebnissen der bisherigen Gutachten abweichen und deshalb schädliche Auswirkungen auf Mensch und Umwelt zu befürchten sind, dann wird die Landesregierung den Baubeginn solange hintan stellen, bis **sie** derartige Bedenken ausgeräumt sieht.“

Mit dieser Verhandlerei hat die Verhandlungskommission den Widerstand am Kaiserstuhl lange Zeit gelähmt. Erst bei den Aktionstagen in Freiburg wurden die Kaiserstühler in größerem Umfang wieder selbständig aktiv und erklärten ihre Forderung „Kein Kernkraftwerk in Wyhl!“ in der Stadt. Die Kritik an der kleinen Verhandlungskommission hat zugenommen. In Sasbach, bei der vorletzten Bürgerinitiativensitzung, wurde die kleine Verhandlungskommission aufgefordert, das Recht auf Widerstand nicht aufzugeben und sich nicht an Gutachten zu binden. Das wurde bekräftigt durch 300 Menschen bei den letzten Verhandlungen in Offenburg, wo diese Forderungen erneut erhoben wurden. Nachdem die Verhandlungen aus der Oberrheinhalle dann ins Landratsamt verlegt wurden, organisierten wir eine Demonstration durch Offenburg zum Landratsamt. Forderungen wie: „Wir Kaiserstühler lassen uns nicht unterkriegen, kein Kernkraftwerk in Wyhl! Das Volk hat längst entschieden: Kein Kernkraftwerk in Wyhl! Filbinger hat unser Recht verletzt, drum bleibt in Wyhl der Platz besetzt!“ wurden gerufen. Noch einmal wurde bekräftigt, daß das Recht auf Widerstand nicht aufgehoben werden darf und man sich an keine Gutachten binden wird.

Jetzt wird berichtet, daß man sich in Offenburg hauptsächlich nach 19 Uhr geeinigt hätte, nachdem also die Demonstration abgezogen war. Das Papier, dem die Verhandlungskommission jetzt zugestimmt hat, bedeutet den Verzicht auf alle erhobenen Forderungen zugunsten einiger formaler Zugeständnisse der Landesregierung und einer sanfteren Redeweise. Das dicke Ende halten Landesregierung und ihre großkapitalistischen Auftraggeber bereit. (Die Daten zur Landwirtschaft: AK Umweltschutz Freiburg) – (r., Emmendingen)

Jetzt reichts!
Die Provokation der Metallkapitalisten zurückschlagen!

Die Metallkapitalisten haben in den zweiten Verhandlungen versucht, der IG Metall eine Zwangsjacke anzuziehen, die sie in diesem Jahr vollständig handlungsunfähig machen soll. Von der IG Metall wurde gefordert, daß sie im laufenden Jahr auf alle Forderungen verzichte, die sich aus auslaufenden Tarifverträgen ergeben, erst wenn dies geschehen ist, wollen sich die Herren herablassen, ein Angebot zu den Lohnforderungen der IG Metall vorzulegen.

Freiwillig sollen die Metallarbeiter erklären: Wir verzichten auf mehr Urlaub, mehr Urlaubsgeld wollen wir nicht, das Weihnachtsgeld schenken wir den Kapitalisten, gegen die schlechten Arbeitsbedingungen kämpfen wir nicht unter Forderungen für die Lohnrahmen- und Manteltarifverträge. Mit einem Handstreich wollen die Kapitalisten alles, was die Arbeiterbewegung in den letzten Jahren geschaffen hat, vernichten. Die Gewerkschaft soll selbst ihre Tariffähigkeit für ein Jahr aufheben, sie soll zustimmen, daß der elementare Zweck der Gewerkschaften für ein Jahr außer Kraft gesetzt wird.

Die Forderungen, die die Metallkapitalisten als Antwort auf die Forderungen der IG Metall parat haben, sind unannehmbar und die Metallarbeiter können nur eines: **die Metallkapitalisten in ihre Schranken weisen.**

Die Arbeiterbewegung, die sich in den Gewerkschaften organisiert, ist durch die verschiedensten Schlichtungs- und Friedenspflichtvereinbarungen sowieso schon gefesselt. Jetzt wollen die Kapitalisten die IG Metall in die vollständige Untätigkeit pressen, um in den Betrieben ohne gewerkschaftlichen Widerstand die schrankenlose Willkürherrschaft zu errichten. Daß sie diesen heiß ersehnten Wunsch nicht erreichen werden, wissen sie, aber die Entfaltung von Kämpfen können sie durch eine gefesselte Gewerkschaft behindern, und darauf setzen sie.

Durch dieses Manöver haben sich die Kapitalisten für den weiteren Verlauf der Tarifverhandlungen bessere Voraussetzungen geschaffen: Sollten die Sozialdemokraten auf die Forderungen eingehen, haben die Kapitalisten die Gewerkschaften fest im Wür-
sten die Gewerkschaften fest im Wür-
gegriff. Lehnen die Sozialdemokraten ab und erscheinen in den nächsten Verhandlungen, lassen die Kapitalisten die Verhandlungen platzen. Weil die Verzichtserklärung der IG Metall nicht vorliegt, legen sie auch kein Angebot zu den Lohnforderungen vor und die Verhandlungen sind kurz nach der Begrüßung beendet. Nach den Schlichtungsvereinbarungen muß dann der Schlichter bestellt werden. Der hat dann zwischen dem Angebot der Kapitalisten und dem Forderungen der Gewerkschaft zu schlichten. Aber ein Angebot der Kapitalisten liegt gar nicht vor! Zu schlichten gibt es also zwischen **nichts** und 8 %. Wenn den Kapitalisten dieser Coup gelingt, haben sie einen Erfolg zu verbuchen, wovon sie in den letzten Jahren nur geträumt haben, vollständig in der Initiative, die Gewerkschaft in die Schlichtung getrieben und dort der Prozedur der Schlichtungsvereinbarungen unterworfen. Dieser Schlichtung können sie mit ruhigem Augen entgegensehen, denn der Schlichter wird sich alle Mühe geben, zwischen **nichts** und 8 Prozent zu vermitteln. Ein so zustande gekommenes Schlichtungsergebnis ist für die Sozialdemokraten nur schwer abzulehnen, sie stehen vor dem Problem der Bundestagswahlen im Oktober.

Die Sozialdemokraten sind dabei, der Einkreisungs- und Vernichtungstaktik der Metallkapitalisten hinterherzulaufen. Die Bezirksleitung Hessen hat am 3. Februar ein Flugblatt herausgegeben, in dem sie ankündigt, daß die Kapitalisten bis zum 17. Februar Zeit hätten, ein Angebot auf den Tisch zu legen. Sie haben damit angekündigt, sich bis Mitte Februar zu trollen und bei der nächsten Verhandlung abgeblitzt zu werden. Keineswegs wurde die Provokation der Kapitalisten zurückgewiesen, sondern sie wurde geschluckt und jetzt ist man am Verdauen.

Die einzig richtige Antwort auf die Erpressung der Kapitalisten kann nur darin bestehen, die Verhandlung scheitern zu lassen und in den Betrieben Vorbereitungen auf handfeste Auseinandersetzungen zu treffen und diese einzuleiten. Diese Antwort haben die Verhandlungskommissionen in Hessen, Nordbaden-Nordwürttemberg und im Nordverbund nicht erteilt. Steinkühler (Nordbaden-Nordwürttemberg) hat in der Tagesschau erklärt, der Verhandlungsauftrag, den die Kommission aus den Betrieben erhalten hat, wird nun an die Betriebe zurückgegeben.

Ob die Sozialdemokraten den Auftrag an die Betriebe zurückgeben oder nicht, die Belegschaften in der Metallindustrie sind es, die die Provokation der Kapitalisten zurückschlagen müssen. Den Willen der Sozialdemokraten zur Zusammenarbeit mit den Kapitalisten können die Belegschaften nicht teilen, wollen sie nicht selber mit Hand anlegen, wenn die Kapitalisten den Schraubstock der Lohnarbeit weiter anziehen. Die Gewerkschaft muß die Verhandlungen beenden und alle Vorbereitungen treffen, damit in Streikkämpfen der heiße Wunsch der Kapitalisten nach unbezahlter Mehrarbeit und uneingeschränkter Willkürherrschaft gekühlt wird. – (db)

Volkswagen-Werke Tarifauseinandersetzungen

Nachdem der Hauptvorstand durch seinen Eingriff in die Lohn- und Gehaltsforderungen der großen Tarifkommission die aufgestellte Mindestforderung vom Tisch wischen wollte, ist die Auseinandersetzung in den Belegschaften um die Aufstellung der Forderung nicht beendet. Weiterhin finden in den Werken Diskussionen statt und die in der nächsten Zeit tagenden Vertrauensleutekörper werden sich damit befassen.

Im VW-Werk Wolfsburg laufen zur Vorbereitung dieser Vertrauensleutesitzungen Unterschriftensammlungen, auf denen die ausdrückliche Aufnahme der 140-Mark-Forderung verlangt wird. Am Mittwoch, dem 4.2. haben die ersten Verhandlungen der IGM mit der Konzernleitung stattgefunden. Ergebnisse waren bei Redaktionsscluß noch nicht bekannt.



Freiburg. Während dieser Protestaktion am 22.1. bei der ersten Verhandlungsrunde für den IG Metalltarifbezirk Südbaden wurde eine Erklärung von 11 Kollegen einer Abteilung der Firma Hellige verlesen und Steinkühler übergeben. Dort wurde erklärt: „Um zu verhindern, daß ein Teil der Metaller unterhalb des Existenzminimums sinkt, fordern wir, daß die Forderung nach Abschaffung der Leichtlohngruppen Bestandteil der Tarifauseinandersetzung wird."

Inzwischen ist bei Hellige die Januarabrechnung da mit weiterem Lohnraub. Eine alleinstehende Kollegin mit Kind in Lohngruppe 4 hatte einen Nettoabzug von 60 DM. Sie sagte: „Ab 15.30 Uhr arbeite ich heute nicht mehr!" Ein Kollege sagte nach Betrachtung des Lohnstreifens: „Ich schalte einen Gang langsamer; die sind ja allmählich verrückt!" In zwei weiteren Abteilungen ist jetzt begonnen worden, sich in schriftlicher Form an die Mitglieder der Vertreterversammlung zu wenden, wo die Erklärung der elf Kollegen unterstützt wird und die Vertreter aufgefordert werden, die Forderung nach Streichung der Leichtlohngruppen in die nächste Vertreterversammlung einzubringen und zu beschließen sowie darauf hinzuwirken, daß sofort eine betriebliche Mitgliederversammlung gemacht wird.

Der Betriebsrat hat auf einer der letzten Sitzungen festgelegt, daß sich die Betriebsräte strikt aus allem heraushalten, nachdem zunächst einzelne die Initiative der Kollegen unterstützen wollten. – (r., Freiburg)

VW Wolfsburg: Widerstand gegen Rückstufungen

Vor zwei Wochen nahmen die Kohlendioxidschweißer der Halle 4 am Passat-Band die Arbeit nicht auf. Sie hatten erfahren, daß man ihnen die Löhne von Lohngruppe 6B Akkord auf 6 Akkord runtersetzen wollte. Dazu war es gekommen, als zwei Schweißer aus der Halle an einen anderen Typ in die Halle 2 versetzt wurden. Hier sollten sie nur die Lohngruppe 6 Akkord bekommen. Dadurch erfuhren die Schweißer hier in der Halle 2, daß man für die gleichen Arbeiten in der Halle 4 eine halbe Lohngruppe mehr bekommt, was 50 Pfennig in der Stunde sind. Die Hallenleitung versuchte die Unruhe beizulegen, indem sie verbreiten ließ, daß die Schweißer in Halle 4 zu hoch eingestuft seien und man sie runterstufen würde. Nachdem dies die Schweißer in der Halle 4 erfuhren, stellten sie das Band ab. Die Hallenleitung wollte die Schweißer erpressen, indem sie ihnen die Alternative stellte entweder werden alle runtergestuft oder ein Teil wird versetzt, deren Arbeit die anderen dann mitmachen müssen und trotzdem nur 6 Akkord bekommen. Die Arbeitsniederlegung hat diese Pläne durchkreuzt.

IG Metall: „Geheule über 135-Mark-Forderung der ÖTV verdächtig"

Die IG Metall weist in ihrem Zentralorgan „Metall" vom 27.1. die Angriffe auf die 135-Mark-Forderung zurück. Die „Metall" erklärt, „das Geheul", das über die Forderung der ÖTV-Tarifkommission „in einigen unternehmernahen Blättern über Gefahren für den ‚Leistungslohn' und ‚Gleichmacherei' losging, ist verdächtig". Eine Festgeldforderung aufzustellen, sei das „gute Recht" einer Tarifkommission, „in denen alle Einkommensgruppen vertreten sind". Für sich selbst jedoch beansprucht dagegen die IG Metall das gleiche „gute Recht", an Prozentforderungen festzuhalten, und nicht einmal eine Mindestforderung zuzulassen, selbst dann nicht, wenn es die Mitgliederschaft fordert, wie z.B. bei VW. (siehe KVZ Nr. 4/76)

Schlichtungsverhandlung über Lohngruppe 2

Hamburg. Am Montag, 2.2.76, haben die ersten Schlichtungsverhandlungen zwischen der IG Metall Bezirk Hamburg und den Metallkapitalisten über die Kündigung der Lohngruppe II statgefunden. Die Kapitalisten kamen wieder ohne Lohnangebot. Nächste Termine sind der 5.2. und der 13.2.76. Danach haben die Kapitalisten noch vier Tage Zeit, um einen Vorschlag anzubieten. Die IGM-Bezirksleitung Hamburg erklärte aber auf Befragen, daß Friedenspflicht bis zum 30.6. (!) 76 sei.

30 Pfennig mehr erstreikt

Frankfurt/M. Bei Roth hatten verschiedene Abteilungen die Forderung nach Lohnerhöhung und Anhebung der Lohngruppen gestellt. Am 22.1. legten vier Abteilungen die Arbeit nieder, insgesamt ungefähr 200 Kollegen. Am Ende der Schicht gab es ein Verhandlungsergebnis: 30 Pfennig mehr.

Conti Hannover-Vahrenwald: Seit letzten Freitag streiken die Reifenwickler

Der Streik dehnte sich auf andere Werke aus

Hannover. Seit Freitag, dem 30. Januar, stehen die Reifenwickler von Conti-Vahrenwald im Streik! Denn das Maß war voll: Am Freitag hingen überall Mitteilungen aus, daß ab sofort die betriebliche Drei-Schicht-Zulage gekürzt wird. Der Streik wurde am Montag fortgeführt.

Wenn der Vorstand damit durchkommt, heißt das für einen Drei-Schicht-Arbeiter in der Lohnstufe 5/1: bei Normalleistung und 138er Zeitgrad im Monat etwa 120 DM weniger, bei der üblichen Mehrleistung (die die bisherige Möglichkeit der Verrechnung von einer zusätzlichen halben Stunde nutzt) etwa 200 DM.

Die Vorgeschichte: Im Juli 75 legte der Vorstand der Continental Werke AG dem Betriebsrat gegen die etwa 20000 Beschäftigten ein „Sparprogramm" vor. Es sieht unter anderem vor: pauschale Kürzungen der Akkordvorgabezeiten; Streichung der Pausen-Bezahlung; Streichung der betrieblichen Drei-Schicht-Zulage; Einführung eines dreiwöchigen Betriebsurlaubs, wobei die Conti die Verwendung des Resturlaubs diktiert.

Der Betriebsrat ließ sich darauf ein, über das „Sparprogramm" heimlich mit dem Vorstand zu verhandeln. Entgegen seinem Wunsch durchbrechen zwei fortschrittliche Betriebsräte die „Vertraulichkeit" dieser Verhandlungen und informieren die Vertrauensleute ihres Bereichs über den vom Vorstand geplanten Angriff auf die Belegschaft. Daraufhin lehnt der Betriebsrat das Sparprogramm ab, leitet aber gleichzeitig ein Ausschlußverfahren gegen die beiden Betriebsräte ein, das er erst jetzt während des Streiks zurückgezogen hat.

Den ersten entscheidenden Schlag führt der Vorstand, indem er zum 1. Januar 1976 eine seit 1961 bestehende Betriebsvereinbarung über eine Drei-Schicht-Zulage kündigt. Der Betriebsrat unterschreibt eine neue Vereinbarung über die Drei-Schicht-Zulage, die dem Vorstand einen ersten entscheidenden Einbruch ermöglicht. Es sieht so aus, als ob er jetzt freie Bahn hat, um nach Belieben mit der Belegschaft Schlitten zu fahren.

Wie ein Lauffeuer ging am Freitagmorgen die Nachricht durch das Werk Vahrenwald: Die Reifenwickler streiken! Sie versammeln sich in der Kantine! Zunächst waren es nur die Reifenwickler aus der Auto 3, dann schlossen sich Drei-Schicht-Arbeiter aus anderen Abteilungen an.

Der Vorstand wollte nicht zu den Streikenden sprechen, eine Abordnung sollte zu ihm geschickt werden. Aber die Kollegen ließen sich auf nichts ein: Dr. Lohauß mußte zu ihnen, in die Kantine! Und Lohauß erklärte: Sparmaßnahmen sind notwendig, die Lohnkürzung für die Drei-Schicht-Arbeit sei eine solche Sparmaßnahme. Das sagte er mit seinem jährlichen 300000 DM-Einkommen!

Bei den Kollegen biß er auf Granit. Einer sagte: „Bei der Arbeit verkaufen wir unsere Arbeitskraft so teuer wie möglich. Wir lassen uns von unserem Geld nichts wegschnippeln." Ein anderer: „Sie meinen wohl, in der Krise haben wir zuviel Angst, um uns zu rühren! Da haben Sie sich getäuscht!" Ein anderer Kollege, ein riesiger Reifenwickler, der kein Mikrofon brauchte, um sich bis in die letzte Ecke verständlich zu machen, betrachtete sich den Herrn Doktor von oben und sagte: „Ich mache Ihnen einen Vorschlag! Kommen Sie doch mal her und machen Sie mit uns zusammen Nachtschicht!"

Der erste Erfolg: Lohauß mußte vor den Kollegen zusichern, daß über die Drei-Schicht-Zulage neu verhandelt wird. Daraufhin geht um 12 die Frühschicht zur Arbeit. Als aber um 14 Uhr immer noch kein Verhandlungseregebnis vorliegt, streikt die Spätschicht. Und am Montag geht der Streik weiter: In der Frühschicht und Spätschicht streikt die gesamte Auto.

Dienstagmorgen sind in allen hannoverschen Conti-Werken Vertrauensleutesitzungen. Im Werk Stöcken schließen sich alle Reifenwicklerabteilungen dem Streik an. Im Werk Limmer solidarisiert sich der Vertrauensleutekörper mit den Streikenden. Er fordert die IG Chemie auf, den Streik öffentlich zu unterstützen. Aber gestreikt wird hier noch nicht.

Der Vorstand versucht jetzt zum Gegenschlag auszuholen. Am Dienstag Vormittag gibt er ultimativ bekannt, daß er in den vom Streik betroffenen Abteilungen zum Mittel der Aussperrung greift, wenn nicht bis um 12 Uhr die Arbeit aufgenommen wird. Die Kollegen lassen sich jedoch nicht einschüchtern.

Mittags werden die ersten ausgesperrt. Für Mittwoch droht die Geschäftsleitung mit Aussperrung aller Kollegen in den direkt oder indirekt betroffenen Abteilungen. Mindestens zwei „Rädelsführern" wird Dienstag Nachmittag gekündigt.

Ungebrochen ist jedoch die Streikfront. Am Dienstagabend versammeln sich 800 Kollegen in der Kantine des Werkes Vahrenwald. Überall trifft dieser Streik auf breite Zustimmung. – (h., Hannover)

Holz-Tarifrunde Formfehler Friedenspflicht verlängert

Einen Schlichtungsspruch von 5,8 % mehr Lohn hat der Arbeitgeberverband der Holzindustrie von Nord- und Südbaden abgelehnt. Wegen eines Formfehlers – der Schlichter hatte die 5,8 % nur einmal zur Abstimmung gestellt – wurde die Friedenspflicht um eine Woche bis zur zweiten Abstimmung verlängert. Die große Tarifkommission der IG Holz und Kunststoff bereitet auf alle Fälle eine Urabstimmung vor.

Protestversammlung gegen Stillegungsplan

Köln. Am vergangenen Freitag wurde bekannt, daß das Werk Nippes von Felten & Guilleaume geschlossen werden soll. Dies bedeutet für 400 Arbeiter und Angestellte Arbeitslosigkeit. Auch in den anderen Konzernbereichen in den Werken Mülheim und Porz versuchen die Kapitalisten, mit der Entlassung von mehreren Hundert Arbeitern zu sanieren. Die Belegschaft des Werkes in Nippes führte gleich nach Bekanntwerden der Stillegungspläne eine Protestversammlung durch und hißte schwarze Fahnen an den Werkhallen

Siro Hydraulik – Stillegung/erneuter Streik

Bosch und westdeutsche Landesbank hängen drin

Aachen. Am Montag, 2. Februar, war die Geschäftsleitung von Siro, die das Werk stillegen will, erneut zu Verhandlungen in Aachen. Die Arbeiter haben von acht Uhr morgens bis zwölf Uhr erneut gestreikt. Zum ersten Mal drohte die Geschäftsleitung, den Streik nicht mehr zu bezahlen. Die Arbeiter haben sich nicht drohen lassen und bis 12 Uhr gesreikt.

Die Geschäftsleitung drohte den Kollegen, wenn durch ihre Kampfmaßnahmen die Firma Schaden erleide, sich dieses auf den Sozialplan auswirke. Görig hat dann durch die Blume gedroht, daß man mal sehen wolle, wer am längeren Hebel sitzt.

Ein Kollege berichtet: „Wir haben der Geschäftsleitung nit auf den Weg gegeben, wenn es hart auf hart kommt, daß wir dann zur Sache stehen. Denn wir haben schon bewiesen, daß wir kämpfen wollen und können."

Ein anderer Kollege meinte dazu: „Wir haben zwar beschlossen, erst einmal die Verhandlungen über den Sozialplan abzuwarten, aber die sollen bloß nicht versuchen, uns zu verträösten."

„Der Aachener IG Metall-Vorsitzende hat uns gesagt, wir sollten die Verhandlungen laufen lassen, damit sie nicht unter Druck stattfinden müßten, das wäre auch besser für uns. Wenn wir gebraucht würden, würden wir schon Bescheid kriegen. Außerdem sei uns schon die Geschäftsleitung entgegengekommen. Aber wenn wir nicht gestreikt hätten, dann würde der Alte mit uns machen, was er will."

Klar ist, daß hier nicht nur der Kapitalist Muhrmann der Gegner ist. 51 % des Kapitals von Siro Hydraulik gehören Muhrmann, 49 % Sauer und Söhne. In dem Anteil von Muhrmann hängen zu jeweils 25 % Bosch und die Westdeutsche Landesbank drin, die natürlich darauf achten, daß Muhrmann nicht weich wird. Die schreiben auch den Sozialplan vor. – (d., Aachen)

VFW Speyer: Kampf gegen Stillegung

Der Widerstand setzt die Kapitalisten unter Zeitdruck

Speyer. Auf der Betriebsversammlung am letzten Donnerstag haben sich Wenck und Schaarschmidt vom VFW-Konzernvorstand einen Eindruck verschaffen können, was die Speyerer Belegschaft von 900 Entlassungen und den Schließungsabsichten hält. Noch nie war eine Betriebsversammlung so gut besucht, noch selten standen so viele Kollegen auf, die ihre Meinung zu den fadenscheinigen Argumenten (in Norddeutschland würde besser produziert, der Grüner-Plan müsse verwirklicht werden usw.) des Vorstandes sagen wollten. Mit Pfiffen und Buhrufen wurden die Kapitali-

und Buhrufen wurden die Kapitali-

sten-Vertreter empfangen und ihr Geschwätz belohnt, belämmert zogen sie nach vier Stunden davon. Die VFW-Kapitalisten sind unter Zeitdruck geraten, denn durch den Widerstand der Arbeiter konnten sie nicht wie geplant die Vorrichtungen für den Bau des MRCA-Flugzeuges abbauen und nach Bremen verlagern. Minutenlangen Beifall gab es für den Betriebsratsvorsitzenden. Er sagte unter anderem: „Härtere Kampfmaßnahmen wird der Betriebsrat nicht verhindern können, wenn die MRCA verlegt werden soll. Für das, was dann passiert, ist allein der Vorstand verantwortlich."

ist allein der Vorstand verantwortlich."

Medizinische Hochschule Hannover

Keine Streichung der Zulagen!

Hannover. Nachdem die Landesregierung ihren Einstellungsstopp vom 1. November 1975 aufgrund des breiten Protestes an der Medizinischen Hochschule Hannover und an den Unikliniken Göttingen zu einem großen Teil zurücknehmen mußte, versucht sie jetzt auf einem anderen Weg den Lohn zu drücken und Personal einzusparen. Kurz vor Weihnachten mußten alle Kollegen, die mit infektiösem Material oder Gift arbeiten, einen Antrag unterschreiben, um den Zusatzurlaub von vier Tagen (für die Kollegen, die mit infektiösem Material arbeiten) und die Zulage von 25 Mark (für die Kollegen, die mit Gift arbeiten) zu beantragen für das kommende Jahr. Bisher wurde der Zusatzurlaub und die Giftzulage den betroffenen Kollegen immer ohne Antrag zugestanden. Gleich nach Weihnachten bekamen dann alle betroffenen Kollegen ein Schreiben von der Verwaltung, worin stand, daß der Zusatzurlaub und die Giftzulage nicht mehr grundsätzlich gewährt werden, es müsse erst überprüft werden, ob die einzelnen Kollegen überhaupt Anspruch auf die Zulagen haben.

Die Empörung bei den Kollegen war groß. Der Personalrat verteilte einen offenen Brief an den Kurator der Medizinischen Hochschule, in dem er die Rücknahme der Streichung forderte. Am Montag, den 26.1., kam dann der Bescheid, daß die Streichung zurückgenommen wurde.

Es soll jetzt eine Kommission gebildet werden, die die Berechtigung der Zulagen einzeln prüft. Diese Überprüfung wird von den Kollegen abgelehnt. – (m., Hannover)

IG Chemie Vorsitzender Hauenschild:

„Die andere Seite hat zuviel gegeben"

Die Tarifrunde in der Chemie läuft an.

Dreist behaupten die Chemie-Kapitalisten jetzt, daß der Abschluß 1975 für die Kollegen zu viel gebracht hätte. „Mit 6,8 % Zuschlag und einer Aufstockung des Arbeitslosengeldes auf 90 % des letzten Einkommens paßte dieser Abschluß nicht mehr in die konjunkturell verdüsterte Landschaft." (Blick durch die Wirtschaft, 24.1.76)

Der IG Chemie-Vorsitzende hat auf die Klagen der Kapitalisten nur die jämmerliche Antwort: *„Wir haben uns nicht zuviel genommen, die andere Seite hat uns höchstens zuviel gegeben."* Genußvoll zitiert das Kapitalistenorgan „Blick durch die Wirtschaft" vom 22.1. diesen Gewerkschaftsvorsitzenden, den am liebsten noch etwas von der letzten Tariferhöhung zurückgeben möchte. Und deutlich genug den Chemie-Konzernherren verspricht, daß er sie dieses Jahr nicht dazu verleiten will, „zuviel" zu geben.

6,8 % sind für die Kollegen in der Chemieindustrie ein Hungerleider-Abschluß gewesen und auf breite und scharfe Kritik gestoßen. Aufstockung des Arbeitslosengeldes der Chemiearbeiter auf 90 % des letzten Einkommens, wie behauptet wird, gibt es nicht.

In „Neues vom Bezirk" verkündete die Bezirksleitung Hessen letztes Jahr nach dem Tarifabschluß zu dem besagten Arbeitslosenfonds: „Arbeitslos gewordene Arbeitnehmer erhalten **nach** einmonatiger Arbeitslosigkeit einen Zuschuß zum Arbeitslosengeld, **wenn** sie acht Jahre einem Betrieb der chemischen Industrie angehören **und** hiervon vier Jahre in einem Betrieb beschäftigt waren. Dauert die Arbeitslosigkeit länger als zwei Monate an, wird der Zuschuß vom ersten Tag rückwirkend gewährt. Der Zuschuß beträgt 15 % des **Arbeitslosengeldes** für die Dauer des Bezugs. Abfindungen werden auf den Zuschuß angerechnet."

Man fragt sich, für wie blöd die Kapitalisten und die Presse die Chemiearbeiter halten. Alleine schon am oben angeführten kann man sehen, daß von 90 % des letzten Einkommens gar nicht die Rede sein kann. Und schon gar nicht für die Chemiearbeiterschaft. Weil ja die Auszahlung dieses Zuschusses ausdrücklich abhängig ist von der Betriebszugehörigkeit. Und wen sie rausschmeißen, entscheiden allemal noch die Kapitalisten. Und dann schmeißen sie diejenigen, die noch nicht lange im Betrieb sind – das können sie außerdem noch sozial begründen. Bei solchen Sachen entdecken sie ja dann immer ihre soziale Seite.

Außerdem, wenn wir davon ausgehen, daß das durchschnittliche Arbeitslosengeld 68 % des letzten Einkommens ausmacht – und davon 15 % Zuschuß gezahlt werden, wie kommt man dann bitteschön auf 90 % des letzten Einkommens? Darauf kommt keiner. Die Kapitalisten wollen es uns aber weismachen.

Tatsache ist, daß das Ganze Schwindel von hinten bis vorne ist. Noch kein einziger Chemiearbeiter hat was von diesem Arbeitslosenfonds gesehen. Selbst die Sozialdemokraten, die ja mit dem Fonds ihr Gesicht bei dem schlechten Abschluß bewahren wollten, haben es zugeben müssen. Sie haben das auch gemacht auf Betriebsräteschulungen. – (Betriebszelle Röhm)

IG Chemie vereinbart neue Schlichtungsordnung

Ein einstufiges Schlichtungsverfahren vereinbarte die IG Chemie jetzt mit dem Kapitalistenverband. Zuvor war zunächst regional und dann zentral geschlichtet worden. In der einstufigen Schlichtung werden die Schlichter der IG Chemie vom Hauptvorstand bestimmt. Die Mehrheitssprüche der Schlichtungsstellen sind jetzt verbindlich, ohne daß die jeweilige Chemie-Tarifkommission gefragt werden muß. Die Friedenspflicht dauert bis zum Ende der Schlichtung. Das Kapitalistenorgan „Handelsblatt" schreibt am 2.2.76 mit Befriedigung fest: „Mit dieser eindeutigen Regelung der Friedenspflicht dürfte die Gewerkschaft es leichter haben, in tarifpolitischen Krisensituationen spontane Unmutsausbrüche der Arbeitnehmer auf Betriebs- und Unternehmensebene unter Kontrolle zu halten." Im letzten Jahr hatte die IG Chemie-Führung auf zentraler Ebene einen tagelang geheimgehaltenen Tarifabschluß abgeschlossen, was auf breite Kritik der Mitglieder stieß.

IG Druck Stuttgart: 140 DM mehr

Stuttgart. Rund 100 anwesende Mitglieder und Delegierte des Bezirks Stuttgart der IG Druck und Papier beschlossen am 21.1. bei nur 6 Gegenstimmen zur Tarifrunde die Forderung: 35 DM die Woche mehr für alle, Arbeiter und Angestellte. Das entspricht einer Forderung von 140 DM im Monat.

IG Druck Göttingen: 150 DM mehr!

Göttingen. Am 31.1. fand die Mitgliederversammlung der IG Druck und Papier statt. Lebhaft diskutiert wurden von den 30 anwesenden Kollegen Fragen der Tarifrunde. Vorschläge lagen vor von 8 % von seiten des Ortsvereinsvorsitzenden sowie 150 und 200 DM Festgeld. Die Kollegen entschieden sich mit Mehrheit für eine Festgeldforderung. Klar gemacht wurde, daß es nicht darauf ankommt, Forderungen in beliebiger Höhe zu stellen, sondern solche, auf denen die Einheit der Kollegen hergestellt werden kann. 150 DM wurden beschlossen und 600 DM Existenzlohn für Lehrlinge.

Sitzwachenstreik Göttingen:

Fortsetzung des Streiks

Göttingen. Am Mittwoch, dem 28. Januar, beschloß die Vollversammlung der streikenden Göttinger Wachstudenten die Fortsetzung ihres Streiks gegen die Lohnkürzung durch das Land Niedersachsen. Die Forderung des Wissenschaftsministers Grolle, zu Kreuze zu kriechen, wurde zurückgewiesen. Das Ministerium hatte erklärt: „Minister Grolle lehnt es aus politischen Gründen ab, eine Überprüfung

„Minister Grolle lehnt es aus politischen Gründen ab, eine Überprüfung

der derzeitigen Vergütungsregelung in Erwägung zu ziehen. Das Wissenschaftsministerium ist ausschließlich bereit, Gespräche über die Bedingungen des Einsatzes und der Arbeit der studentischen Hilfskräfte zu führen. Voraussetzung für diese Gespräche ist der Abbruch des Streiks. eine Überprüfung der Vergütungsregelung ist hierbei ausgeschlossen."

Es ist bisher nicht gelungen, die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung und die sozialdemokratischen Personalräte zu zwingen, den Streik zu unterstützen. Der Streik der Sitzwachen ist für das Personal der Uniklinken eine Ermutigung, sich gegen die Angriffe des staatlichen Dienstherrn zusammenzuschließen. In den Nervenkliniken sind bereits die erforderlichen Unterschriften für eine Personalversammlung gesammelt, auf der die Belegschaft den Streik der Sitzwachen und ihr Vorgehen in der Tarifrunde beraten will. Beispielhaft ist auch die Entwicklung auf der medizinischen Wachstation. Sie hatte auf Grund von Widersprüchen den Streik der Sitzwachen nicht unterstützt. Heute geht sie auf Grund ihrer Erfahrungen entschlossen voran, die Belegschaft der Medizinischen Klinik für eine Personalversammlung zu gewinnen, um gemeinsam den Streik der Sitzwachen und Abwehrmaßnahmen gegen die Streichung aller Aushilfs- und Vertretungskräfte zu beraten.

Städtische Krankenanstalten

Städtische Krankenanstalten

Mannheim: Geplante Zulagenstreichung abgewehrt

Mannheim. Was die CDU-Landesregierung vor Weihnachten nicht durchsetzen konnte, versucht jetzt der Mannheimer Stadtrat. Mitten in die Vorbereitung der Lohnrunde legte die Verwaltung der Städtischen Krankenanstalten der Stadt eine Vorlage vor, aus der hervorgeht, daß aufgrund des ihrer Meinung nach ausreichenden Pflegepersonals die Streichung der übertariflichen Wohnungszulage von 150 DM, für Ausubildende 75 DM, möglich ist.

Damit hat sich der Verwaltungsdirektor eine ganze Menge Ärger eingehandelt – von heut auf morgen 150 DM weniger im Geldbeutel, das macht kein Kollege so einfach mit. Auch dann nicht, wenn die Streichung schrittweise erfolgt. Die Verwaltung hat ihre Vorlage wieder zurückziehen müssen. Der Personalrat gab ein Flugblatt heraus, in dem er die Kollegen über die Verhandlungen informierte und bekannt gab, daß Ende Februar eine Personalveranstaltung stattfinden werde.

Stahlwerker streikten

Bochum. Rund 100 Stahlwerker von Neriges streikten gegen ihre Entlassung. Die Betriebsleitung der zur August-Thyssen-Hütte gehörenden Bochumer Stahlwerke begründete die Kündigungen von fast einem Drittel der 335 Beschäftigten mit „schlechter Auftragslage".

Streik für Kantinenerhaltung

Hamburg. Die 200 Arbeiter der Maschinenfabrik Mittelhäuser und Walter in Hamburg-Altona streikten anderthalb Stunden gegen die Schließung der Werkskantine. Danach mußte die Geschäftsleitung zugestehen, daß die Kantine nicht geschlossen wird. Gegen die vorhergehenden Proteste hatte der Kapitalist erklärt, daß er, wenn die Proteste nicht aufhörten, das Werk ganz schließen werde. Am Mittwoch standen dann die 200 nach dem Frühstück nicht mehr auf und streikten nach anderthalb Stunden Streik die Zusage.

HBV

Die Löhne im Einzelhandel sind die niedrigsten

Hamburg. Die Gewerkschaft HBV hat zum 29.2.76 die Lohn- und Gehaltstarife für den Einzelhandel in Hamburg gekündigt. Sie fordert 8 Prozent Lohn- und Gehaltserhöhung für die Beschäftigten im Hamburger Einzelhandel.

Die Lohnabhängigen im Einzelhandel sind die am schlechtesten bezahlten von allen Branchen in der BRD (HBV-Zeitung „Ausblick" Nr. 11/75). Die Gehaltsgruppe II, nach der der größte Teil bezahlt wird, staffelt sich von 840 DM (1. Berufsjahr) bis 1.300 (9. Berufsjahr). Unausgebildete werden nach Gruppe I bezahlt, d.h. sie erhalten je nach Berufsjahr 70 bis 95 % der Lohngruppe II.

Der Konkurrenzkampf, für die Kapitalisten Überlebenskampf, drückt sich im Einzelhandel entsprechend der kapitalistischen Gesetzmäßigkeit im „großen Sterben" der Kleinen aus. Seit 1962 sind bis 1975 100 000 Einzelhandelsgeschäfte eingegangen. Im Laufe des Jahres 1975 sind es ca. 6000 bis 7000 Geschäfte gewesen, die schließen mußten. Immer mehr Kapital wird in den Händen weniger Kapitalisten zentralisiert, die großen Warenhauskonzerne und Verbrauchermärkte dehnen sich aus. 1962 hatten die großen Einzelhandelsunternehmen noch 26 % der Marktanteile, 1975 haben sie sich bereits ca. 47 % des Marktes erobert. Die vier großen Kaufhauskonzerne Karstadt, Kaufhof, Hertie und Horten halten etwa 11 % des Marktes.

Die Warenhauskonzerne haben 1974 z.T. beträchtliche Umsatzüberschüsse gemacht, sie dehnen die Verkaufsflächen aus und bauen gleichzeitig rücksichtslos den Personalbestand ab. Karstadt: plus 4,4 % Verkaufsfläche / minus 0,8 % Personal. Kaufhof: plus 5,5 % / minus 3,0 %; Horten: plus 14,1 % / plus 2,2 %.

Besonders deutlich und scharf wird die Intensivierung der Arbeit in den Stoßgeschäften des Einzelhandels, in der Vorweihnachtszeit und in den Schlußverkäufen. In dieser Zeit werden die Lohnabhängigen im Einzelhandel zu immensen Überstunden gezwungen. Bei Hertie kam ein Kollege während der Vorweihnachtszeit in 4 Wochen auf 42 Überstunden. Der Arbeitstag wird verlängert. Die Überstunden werden nicht bezahlt, sie müssen abgebummelt werden, natürlich dann, wenn sowieso kein Geschäft gemacht wird.

Das Arbeitslosenheer drückt ganz besonders auf die Lohnabhängigen im Einzelhandel, in der BRD waren Ende Juni 1975 51 460 Verkäuferinnen arbeitslos, überwiegend solche, mit nur zweijähriger Ausbildung oder Verkaufshilfen.

Ein wesentliches Spaltungsmittel ist das Umsatz- und Prämiensystem, das sogar festgeschrieben ist im Manteltarifvertrag. Die Höhe der Umsatzprämie richtet sich nach dem Verkaufspreis der Waren, so daß beispielsweise eine Verkäuferin in einer Schreibwarenabteilung – und wenn sie noch so viele Waren verkauft – nie die Prämienhöhe eines Verkäufers in der Fernsehabteilung erreichen wird.

Die gewerkschaftliche Organisierung ist gering im Einzelhandel.

Die Lohnabhängigen im Einzelhandel bieten in dieser Lage den Kapitalisten ein Feld, auf dem sie ihrer Gier nach unbezahlter Mehrarbeit freien Lauf lassen. Eine Lohnerhöhung von 8 % würde für die unterste Stufe der Gehaltsgruppe I ca. 48 DM betragen, für die unterste Stufe der Gehaltsgruppe II 67 DM, und selbst in der höchsten Stufe der Gruppe II nur 102 DM. Diese 8 %-Forderung ist von vornherein einkalkulierten „Spielraum" kommt den Spaltungsabsichten der Kapitalisten entgegen. Immer schärfer und einschneidender wird die Verelendung großer Teile der Lohnabhängigen im Einzelhandel, immer notwendiger und unvermeidlicher wird daher der Kampf um den Lohn.

Die Forderung von 135 DM, die die HBV für die 170 000 Beschäftigten im Einzelhandel Nordbaden-Nordwürttembergs aufgestellt hat, ist geeignet, der Spaltung entgegenzutreten und einen Zusammenschluß der Lohnabhängigen zu ermöglichen. – (t., Ortsgruppe Hamburg)

Berichtigung

KVZ Nr. 3, Seite 5, zu: „Kein Angebot der Metallkapitalisten." 1. Spalte, vorletzter Absatz: dort heißt es, „ bei Siemens in Braunschweig verdienen 80 % der Belegschaft unter 1 000 DM netto." Richtig ist es 80 % der **Arbeiter.** Das Werk hat 3 400 Arbeiter und 2 000 Angestellte.

Aktion zur Vorbereitung der ÖTV-Tarifrunde am 16. Februar



Bremen. „Wir wollen 135 DM durchsetzen", mit diesem Text wurde am Freitag, 30.1., ein Transparent von den Kollegen im Naturwissenschaften I Gebäude der Bremer Universität aus dem Fenster gehängt.

Zuvor hatte der Studienbereich 4 beschlossen, so seinen Willen, die 135 DM durchzusetzen, zum Ausdruck zu bringen. Das Geld für die Erstellung des Transparents wurde unter Kollegen, Studenten und Hochschullehrern gesammelt.

Als dann am Freitag das Transparent rausgehängt wurde, ist dies Vorgehen bei den anderen Kollegen auf Unterstützung getroffen. Das ist auch klar, denn die überwiegende Mehrheit ist für 135 DM und auch dafür, diesen Willen an die Öffentlichkeit zu bringen. Nur ein paar Vorgesetzte und Hochschullehrer waren etwas aufgebracht und haben in den Diskussionen gleich wieder versucht, die etwas höher verdienenden Kollegen gegen die weniger verdienenden auszuspielen. Dies ist ihnen aber überhaupt nicht gelungen. Unter Androhung, das Transparent würde am Wochenende abgenommen, ist es am Freitag Nachmittag wieder reingeholt worden.

Wenn der Rektor meint, die Kollegen so einschüchtern zu können, wird er sich noch wundern. Dienstag nämlich hing unsere Forderung wieder für alle gut sichtbar am Natuwissenschaften I. – (Zelle Universität Dienstleistungsbereich)

Öffentlicher Dienst: Das Gerede von den „Plänen zur Reprivatisierung"

Geplant ist, die erkämpften Rechte der Lohnabhängigen abzubauen

Die Sozialdemokraten, die die Gewerkschaft ÖTV führen, haben einen heiligen Krieg angefangen, der wie alle „heiligen" Kriege nicht ganz frei von Lächerlichkeit ist. Dieser Krieg wird gegen die „Pläne zur Reprivatisierung„ geführt.

Davon würden die öffentlichen Dienste auch nicht billiger, sagen die Sozialdemokraten, sondern sie würden nur billiger, wenn man ihre weisen Ratschläge beachten, endlich die Mitbestimmung einführen würde.

Hat man je gehört, daß die Arbeiter einer Fabrik gegen den Verkauf dieser Fabrik kämpfen, indem sie feststellen, davon würden zum Beispiel Kugellager auch nicht billiger?

Das glaubt doch keiner. Es ist im Kapitalismus, im Lohnsystem nichts Ungewöhnliches, daß ein Aufkäufer von Arbeiterkräften zurücktritt und einem anderen die Ausbeutung dieser Arbeiter überläßt. Das ist nicht schön und entwürdigend, aber Natureigenschaft des Kapitalismus.

Worauf man zu achten hat als Belegschaft, die verhökert werden soll, ist bloß, daß nicht beim Verkauf der Belegschaft gleich auch noch Rechte der Belegschaft, die mühevoll erkämpft wurden und vermittels derer sie sich vor schrankenloser Ausbeutung schützt, mit über Bord gehen. Darauf muß man scharf achten, weil die Gelegenheit dazu gerne genutzt wird. Ausschließlich um den Arbeitskräften im öffentlichen Dienst erkämpfte Rechte zu nehmen, durch die sie sich vor schrankenloser Auspressung von Mehrarbeit und vor Lohndrückerei in gewissem Umfange schützen, wird das Gerede von der „Reprivatisierung" in Umlauf gebracht. Die Vorstellung, es könnte die Polizei, das Finanzamt oder die hoheitliche Verwaltung verkauft werden, ist dagegen närrisch.

Die Ziele der Bourgeoisie, die lassen sich viel schlichter fassen. Es geht ihnen darum, die Schranken, die das Beamtenrecht und die Tarifverträge der Entfaltung der Kampfkraft der Arbeiter und Angestellten setzen, auszunutzen und gleichzeitig die tarifvertraglichen oder arbeitsrechtlichen Schranken, die der Auspressung von Mehrarbeit durch den Kampf der Arbeiter gesetzt wurden, abzubauen. Einige Beispiele: Bei den Lehrern erhöht sich gegenwärtig die Zahl der aushilfsweise angestellten Lehrer. Auch werden Lehrer, die sich in Ausbildung befinden und entsprechend gezahlt werden, als vollwertige Lehrkräfte eingesetzt. Überstunden werden verlangt. Die arbeitsrechtlichen Verhältnisse sind ganz auf Probe. Nach einem Jahr wird gesiebt. Alle Klauseln des Kündigungsschutzes sind somit umschifft. Allerdings gelten die ganze Zeit schon die beamtenrechtlichen Bestimmungen, die im Verbot der politischen Betätigung außer zur Verteidigung der freiheitlich demokratischen Grundordnung gipfeln und durch das Streikverbot ergänzt sind.

Bei der Post ist es so, daß der ans Beamtenrecht angelehnte Tarifvertrag die Versetzung auf drei Monate erlaubt. Gegen eine solche Versetzung ist kein Einspruch möglich. Sie kann dreihundert oder fünfhundert Kilometer weit gehen. Eine feine Sicherheit des Arbeitsplatzes ist das für eine Mutter von drei Kindern. Oder auch für eine gewöhnliche Arbeiskraft, selbst wenn sie ledig ist. In der Zwischenzeit wird dann rationalisiert. Dann hat der Heimatort, man sollte sagen Herkunftsort, an dieser verschobenen Ware keinen Bedarf mehr. Dann kann die Arbeitskraft wiederum woanders hin.

Das ist eine schlaue Ausnutzung des Beamtenrechtes und der besonderen Dienstverpflichtung, die daraus erwächst. Daß man's zu spüren kriegt, da muß man gar kein Beamter sein. Das gilt auch für Angestellte.

Jetzt hört man aus den verschiedensten Orten, daß Putzkräfte oder Küchenhilfkräfte einfach entlassen werden, weil kein Bedarf mehr besteht.

Die gleichen Putzkräfte sieht man wenige Tage später wieder im Gebäude. Sie sind inzwischen von einer privaten Putzkolonne angeheuert und verrichten die gleiche Abeit, aber bloß für bedeutend geringeren Lohn. Eine wirkliche und weit verbreitete Methode der „Reprivatisierung".

Rechtlich macht es den Dienstherren nichts aus. Denn, Arbeitskräfte, die zur Erledigung von Arbeiten im öffentlichen Dienst geheuert werden, unterliegen den besonderen rechtlichen Bedingungen, also der politischen Entrechnung ganz genauso. Das wird einfach von dem Sklavenhändler, der die Putzkolonne vermietet, verlangt, daß er es in seinen Vertrag hineinschreibt. Das kann doch dem Kapitalisten egal sein und ist es ihm auch.

Durch alle diese Maßnahmen soll der kollektive Zusammenhalt der Belegschaften geschwächt werden. Offensichtlich sieht die Reform des Dienstrechtes so aus, daß neben Arbeitern, Angestellten und Beamten auch noch Sklaven geschaffen werden sollen, die gar keine Rechte haben.

All dies läuft ab, und genau jetzt, in der Vorbereitung der Lohnbewegung, spitzt es sich zu. Es ist doch klar, diese Leute haben zum Beispiel gar kein Streikrecht, wenn es zum Streik kommt. Sie sind vielleicht in einer ganz anderen Gewerkschaft.

Das darf man nicht dulden. Dagegen muß man auftreten. Das Geschwätz von der Reprivatisierung selber ist ein Schleckhafen im Vergleich zu dem, was die Dienstherren tatsächlich machen.

Wenn wirklich die eine oder andere Einrichtung des öffentlichen Dienstes verkauft wird, und viele werden es nicht sein können, so muß man darauf achten, daß man bei diesem Verkauf nicht beschissen wird und Rechte der Belegschaft verkürzt werden. Die Sozialdemokraten haben aber bloß im Kopfe, daß, wenn es, Gott verhüte, zu einem solchen Verkauf da und dort tatsächlich kommt, der eine oder andere verdiente Parteibruder als Personalchef abserviert wird. Als ob das ein wirkliches Problem wäre. Die tatsächliche Unterminierung von Rechten lassen sie hingegen einfach so ablaufer (mf)

GEW unterstützt 135 DM-Forderung

Aachen. Die Fachgruppe Grund- und Hauptschule der GEW-Stadt Aachen hat die 135 DM-Forderung einstimmig unterstützt.

Bielefeld. Der Ortsvorstand der GEW Bielefeld Stadt unterstützt die Forderung 135 DM. Mehrheitlich wurde die Treuepflicht abgelehnt und das Streikrecht gefordert.

Freiburg. Auf ihrer Sitzung am Mittwoch, 21.1.76, hat die GEW-Fachgruppe Gymnasien in einer Resolution an die Vorstände der GEW und der ÖTV die Forderung nach 135 DM für alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst begrüßt.

Darmstadt. Die Mitgliederversammlung der GEW Darmstadt Stadt hat am 22.1.76 in einem Beschluß die 135 DM-Forderung der ÖTV unterstützt.

Der Kreisvorstand wurde aufgefordert, mit den anderen Gewerkschaften im öffentlichen Dienst eine Kundgebung durchzuführen. Die Mitgliederversammlung forderte den Landes- und Bundesvorstand der GEW auf, die 135 DM-Forderung in einer Erklärung an die öffentlichen Dienstherren zu richten. Bei fünfzig Anwesenden wurde die Resolution einstimmig angenommen.

Münster. Am 13.1. diskutierte die Fachgruppe Gymnasium der GEW Münster auf der Grundlage eines Referates eines Kollegen über den Lohnkampf im öffentlichen Dienst. Die Fachgruppe begrüßte die am selben Tag von der Großen Tarifkommission der ÖTV beschlossene Festgeldforderung Die bisherige Trittbrettfahrerrolle von Lehrern und GEW im Lohnkampf wurde kritisiert und beschlossen, die ÖTV im Tarifkampf aktiv zu unterstützen.

Westberlin

Die **GEW Mitgliederversammlung Kreuzberg** hat mit großer Mehrheit einen Beschluß für die 135 DM und gegen das Beamtenrecht gefaßt. Sie fordert gemeinsame Beratung des Landesvorstands der GEW und des ÖTV-Bezirksvorstands für gemeinsame Aktivitäten

Die **GEW Betriebsgruppe Hans Böckler Schule** schickte ein Solidaritätstelegeramm an die ÖTV und richtete die Aufforderung an den GEW-Vorstand Westberlin, die Solidarität zu organisieren.

3 Betriebsräte wurden fristlos gekündigt

Einführung des besonderen Dienstrechts wurde abgelehnt

Neckargemünd. Vergangene Woche wurden im Südwestdeutschen Rehabilitationszentrum für Kinder und Jugendliche in Neckargemünd drei gewerkschaftlich organisierte Betriebsräte gekündigt. Anlaß war ein Informationsblatt des Betriebsrates, das er im Auftrag einer Betriebsversammlung im Herbst erstellt hatte.

Ungeheuerlich ist der Angriff der Geschäftsführung: Zunächst wurden die Betriebsräte vom Dienst suspendiert und mit Hausverbot belegt und mußten innerhalb von einer halben Stunde das Haus verlassen. Dann legte die Geschäftsführung dem restlichen Betriebsrat die fristlose Kündigung vor und veranlaßte unter massiver Bedrohung der Betriebsräte eine Abstimmung über die Kündigungen. 4 Kollegen stimmten für, 3 gegen die Kündigung. Nur indem die Geschäftsführung 3 Betriebsräte, die in jeder Frage auf der Seite der Beschäftigten standen, aus dem Betrieb entfernte, konnte ihr dieser Schlag gelingen.

Auf der Betriebsversammlung im Herbst, auf der das Informationsblatt zum Schießerlaß beschlossen worden war, hatte der Betriebsrat berichtet, daß der Stiftungssenat, das höchste Gremium der Stiftung, den Paragrafen 18,1 der Stiftungssatzung, der inneren Verfassung der Stiftung, geändert hatte. Dieser lautet nun: „Mitarbeiter der Stiftung kann nur sein, wer das Grundgesetz und die Gesetze der Bundesrepublik beachtet und die **allgemeinen Voraussetzungen für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst erfüllt**."

War in dem ursprünglichen Paragrafen 18 bereits die politische Entrechtung durch die Bindung an das Grundgesetz festgelegt, sollte durch die Änderung des Paragrafen 18 die politische Entrechtung entsprechend dem Beamtenrecht vollzogen werden. Dies bedeutete die Einführung des Schießerlasses an der Stiftung, auf dessen Grundlage sämtliche Beschäftigten im öffentlichen Dienst bespitzelt und politisch unterdrückt werden. Zwar bestritt die Geschäftsführung des Rehabilitationszentrums Neckargemünd auf dieser Betriebsversammlung, daß die Änderung des § 18 die Einführung des Schießerlasses bedeutete, jedoch machte der geschäftsführende Vorsitzende Buchwald durch die Äußerung, man müsse solche Kollegen einstellen, wo man nicht Gefahr laufe, daß jene die Kinder und Jugendlichen politisch indoktrinieren, deutlich, daß sehr wohl die Einführung des Schießerlasses auf der Tagesordnung stand.

Einführung des Schieß-Erlasses

Der Vorstandsvorsitzende Boll bestätigte dies auf einer Gesamtvorstandssitzung: „Wer als Angehöriger der Stiftung in seinem Arbeitsbereich Handlungen begehe, die gegen das Grundgesetz verstoßen, müsse sich dafür verantworten mit allen Konsequenzen. Dies schrieb die Satzung vor. Dabei hieße es nicht, daß jemand das Grundgesetz zu lieben habe, sondern nur zu beachten." (Auszug aus einem Protokoll vom 15. September 1975). Boll meint mit dieser Äußerung, daß die Beschäftigten an der Stiftung dem besonderen Dienstrecht im öffentlichen Dienst unterworfen werden sollen.

Mit den drei fristlosen Kündigungen der Betriebsräte versucht die Stiftung die Interessenvertretung der Beschäftigten und damit die Kämpfe der Kollegen für ihre Rechte und Interessen zu fesseln.

Das RZN besteht seit ungefähr 1 1/2 Jahren. Dort sollen behinderte Kinder und Jugendliche beschult und ausgebildet werden. Gleich in den ersten Monaten nach der Eröffnung kämpften die Kollegen des RZN um Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen und begannen sich gewerkschaftlich zu organisieren. Den Kollegen im Sozialpädagogischen Bereich z.B. war bei ihrem Eintritt in den Betrieb zugesichert worden, daß die Urlaubsregelung dieselbe sei wie in der Schule. Im nachhinein stellte sich die Geschäftsleitung auf den Standpunkt, daß ihnen nur der BAT-Urlaub (etwa 20 Tage im Jahr) zugestanden würde.

In der Folge der verschiedensten Auseinandersetzungen, wurden im November 1974 10 Kollegen gekündigt. Durch den Druck der Kollegen mußte die Geschäftsleitung sechs Kündigungen wieder zurücknehmen.

Der Betriebsrat lehnt das besondere Dienstrecht im öffentlichen Dienst ab

Aus den Erfahrungen der ersten Monate, haben die Kollegen am RZN gelernt und haben im Frühjahr 75 einen Betriebsrat gewählt, von dem 8 (von insgesamt 11 Betriebsräten) gewerkschaftlich organisiert waren und auf einem ÖTV-Programm kandidierten, das zum Ausdruck brachte, daß sich die Betriebsräte für die Interessen und die Forderungen der Kollegen einsetzen werden. Kurz nach Beginn der Amtszeit des Betriebsrates wurde diesem ein Tarifvertrag vorgelegt, in dem die Stiftung beabsichtigte anstelle des geltenden Betriebsverfassungsgesetzes das Bundespersonalvertretungsgesetz einzuführen, d.h. die Einführung des besonderen Dienstrechtes für den öffentlichen Dienst. Das war der erste Schritt der Stiftung die Kollegen ans Beamtenrecht zu ketten. Konsequent haben Betriebsrat und die Gewerkschaftsorganisation diesen Schritt bekämpft – bis heute ist es noch nicht gelungen, diesen Tarifvertrag zu verabschieden. Die ÖTV-Mitgliederversammlung hat im Januar 76 mit 42 gegen 8 Stimmen für die Beibehaltung des BVG und gegen den Tarifvertrag gestimmt (90 gewerkschaftlich organisierte Kollegen bei 550 Beschäftigten).

In diesem Zusammenhang muß man die fristlosen Kündigungen sehen: Durch die Änderung der Stiftungssatzung versuchte die Stiftung das besondere Dienstrecht im öffentlichen Dienst einzuführen und durch die Einführung des Bundespersonalvertretungsgesetzes zur Anwendung zu bringen.

Nachdem die Kündigungen im RZN bekannt geworden sind, brach helle Empörung unter den Kollegen aus. Die Geschäftsleitung verbot daraufhin sofort die ordentliche Betriebsversammlung, die einen Tag nach der Kündigung stattgefunden hätte. 70 Kollegen versammelten sich am Tag der Kündigung außerhalb des RZN, um zu beraten, wie sie den Angriff auf ihre Interessensvertretung zurückschlagen könnten. Am nächsten Tag im Betrieb gab die Geschäftsleitung Anweisung, daß keiner seine Station zu verlassen hätte, keine Schriften verfaßt werden durften, keine Versammlungen einberufen werden und vor allem keine Unterschriften gegen die Kündigungen gegeben werden dürften. Die Kontrolle der Abteilungsleiter auf das Einhalten der Arbeitszeit wurde verschärft. In den einzelnen Fachbereichen wurden trotzdem Versammlungen einberufen: Im Schulbereich versammelten sich die Lehrer (40 von ca. 65) während der Unterrichtszeit, verabschiedeten eine Resolution und begannen eine Unterschriftensammlung. Sie forderten Boll auf, auf einer Personalversammlung über die Vorfälle Stellung zu beziehen. In der Klinik schlossen sich dieser Resolution und Unterschriftensammlung Kollegen von allen Stationen an. Der Vertrauensleutekörper trat zusammen und forderte die Wiedereinstellung der gekündigten Betriebsräte.

Der Kampf im Betrieb um die Wiedereinstellung der gekündigten Betriebsräte und gegen den Schießerlaß ist noch nicht entschieden. Die Stärke der Bewegung ist groß. Dies beweist, daß die Geschäftsführung weitere angedrohte Kündigungen für 3 Betriebsräte, die sich nicht trotz Aufforderung von dem Informationsblatt des Betriebsrates distanziert haben, nicht durchführen konnten. Lohnabhängige aus anderen Betrieben sind solidarisch. So faßte die Wahlkörperversammlung der ÖTV-Gruppe Sozialarbeit einen Beschluß, in dem sie die Kollegen unterstützt und auffordert, den Kampf gegen die Entlassungen weiterzuführen. – (h, Neckargemünd)

Aktionen und Demonstrationen gegen die Schulpolitik in Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen

Tausende Eltern, Schüler und Lehrer gehen auf die Straße







In der Gesamtschule Ober-Roden in der Region Offenbach „standen die Schülerinnen und Schüler auf wie ein Mann", als die Schulleitung eine Pausendiskussion über die Entlassung von drei Lehrern nach der Ausbildung durch Abschalten der Lautsprecheranlage unterbinden wollte und marschierten nach Urach. In Hannover wurde an 6 Schulen, darunter einer Hauptschule gestreikt. An dem Demonstrationszug nahmen bis zu 1500 Menschen teil. Auf der vom Stadtelternbeirat veranstalteten Kundgebung waren es dann insgesamt über 3000. Gegen die Nichteinstellung von 4500 Lehramtsanwärtern von allen Schularten demonstrierten in Köln rund 1500 Menschen. Im Anschluß fand eine Kundgebung im Saal statt.

„Wir sind nicht Krollmanns Knechte !"

Hessen. Die hessische Schülerschaft trifft überall Vorbereitungen auf Kampfschritte, um den vom Krollmann-Ministerium vorgelegten Maulkorberlaß für die Schülervertretungen zu Fall zu bringen. Alle Versuche, die Schüler daran durch Verfügungen der Schulbehörden zu hindern, geben der Ablehnung der Schülerschaft gegen die vorgesehene Knebelung ihrer Vertretungsorgane nur neue Nahrung.

So hat in **Frankfurt** das Verbot von fünf Stadtteilvollversammlungen der Schülerschaft durch das Ministerium zum Ergebnis gehabt, daß sich innerhalb einer Woche Schülervollversammlungen an 25 Schulen einmütig gegen den Erlaß ausgesprochen und Kampfschritte beraten haben. Über 200 Schülerinnen des Elisabethen-Gymnasiums marschierten am Donnerstag aus der Schule und bestreikten die dritte Stunde. An der Falk-Schule beschloß die Vollversammlung, für landesweiten Streik einzutreten.

Die Schüler der Helmholtz-Schule haben am Mittwoch auf dem Schulhof einen Umzug mit Transparenten organisiert. „Wir sind nicht Krollmanns Knechte, wir fordern Schülerrechte!", hieß es u.a. Auf den Stufenversammlungen am Donnerstag wurden mit großer Mehrheit Abänderungsanträge an der Resolution des Stadtschülerrats beschlossen. Falls das Kultusministeriums nach der zentralen Demonstration in Wiesbaden den Erlaß nicht zurücknimmt, soll gestreikt werden.

Der Kreisschülerrat **Kassel-Land** hat auf einem Seminar gegen den Maulkorberlaß Stellung genommen. Die Rechtsverordnung wolle jede Schüleraktivität der Zensur und Willkür der Schulleitung unterwerfen. Übrig bleiben solle der „angepaßte Duckmäuser", der durch Wohlverhalten seinen Schulabschluß erreichen könne.

Der Stadtschülerrat **Wiesbaden** hat auf seiner Sitzung am 28. Januar eine Klassensprecherversammlung für ganz Wiesbaden zur Vorbereitung einer Aktionswoche beschlossen. Ab Mitte Februar sollen auf Vollversammlungen an allen Schulen Beschlüsse über eine zentrale Demonstration und einen landesweiten Streik gefaßt werden.

Im **Main-Taunus-Kreis** haben für den 12. Februar zum Streik gegen die RVO aufgerufen: das **Hofheimer** Gymnasium und das Eichwald-Gymnasium in **Sulzbach**. Die Schülervertretung der Beruflichen Schulen des **Main-Taunus-Kreises** in Hofheim hat beschlossen, den Kampf gegen die RVO unter den Forderungen: **Weg mit der RVO! Für freie politische Betätigung! Für Unabhängigkeit und Satzungshoheit der Schülervertretung! Für das uneingeschränkte Politische Mandat der Schülervertretung!** zu führen. Auf Vollversammlungen sollen die notwendigen Kampfschritte festgelegt werden.

In **Friedberg** hat die Schülervertretung des Burggymnasiums am 27. Januar beschlossen, auf einer Vollversammlung für Streik einzutreten.

Die **Frankfurter Jungsozialisten** haben zu der geplanten RVO erklärt: „In ganz Hessen sollen wir den Mund nicht mehr aufmachen dürfen – dagegen gibt es nur eins: landesweiter Schulstreik!" Sie haben den Landesschülerrat aufgefordert, „dafür zu sorgen, daß die Streiks in ganz Hessen stattfinden".

Fachschüler demonstrierten gegen unerträgliche Ausbildungsbedingungen

Wiesbaden. Rund 1000 Schüler von Fachschulen für Sozialpädagogik aus ganz Hessen demonstrierten am 21.1.76 in Wiesbaden gegen eine neue Ausbildungs- und Prüfungsordnung, mit der das Krollmann-Ministerium den Druck auf die Fachschüler durch noch mehr Klausuren, Hausarbeiten, Referate usw. ins Unerträgliche steigern will. Schon heute sind die Fachschüler gezwungen, bis zu 50 Wochenstunden Unterricht durchzustehen. Mit solchen Schikanen will das Ministerium unter den Fachschülern noch stärker aussieben als bisher. Trotz verschiedener Drohungen der Schulleiter fuhren aus vielen Schulen die Klassen geschlossen zur Demonstration.

Gemeinsame Demonstration beschlossen

Hamburg. Für den 13. Februar rufen in Hamburg der Kreisjugendausschuß des DGB, der Allgemeine Studentenausschuß der Universität und zahlreiche Jugendverbände zu einer gemeinsamen Demonstration gegen die Jugendarbeitslosigkeit und die Ausbildungsmisere auf.

Schülervertreter gegen Maulkorbgesetze

Leverkusen. Die Bezirksdelegiertenkonferenz der Schülermitverwaltungen Leverkusen hat auf Initiative des KAJB Leverkusen mit überwältigender Mehrheit eine Resolution gegen die Paragrafen 88a und 130a mit den Forderungen „Weg mit dem KPD-Verbot!", „Weg mit dem Radikalenerlaß!", „Weg mit den geplanten Maulkorbgesetzen!" verabschiedet. Zusätzlich wurde eine Resolution ggen den Radikalenerlaß verabschiedet.



Zahlreiche Transparente für eine einheitliche Ausbildung bis zum 18. Lebensjahr, Volkskontrolle über das Schulwesen, für die Abschaffung des besonderen Dienstrechts im öffentlichen Dienst und die Abschaffung des Radikalenerlasses bestimmten das Bild der Demonstration in Kassel.



Über 700 Schüler, Eltern und Lehrer protestierten am letzten Mittwoch vor dem Bremervörder Kreishaus gegen die Unterrichtsmisere. In vielen Klassen des Kreises müssen eine Reihe von Fächern wegen der Nichteinstellung von ausreichendem Lehrpersonal für ein ganzes Jahr ausfallen.

Bauern im Emsland monatelang belogen

Regierung plant zentrale Atommüllkippe

Emden. Am 17.1.1976 konnte man zum ersten Mal in der „Meppener Tagespost", einer Regionalzeitung des Emslandes, lesen, daß im Hümmling zwischen Sögel und Aschendorf eine zentrale Atommülldeponie und -aufbereitungsanlage für die BRD erstellt werden soll.

Dieser Artikel erzeugte sofort Unruhe, und seither ist die Zeitung voll von Stellungnahmen gegen diese Pläne, von denen keiner der betroffenen Gemeinden vorher etwas wußte.

Dabei wurden bereits seit September 1975 Bohrungen zur Untersuchung des Untergrundes in diesem Gebiet durchgeführt. Den Bauern wurde erklärt, „die Bohrungen dienten dem Zweck, den Wasserhaushalt in diesem Raum hinsichtlich einer möglichen Ausweitung des Wasserschutzgebietes zu überprüfen". In einem Bohrvertrag wurde sogar angegeben, man bohre nach „Erdöl und evlt. nach Kali".

Die Verantwortlichen wußten, daß die Bevölkerung keineswegs der Errichtung eines derart gefährlichen Betriebes in ihrer nächsten Nähe zustimmen würde! Alles sollte klammheimlich so weit gebracht werden, daß man die Menschen in diesem Gebiet vor vollendete Tatsachen stellen könnte und alle Proteste zu spät gekommen wären.

Das ist nun mißglückt. Die ersten Meldungen haben eine Flut von Protesten ausgelöst: Der Landvolkverband hat alle Bauern aufgefordert, keine Genehmigungen für Bohrungen auf ihrem Boden zu geben. Auch die Gemeinderäte der umliegenden Gemeinden Lathen und Sögel haben auf das entschiedenste protestiert und gefordert, daß die Sicherheit der Bevölkerung oberstes Kriterium bei der Entscheidung über den Bau des Betriebes sein soll.

Da die Planungen nun schon einmal an die Öffentlichkeit gekommen waren, sollte das Projekt nun der empörten Bevölkerung schmackhaft gemacht werden. Es wurde getönt, 5000 Arbeitsplätze würden dadurch geschaffen – und Arbeitsplätze sind in diesem industriearmen Gebiet sehr gesucht! Kurz darauf meldete die Lokalzeitung, mit 5000 Arbeitsplätzen habe man wohl etwas zu hoch gegriffen: In einer Fachzeitschrift war die Rede von ungefähr 1000 Arbeitskräften – davon ein erheblicher Teil Spezialisten von außerhalb. Daß nach 15 Jahren höchstwahrscheinlich der ganze Betrieb wieder stillgelegt werden muß, wurde zuerst ganz verschwiegen. Ein zweites Mal wurde die Bevölkerung also bewußt belogen, um zu verhindern, daß sie Abwehrmaßnahmen ergreift.

Gleichzeitig wird in der oben genannten Studie zugegeben, daß „Einflüsse auf die Bevölkerung in gewissem Umfang unvermeidlich" seien. Gasförmige radioaktive Abfälle könnten „prinzipiell nicht zurückgehalten werden". Argumentiert wird dabei ständig mit der geringen Bevölkerungsdichte in diesem Raum; das ist höchst makaber, denn die Menschen, die dort leben, sind eben gefährdet, solange keine sicheren Anlagen entwickelt worden sind – egal, ob es viele oder wenige sind.

Um ihre ehrgeizigen Pläne mit dem Bau von dutzenden von Atomreaktoren durchzuziehen, scheuen sich die Energiekapitalisten und die Bundesregierung nicht, eine Gefährdung der Bevölkerung bewußt in Kauf zu nehmen. – (cb)

Jugendarbeitsschutz

Untaugliche Kontrolleure

Daß weder das alte und noch weniger das neue Jugendarbeitsschutzgesetz die Jugendlichen vor der Willkür und Ausbeutung durch die Kapitalisten schützt, haben wir in den letzten Nummern der KVZ anhand der Gesetzestexte nachgewiesen. Daß selbst die wenigen darin den Kapitalisten auferlegten Einschränkungen nicht viel mehr als Papier sind, solange die Vertretungsorgane der Lohnabhängigen ihre Einhaltung nicht selbst kontrollieren, darauf wirft ein vertraulicher Brief ein Licht, den der Arbeitgeberverband der Nordwestdeutschen Zement- und Kalkwerke vor einiger Zeit an die Mitgliedsfirmen verschickt hat. „Wie wir von der Landesvereinigung der Industriellen Arbeitgeberverbände Nordrhein-Westfalens e.V. erfahren," heißt es da, „hat das Arbeits- und Sozialministerium Nordrhein-Westfalens die Gewerbeaufsichtsämter angewiesen, in der Zeit vom 2. bis 13. Juni 1975 in einer Sonderaktion in Betrieben mit 1 – 199 Beschäftigten die Einhaltung der Vorschriften des Jugendarbeitsschutzgesetzes zu überprüfen ... Wir empfehlen Ihnen daher, die Bestimmungen des Jugendarbeitsschutzgesetzes genau zu beachten ..." Der Brief stammt vom 21. März, die Verbandsfunktionäre, die in den Ministerien ein- und ausgehen, sind also rechtzeitig informiert worden und die Kapitalisten haben über zwei Monate Zeit, das Untersuchungsobjekt zu präparieren. Soweit das noch nötig ist, denn die Sehtüchtigkeit oder -untüchtigkeit der Herren Aufsichtsbeamten ist schließlich hauptsächlich eine Kostenfrage.

Demonstration gegen Beschlagnahmung

SPD-MdB Grobecker brüllte: „Ich werde für § 218 stimmen!"

Bremen. 400 Gegner des § 218 nahmen am 31.1.76 an einer Demonstration gegen die Beschlagnahme einer Schulfunkbroschüre zum Thema 218 durch die Staatsanwaltschaft teil. Aufgerufen hatte die Initiative gegen den § 218, die zuvor auf Tausenden von Flugblättern das Plakat verbreitet hatte, dessentwegen die Radio Bremen-Broschüre wegen „verfassungsfeindlicher Verunglimpfung von Verfassungsorganen" kassiert worden war. Direkt nach der Beschlagnahme hatte der Redakteursausschuß von Radio Bremen entschieden gegen den Eingriff in die Pressefreiheit protestiert: „Die Beschlagnahme ist um so empörender, als das inkriminierte Plakat zusammen mit anderen Materialien die Auseinandersetzung um den § 218 dokumentieren sollte."



„Verunglimpfung von Verfassungsorganen"

Auch einem ungewöhnlich großen Polizeiaufgebot gelang es während der Demonstration nicht, die weitere Verunglimpfung von Verfassungsorganen durch anhaltende Flugblattverteilung zu verhindern: Das Interesse bei den Passanten war zu groß. Selbst durch Polizeieinwirkung zerknüllte Exemplare wurden sorgfältig geglättet und gelesen.

Zum Abschluß verabschiedeten die Demonstranten eine Resolution, in der sie unter anderem beschlossen, die von dem Staatsanwalt Hampf beschlagnahmten Broschüren in geeigneter Form herauszufordern.

Ein Teil der Demonstranten versuchte anschließend, die SPD-Abgeordneten Grobecker und Walthemate zur Rede zu stellen. In einem Bericht heißt es:

„Die Polizei erwartete uns bereits vor dem SPD-Büro, ließ aber die Vorstandsmitglieder ins Gebäude, wo allerdings Wochenende und kein Mensch da war. Zur großen Überraschung der Polizei zogen die Demonstranten weiter, zur Wohnung von Grobecker, der in der Nähe wohnt – was allerdings die Polizei nicht wußte. Sie mußten dann unter schallendem Gelächter einzeln über eine Mauer springen, um in den Garten zu gelangen. Zu Hause war nur Frau Grobecker, eine Gegnerin des § 218. Ihr Mann sei ab 19 Uhr zu Hause.

Um diese Zeit riefen wir ihn an, um einen Termin auszumachen. Er brüllte ohne Punkt und Komma fünf Minuten ins Telefon: ‚Ich bin schon für die Fristenlösung gewesen, da hat es euch noch nicht gegeben, ich bin ja nicht nach Karlsruhe gegangen. Wer das Urteil von Karlsruhe nicht anerkennt, mit dem red' ich nicht und werde am 12.2. für den § 218 stimmen.' (Das in verschiedenen Variationen.) Eine halbe Stunde später besuchten ihn Mitglieder der Initiative zu Hause, dort wiederholte sich das Ganze etwas kürzer in der Haustür, die er nach seinem Sprüchlein zuknallte. Am nächsten Morgen war vor seinem Haus die Forderung: **Weg mit dem § 218! Volksentscheid!** aufgemalt."

Ermittlungsverfahren gegen Arzt aufgrund von § 218

In der Praxis festgenommen

Köln. Am 13. Januar wurde der Kölner Arzt Dr. Steinmetz aus Sülz während seiner Sprechstunde von zwei Beamten der Kriminalpolizei festgenommen. Vorgeworfen wird ihm die Durchführung illegaler Abtreibungen. Den wartenden Patienten erklärte die Kriminalpolizei kurzerhand, ihr Arzt sei verhaftet, die Praxis vorübergehend geschlossen. Nach der erkennungsdienstlichen Behandlung wurde Dr. Steinmetz wieder freigelassen. „Verdunkelungs- oder Fluchtgefahr" läge nicht vor, hieß es. Unter der Leitung des Gerichtsmediziners Professor Dotzauer führte die Kriminalpolizei eine Praxisdurchsuchung durch, bei der als „Beweisstücke" ein englisches Buch über eine Abtreibungsklinik, Briefe von Patienten und die Patientenkartei beschlagnahmt wurden. Die Patienten sind vorwiegend Arbeiter, darunter viele Ausländer. Ein Ermittlungsverfahren ist eingeleitet. Dr. Steinmetz droht nun eine Gefängnisstrafe bis zu fünf Jahren. Gleichzeitig kann die Ärztekammer, wenn die Verurteilung „wahrscheinlich" ist, ihm seine Praxis schließen, noch bevor überhaupt ein Urteil gefällt ist. Kommt es zu einer Verurteilung, kann sie ihm die Anerkennung als Arzt absprechen.

Das Kölner Komitee gegen den § 218 hat sofort beschlossen, für die Einstellung des Ermittlungsverfahrens aufzutreten. Eine Unterschriftensammlung zu diesem Zweck ist eingeleitet, deren Ergebnis der Staatsanwaltschaft von einem Demonstrationszug überbracht werden soll.

„Gegen die Indikationslösung bin ich hundertprozentig!"

Gespräch von Vertretern der Initiative gegen den § 218 Osnabrück mit einer Hebamme

Sie haben in Ihrer langjährigen Praxis als Hebamme sicherlich öfter erlebt, daß Frauen zu Ihnen kamen, die Sie baten, einen Schwangerschaftsabbruch vorzunehmen. Welche Gründe ***Sie baten, einen Schwangerschaftsabbruch vorzunehmen. Welche Gründe*** ***haben sie im allgemeinen angeführt, warum sie das Kind nicht haben wollten?***

Hebamme: Am häufigsten ist es die Angst vor einem unehelichen Kind – was wird die Familie sagen? – und die Furcht vor der Belastung, die ein weiteres Kind für die Familie bedeutet. Im übrigen ist die Pille ja auch nicht für jedermann verträglich. Die Mehrzahl der Frauen, die einen Schwangerschaftsabbruch wünschte, gehört den unteren sozialen Schichten an. Ich hätte diesen Frauen gerne geholfen, wenn es einfache und wirksame Mittel gegeben hätte, aber durch meinen Eid waren mir die Hände gebunden und an diesen Frauen herumpfuschen wollte ich nicht. Ich meine, daß heute diesen Frauen, die oft von furchtbaren sozialen Härten betroffen sind, geholfen werden muß, damit nicht ihr ganzes Leben versaut ist.

An einen Fall kann ich mich noch ganz besonders gut erinnern. Das war ein junges Mädchen, der der Mann zwei Tage vor der Hochzeit durchgebrannt war. Die kam dann bei mir an mit ihrem Kind im Bauch wie ein Häufchen Elend und flehte mich an, ihr zu helfen. Es kränkt mich heute noch, daß ich nichts für sie tun konnte. Und das noch, wenn man genau weiß, daß solche Leute dann Kurpfuschern in die Hände getrieben werden.

Haben Sie es erlebt, daß Frauen leichtfertig oder aus Bequemlichkeit eine Abtreibung vornehmen wollten, wie dies öfter in der Öffentlichkeit behauptet wird?

Nein. Das ist doch so: Erst mal kriegen sie einen Totenschreck, wenn die Regel ausbleibt. Das ist einfach ein gen sie einen Totenschreck, wenn die Regel ausbleibt. Das ist einfach ein Schock, wenn man ein Kind bekommt, das man nicht haben will. Da ist die Frage: Wohin mit dem Kind? Die Angst, sich das Leben zu verkorksen. Man muß wirklich davon sprechen, daß es sich um eine echte Notlage handelt. Die meisten Frauen sind in dieser Situation auch völlig verzweifelt. Bei denen, die viel Geld haben, ist es natürlich was anderes.

Haben Sie Fälle erlebt, in denen Frauen aus dieser Notlage heraus versuchen, sich selbst das Kind wegzumachen?

In meiner Ausbildungszeit war ich einmal bei einer Auskratzung dabei. Nachher mußten wir feststellen, daß das Embryo mit einer langen Stopfnadel durchbohrt war. Das werd' ich nie vergessen. So etwas kann nur jemand machen, der wirklich nicht mehr aus noch ein weiß.

Gegenwärtig steht die Neufassung des § 218 im Parlament an. Sind Sie der Meinung, daß die Neufassung so wie sie vorgesehen ist, etwas an dem bestehenden Abtreibungselend ändert?

Also gegen die Indikationslösung bin ich hundertprozentig. Wenn das durch diese bürokratischen Wege geht, erst zu einem Arzt, der die Indikation feststellen soll, dann muß man einen Arzt finden, der die Schwangerschaftsunterbrechung durchführt, da sind doch gleich vier bis fünf Monate um. Und eine Schwangerschaftsunterbrechung im vierten oder fünften Monat, das ist eine äußerst gefährliche, wenn nicht unmögliche Sache. Im übrigen, warum sollen ausgerechnet die Ärzte das entscheiden? Ich bin der Meinung, daß die Frauen selbst am besten über ihre Lage Bescheid wissen, die können auch selbst die Entscheidung treffen.

Bescheid wissen, die können auch selbst die Entscheidung treffen.

Eine Freigabe der Schwangerschaftsunterbrechung ist schon deshalb notwendig, damit es möglich ist, den Eingriff auf Krankenschein vornehmen zu lassen und Fachärzte, die auch die Voraussetzungen dazu haben, die Schwangerschaftsunterbrechung durchführen. Erst dann kann auch den Menschen wirklich geholfen werden, die nicht in der Lage sind, für einen illegalen Eingriff 1000 DM auf den Tisch zu blättern.

Allerdings bin ich nicht sicher, ob Sie das erreichen werden, die ersatzlose Streichung des § 218. Schauen Sie sich doch diese alten Knöpfe im Bundesverfassungsgericht an. Die brauchen doch nicht abzutreiben, die haben doch genügend Geld.

Auffällig ist doch auch, daß in den Massenmedien im Gegensatz zu vor einigen Jahren das Thema § 218 ganz fallengelassen wurde. Denen ist das Eisen wohl zu heiß. Oder aber sie machen Stimmung gegen die Freigabe des Schwangerschaftsabbruchs, wie der „Stern" jüngst in seiner Bildserie über das Wachsen eines Embryos. Aber recht haben sie schon, man darf nicht einfach aufgeben. Es ist richtig, wenn Sie sich dafür einsetzen, daß die Strafverfolgung der Abtreibung ganz weg kommt.

Spitzel blickten scheu umher

Darmstadt. Am Mittwoch, den 28. Januar, führte das Komitee gegen den § 218 eine Kundgebung in der Innenstadt durch. Anlaß war, daß das Landgericht Darmstadt gegen den KBW eine einstweilige Verfügung erlassen hatte, durch die Enthüllungen über den Arzt Dr. Simon unter Verbot gestellt wurden. Das Komitee gegen den § 218 hatte in einem Artikel der Ortsbeilage Darmstadt der KVZ berichtet, wie der Arzt Dr. Simon eine schwangere Frau behandelt hatte. Auf Antrag erließ das Landgericht Darmstadt ein Verbot des weiteren Vertriebs der Ortsbeilage und verbot zudem, daß die im Artikel gemachten Äußerungen weiter öffentlich geäußert werden. Ordnungsstrafe 50 000 DM oder sechs Monate Ordnungshaft wurde angedroht. Am Samstag der darauf folgenden Woche kamen die Praktiken des Dr. Simon in der Innenstadt erneut zur Sprache. Der Staatsapparat hatte einen Spitzel geschickt, einen Lothar Kienzler. Einige Tage später erhielt der KBW die Mitteilung, daß die Festsetzung des Strafmaßes jetzt anstünde. Gleichzeitig erfolgte eine polizeiliche Vorladung für die Sekretärin der Ortsgruppe. Dieser Vorladungstermin wurde vom Komitee genutzt, um seinerseits die Polizei zu stellen. Am Mittwoch wurde zu diesem Zweck zu einer Kundgebung vor dem Polizeirevier aufgerufen. Doch in der Stadt bei der Agitation des Komitees hatten sich schon genügend Spitzel eingefunden und auch bekannte Polizeipersönlichkeiten in Uniform. So entschloß sich das Komitee gegen den § 218, die Ordnungshüter gleich in der Stadt vorzuführen. Die Leute fingen an zu lachen, als die Polizei scheu unter sich zu gucken begann, wo die Rede darauf kam, daß sie nur herumstehen, um zu spitzeln und den § 218 hochzuhalten. Der angesprochene Polizeioffizier versuchte sich anfangs zu drücken.

Aber angesichts dessen, daß die Versammlung schon auf über 100 Mann gewachsen war und auf Erklärungen wartete, begab er sich zum Mikrofon und behauptete eine Verfolgung des Komitees gegen den § 218 gebe es nicht. Es konnte schnell das Gegenteil bewiesen werden. Denn kurz vorher hatte die Polizei in einem Brief den Komiteemitgliedern mitgeteilt, daß auch diese Kundgebung illegal sei. Es gab noch lange Debatten über den Kampf gegen den § 218 und es wurde zur Demonstration am 21. Januar aufgerufen.

Gemeinsame Demonstration gegen § 218 am 21.1. beschlossen

Köln. Das Kölner Komitee gegen den § 218, die Kölner „Aktion gegen das Abtreibungsverbot", der KBW und die Trotzkistische Liga Deutschlands haben sich auf eine gemeinsame Demonstration gegen den § 218 am 21.2.76 geeinigt. Gemeinsam vertreten werden die Forderungen „Weg mit dem § 218" und „Weg mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts". Jede der beteiligten Organisationen ruft mit einem eigenen Aufruf zur Demonstration auf, da über die weiteren Forderungen keine Einigkeit erzielt werden konnte. In der Woche vor der Demonstration soll eine Podiumsdiskussion durchgeführt werden.

Frankfurt. Vertreter des Komitees gegen den § 218, der Aktion gegen das Abtreibungsverbot, der Ortsgruppe des KBW, der GIM, des Kommunistischen Bundes (Nord), des Spartakusbundes sowie der Frauengruppe im Jugendzentrum Eschborn und der Aktion § 218 im Jugendzentrum Königstein haben beschlossen, gemeinsam zu einem Aktionstag und Kundgebung am 12. Februar auf der Zeil aufzurufen, ebenso soll eine gemeinsame Demonstration am 21. Februar unter der Forderung nach ersatzloser Streichung des § 218 durchgeführt werden.

Schülervertretung ruft zur Demonstration mit auf

Braunschweig. Die Schülervertretung der Städtischen Krankenpflegeschule Braunschweig unterstützt einstimmig die Forderungen der Komitees gegen den § 218 und ruft zur Veranstaltung und Demonstration am 21. Februar auf.

Benda ließ sich nicht blicken

Düsseldorf. Am 29. Januar war der Präsident des Bundesverfassungsgericht in Düsseldorf und hielt im Parkhotel einen Vortrag vor geschlossener Gesellschaft. Benda ist bekanntlich mitverantwortlich für das Bundesverfassungsgerichtsurteil zum § 218. Das Komitee gegen den § 218 rief zusammen mit der Sympathisantengruppe des KBW, der Frauengruppe und der GIM zu einer Kundgebung vor dem Parkhotel auf. Die etwa 90 Teilnehmer forderten Benda auf, öffentlich zum § 218 Stellung zu nehmen. Benda weigerte sich aber, das Bundesverfassungsgerichtsurteil öffentlich zu verteidigen. Er zog es vor, seinen Vortrag vor der Düsseldorfer Prominenz zu halten.

CDU-ler wegen Provokation zur Rede gestellt

Freiburg. Auch mit Hilfe von zwei Zügen Polizei konnte nicht verhindert werden, daß Gegner des § 218 am Samstag in der Innenstadt die CDU an ihrem Wahlstand wegen einer Provokation zur Rede stellten, die sich sieben CDU-Anhänger auf einer Veranstaltung des Komitees gegen den § 218 geleistet hatten. Trotz brutalen Polizeieinsatzes und Absperrung der Hauptgeschäftsstraße konnten die Gegner des § 218 nicht vertrieben werden. Immer wieder bildeten sich große Menschentrauben, die den Polizeieinsatz scharf verurteilten. Die CDU mußte schließlich mit ihrem Stand von dannen schleichen. Das Komitee gegen den § 218 hatte die Gegner des § 218 aufgefordert, die CDU an ihrem Stand öffentlich zur Rede zu stellen, nachdem auf einer Veranstaltung des Komitees im Stadtteil St. Georgen sieben CDU-Anhänger mit Reklamegesängen für Kohl, Beschimpfung der Anwesenden und Handgreiflichkeiten versucht hatten, die Versammelten an der Debatte zu hindern und zu provozieren.

Während der Unterrichtszeit verhört

Mosbach. Im Gymnasium Osterburken tauchten am 22.1.76 Beamte der Kriminalpolizei auf, um eine Lehrerin während der Unterrichtszeit einem Verhör zu unterziehen. Die Lehrerin wurde über Schullautsprecher ins Zimmer des Konrektors beordert, wo ihr eröffnet wurde, es laufe gegen sie ein Ermittlungsverfahren wegen Verletzung des Versammlungsgesetzes, Mitführen einer Schlagwaffe, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte und Körperverletzung. Die Lehrerin hatte am 21. September 1975 in Bonn an der großen Demonstration gegen den § 218 teilgenommen. Als die Polizei bei der Ankunft der Demonstrationsteilnehmer provokativ damit anfing, Transparente mit über 1,50 Meter langen Stangen aufgrund einer völlig willkürlichen Verfügung einzusammeln, war die Lehrerin von einem halben Dutzend Polizisten rücksichtslos in einen Polizeibus gezerrt und erkennungsdienstlich behandelt worden. Mit den aus der Luft gegriffenen Anschuldigungen soll sie jetzt nachträglich abgestraft werden, weil sie öffentlich für die gerechte Forderung nach Abschaffung des Schikane-Paragrafen eingetreten ist.

Durch den § 218 in den Tod getrieben

Westberlin. Wie eine Krankenschwester berichtet hat, ist in einer Frauenklinik eine türkische Frau an den Folgen eines Abtreibungsversuchs gestorben. Die Türkin hatte ihr viertes Kind erwartet. Weil sie nicht wußte, wie sie es während der Arbeitszeit betreuen und die zusätzlichen finanziellen Mittel aufbringen sollte, hat sie in ihrer Verzweiflung selbst eine Abtreibung versucht. Sie machte mit einer Säure eine Scheidenspülung. Sie bekam so starke Schmerzen, daß sie sofort in eine Klinik eingewiesen werden mußte. Die Verätzungen waren aber so stark, daß die Säure in die Blutbahn gelangte.

ASten rufen zum Mensaboykott am 10. Februar auf

Die Landesastenkonferenz hat auf ihrer Sitzung am 29. Januar beschlossen, der Landesregierung ein Ultimatum auf Rücknahme der Mensapreiserhöhungen zu stellen und bei Nichtbeantwortung es zu untermauern mit einem landesweiten Boykott der Mensen am 10. Februar, der unterstützt werden soll durch örtliche Aktionen vom 5. bis 10. Februar.

Mit dieser Aktion soll dem Ultimatum, das die Studentenschaften der Landesregierung gestellt haben, Nachdruck verliehen werden: Rücknahme der Mensa-Preiserhöhungen bis zum Semesterende! Berichtet wurde, daß bereits an mehr als sieben Hochschulen in den letzten Wochen Boykottaktionen gegen die durch die Landesregierung verhängten Mensa-Preiserhöhungen durchgeführt wurden. In Ulm wurde dadurch bereits eine zusätzliche Erhöhung, die das Studentenwerk örtlich durchsetzen wollte, zu Fall gebracht. Gleichzeitig werden an verschiedenen Hochschulen Kampfaktionen vorbereitet gegen die Erhöhung der Sozialbeiträge, die von den Studenten aufgebracht werden müssen.

Kaiserslautern. An der von der Landes-ASten-Konferenz Rheinland-Pfalz beschlossenen Demonstration gegen die Erhöhung der Mensapreise in Kaiserslautern beteiligten sich am Dienstag rund 300 Studenten. (Irrtümlich hatten wir in der letzten KVZ berichtet, die Demonstration finde in Mainz statt.) Die Teilnehmer der Demonstration kamen aus Kaiserslautern, Trier und Worms. Die Parolen der Demonstration waren: Weg mit der Mensapreiserhöhung! Für die materielle Absicherung des Studiums! Gesetzliche Anerkennung der verfaßten Studentenschaft! Auf der Kundgebung wurden Grußadressen der ASten von Kaiserslautern, Worms, Koblenz, Landau, des Studentenparlamentes Trier und der Ortsgruppe Kaiserslautern des KBW verlesen. Verabschiedet wurde zum Schluß ein einstimmiges Ultimatum an die Landesregierung, die Mensapreiserhöhung bis Anfang des Sommersemesters zurückzunehmen.

Studentenparlamentswahlen

Kiel. An der Universität Kiel wird in diesem Jahr der AStA von der Juso Hochschulgruppe gestellt. Im Studentenparlament, das 21 Mitglieder hat, stellen sie 11 Vertreter. Die restlichen 10 Sitze sind an die „Studenten für das Grundgesetz" gefallen, einen politischen Zusammenschluß von Verbindungsstudenten. Die auf Vorschlag der Roten Zellen, der Studentenorganisation des KBW, gebildete „Liste Aktionsprogramm" ist im neuen Studentenparlament nicht vertreten. Auf sie entfielen im Durchschnitt 1240 Stimmen. Im Vergleich zum Vorjahr sank damit ihre Stimmenzahl um zirka 400 Stimmen. Nach der neuen Wahlordnung entfallen die 21 Mandate des Studentenparlaments auf die Kandidaten, die die 21 höchsten Stimmenzahlen auf sich vereinigen. Auch die anderen Hochschulgruppen buchten Verluste. So die „Studenten für das Grundgesetz", die von zirka 1620 auf zirka 1450 Stimmen sanken. Der RCDS sank von 1430 auf zirka 1100 Stimmen. Der MSB Spartakus von zirka 370 auf zirka 250 Stimmen. Allein die Juso-Hochschulgruppe konnte ihre Stimmenzahl von zirka 1430 auf zirka 1520 steigern. Der KSV, der KSB/ML und die „Studenten im KB" blieben wie in den Vorjahren bedeutungslos. Sie erhielten alle weniger als 100 Stimmen.

Hannover. Aus den Wahlen zum Studentenparlament der Technischen Universität Hannover gingen die Jungsozialisten mit 35,7 % (34,3 im Vorjahr) und 17 Mandaten (16) als stärkste Fraktion hervor. Der MSB Spartakus erhielt 3 Mandate bzw. 6,9 % (8,2 %), der SHB 2 Mandate (1). Die reaktionären CDU-Studenten vom RCDS erhielten 20,6 % (19,5 %) und damit 10 Mandate (9). Die Rote Liste, auf welcher die KHG kandidierte, erhielt 7,8 % (6,3 %), was einem Stimmenzuwachs von 248 auf 365 Stimmen entspricht, und damit 3 Mandate wie im Vorjahr.

Bremen. Stärkste Fraktion bei den Wahlen zum Studentenparlament der Universität wurde die Liste Aktionseinheit, auf der der KSB kandidierte. Auf die Liste Aktionseinheit entfielen 30,6 % (38 %) und damit 8 Mandate (9). Die Liste Dem Volke dienen (KSV) erhielt 1 Mandat wie im Vorjahr. Der MSB Spartakus erhielt 29,5 % (24,3), was 7 Mandaten entspricht (6). Der SHB erhielt 24,2 % und damit (Mandate, die Jusos 12,3 % und damit 3 Mandate.

Göttingen. In der letzten KVZ berichteten wir bereits über das Ergebnis der Studentenparlamentswahlen in Göttingen. Nicht aufgeführt hatten wir in der Meldung die Studentengruppe des KB Nord (KAG), die 14,3 % der Stimmen erhielt und damit 11 Mandate. Vergleichszahlen liegen nicht vor, da sie sich im Wintersemester 74/75 nicht an den Wahlen beteiligte.

Weg mit dem Ordnungsausschuß!

Westberlin. An der Freien Universität wurde jetzt ein Ordnungsausschuß eingerichtet als universitäre Sondergerichtsbarkeit gegenüber den Studenten. Inzwischen haben sich fast alle studentischen Organisationen an der Freien Universität gegen die Einrichtung des Ordnungsausschusses ausgesprochen. Der ÖTV-Betriebsgruppenvorstand erklärte, daß keine ÖTV-Mitglieder im Ordnungsausschuß sein sollten

Streik der Medizinstudenten

‚Wir werden zu neuen Kampfmaßnahmen schreiten'

In der vergangenen Woche führten die Medizinstudenten an vielen westdeutschen Hochschulen einen zweitägigen Vorlesungsstreik durch.

In einer Urabstimmung hatten sich die Studenten für Streik entschieden, um ihrer Forderung nach Ausbildungs- und Tarifvertrag während des praktischen Jahrs, das künftig die Medizinalassistentenzeit ersetzen soll, Nachdruck zu verleihen (vgl. KVZ 4/76).

In Heidelberg und Frankfurt fielen während des Streiks praktisch sämtliche Vorlesungen aus. In Freiburg, wo der Unirektor vergeblich die Urabstimmung verboten hatte, ließ er während der zwei Streiktage die Vorlesungs- und Kursräume der Mediziner in der Klinik schließen. Unterstützt wurden die Medizinstudenten aber von den Studenten aller Fachschaften.

Am Dienstag vor Streikbeginn hatte eine Universitätsvollversammlung diese Kampfmaßnahme der Medizinstudenten begrüßt und den AStA beauftragt, sofort eine Universitätsvollversammlung einzuberufen und den unbefristeten Streik auszurufen, wenn während des Streiks der Medizinstudenten die Polizei auftauchen sollte.

In Kiel waren am ersten Streiktag die Vorlesungen ebenfalls kaum besucht. Die Praktika wurden durchgeführt, aber auch dazu benutzt, um über die Ziele des Streiks und das praktische Jahr zu diskutieren.

Konnten die Medizinstudenten die Streiktage gut nutzen, um ihre gerechten Forderungen gegenüber den Belegschaften in der Klinik und der Bevölkerung zu erläutern, so versuchte die Staatsseite, wo immer möglich, die Durchführung der Streiks zu verhindern. So trat der Prodekan auf der von 200 Medizinstudenten besuchten Vollversammlung in Frankfurt am Mittwoch mit der Ankündigung auf, die Vollversammlung sei nicht genehmigt, und würde sie dennoch durchgeführt, so wäre dies strafbar. Freilich wurde die Vollversammlung trotzdem durchgeführt.

In Heidelberg drohte der Leiter der Hals-Nasen-Ohren-Klinik streikenden Studenten mit Strafanzeigen und Prorektor Quadbeck, selbst Medizinprofessor, ließ es sich nicht nehmen, eigenhändig eine Wandzeitung zu zerreißen, die zum Streik aufrief.

Derselbe Prorektor Quadbeck erklärte gegenüber der Presse aber, die konservativen Professoren seien sich mit den Studenten in der Ablehnung des Internatsjahres einig.

Was es mit dieser Ablehnung auf sich hat, kann man schnell erraten. Da das praktische Jahr im Herbst dieses Jahres begonnen werden soll, wofür aber an den Krankenhäusern keinerlei Vorbereitungen getroffen sind, wird es dort zu einem heillosen Durcheinander kommen. Das ist den Klinikfürsten aber zuwider und daher treten sie als Gegner des Internatsjahrs auf. Mit den Forderungen der Studenten nach einem Ausbildungs- und Tarifvertrag im praktischen Jahr haben sie nichts im Sinn und sie haben diese Forderungen auch nicht unterstützt.

Günstig ist aber zweifellos, daß auch die Medizinprofessoren die neue Approbationsordnung, welche das praktische Jahr vorsieht, nicht bedingungslos unterstützen, denn das zersplittert die Kräfte der Gegenseite und verbessert die Möglichkeiten der Studenten, ihre Forderungen durchzusetzen.

Deutlich ist in diesen Streiktagen auch geworden, mit wem sich die Studenten zur Durchsetzung ihrer Forderungen zusammenschließen können.

So sind die Forderungen der Studenten in den Klinikbelegschaften meist auf Unterstützung gestoßen, und es konnte gut klar gemacht werden, daß der Staat mit diesem praktischen Jahr die Studenten zu Spaltern und Lohndrückern in der Klinikbelegschaft machen will.

In Freiburg unterstützten die Zivildienstleistenden die Medizinstudenten durch ein Flugblatt, das sie vor dem Personalkasino verteilten und in dem sie darauf hinwiesen, daß sich aufgrund der Situation am Krankenhaus alle Beschäftigten zusammenschließen müssen.

Kaum noch gelungen ist es bislang, die ÖTV in diese Auseinandersetzung zu verwickeln und sie dazu zu bringen, daß sie die Forderungen der Medizinstudenten unterstützt.

Viel Zustimmung dagegen fanden die Forderungen der Medizinstudenten vor allem auch bei den Schwesternschülerinnen, für die der Staat ebenfalls einen Gesetzentwurf parat hat, der vorsieht, daß ihnen die Rechte als auszubildende Lohnabhängige genommen werden und daß sie als Schüler, die keinen Lohn erhalten, der staatlichen Kontrolle unterstellt werden. In Kiel übersandte die Schwesternschülervertretung an den Unikliniken den streikenden Medizinstudenten eine Resolution, in der sie sich mit den Forderungen und dem Kampf der Medizinstudenten solidarisiert (siehe Kasten).

Gut sind also die Bedingungen, um den vielfältigen Versuchen des Staates zur Zersplitterung in der Ausbildung der medizinischen Berufe und zur Sapltung der Krankenhausbelegschaften entgegenzutreten.

Daß mit dem Streik diese Auseinandersetzung nicht beendet ist, wurde in Heidelberg nach einer Demonstration auf einer Abschlußkundgebung von rund 250 Medizinstudenten klar festgehalten: „Wir werden die geplante Regelung des Internatsjahrs auf keinen Fall hinnehmen. Werden unsere Forderungen nicht angenommen, so werden wir im nächsten Semester zu neuen Kampfmaßnahmen schreiten." – (Red., nach Berichten)



Kundgebung der Medizinstudenten in Heidelberg

Resolution der Schüler- und Jugendvertretung der Kranken pflegeschule der Universitätsklinik Kiel

Im Oktober 76 soll für die Medizinstudenten zum ersten Mal das paktische Jahr beginnen. Während früher sie nach dem Staatsexamen als Medizinalassistenten in einem Krankenhaus mit festem Gehalt und Vertrag arbeiteten, soll jetzt der praktische Teil der Ausbildung direkt vor das Staatsexamen gelegt werden und die angehenden Ärzte sollen mit dem Status eines Studenten in Lehrkrankenhäusern arbeiten. Das bedeutet für sie keinen Ausbildungsvertrag, keine Ausbildungsvergütung, keine Rechte gegenüber dem Krankenhausträger und der Verwaltung, keine Vertretung durch den Personalrat oder die Gewerkschaft. Da außerdem in diesem Moment viel zu wenig Lehrkrankenhäuser zur Verfügung stehen, bedeutet es eine Verschlechterung der Ausbildung für alle Auszubildenden am Krankenhaus, da sich eine große Menge von Studenten und Schülern um interessante Tätigkeiten drängen werden. Durch diesen rechtlosen Zustand sollen die Studenten als billige Arbeitskräfte und Lohndrücker eingesetzt werden und könnten zum Beispiel als Grund für Planstellenkürzungen hingestellt werden.

Der gleiche rchtlose Zustand soll bei den Krankenpflegeschülern durch die Pläne zur Änderung des Krankenpflegegesetzes erreicht werden. Diese „Reform" sieht einen Schülerstatus der Auszubildenden vor, ohne das Recht auf gewerkschaftliche Organisierung und Vertretung und ohne Anspruch auf Bezahlung. Wir weisen solche Pläne auf das schärfste zurück ...

Diese Resolution wurde ebenfalls im ersten Kurs der Krankenpflegeschule mit 14 Stimmen bei 4 Enthaltungen angenommen.

Universität Heidelberg:

Relegationen gegen Kandidaten der „Roten Liste"

Heidelberg. Zu Beginn der Wahlen zum Studentenparlament an der Universität Heidelberg hat sich das reaktionäre Rektorat Niederländer noch ein besonders übles Stück geleistet.

Es will den Leiter der Fachschaft Mathematik/Physik und ersten Kandidaten der „Roten Liste" (Liste der Institutsgruppen) für zwei Jahre, ein weiteres Mitglied der Fachschaft Mathematik/Physik und ebenfalls Kandidat der „Roten Liste" sowie einen weiteren Studenten für je ein Semester von der Universität ausschließen. Der Leiter der Fachschaft Wirtschafts- und Sozialwissenschaften und ebenfalls Kandidat der „Roten Liste" wurde von der Wahlliste einfach gestrichen, indem ihm sein Ausschluß vom Studium seit November 1975 überraschend am 14.1.76 mitgeteilt wurde.

Vorgeworfen wird ihnen, daß sie letztes Semester den Rektor Niederländer vor einer Sitzung des Kleinen Senats zur Rede gestellt haben. Damals wurde Niederländer aufgefordert, auch das letzte der von ihm eingeleiteten sieben Relegationsverfahren gegen Gegner des § 218 einzustellen. Unter dem Druck der Studenten, über 6000 hatten sich gegen den § 218 ausgesprochen, mußte er schließlich auch das letzte noch laufende Relegationsverfahren einstellen.

Auch die anderen Vorwürfe laufen darauf hinaus, daß sie sich in ihrer Eigenschaft als Fachschaftsvertreter nicht der Bevormundung durch Rektorat und Professoren unterworfen hätten.

Mit der Relegation der vier Studenten versucht das Rektorat jetzt zum Wahlbeginn solche Fachschaftssprecher von der Universität auszuschließen, die stets offen gegen die Maulkorbpolitik des Rektorats aufgetreten und für die Rechte und Forderungen der Studenten eingetreten sind.

Diese Rechte und Forderungen haben ihren Niederschlag im Wahlprogramm der „Roten Liste" gefunden und erreichen will das Rektorat mit diesen Relegationen, den Zusammenschluß der Studenten um ein einheitliches Kampfprogramm zu verhindern. Die erste Antwort der Studenten auf diese Maßnahme des Rektorats: Letzte Woche demonstrierten über 600 Studenten in Heidelberg unter den Forderungen: Weg mit dem Maulkorberlaß! Keine Maulkorbrelegationen!

„Theis, Theis ..."

Tübingen. Wie bereits berichtet wurde (vgl. KVZ 3/76), führte die Tübinger Studentenschaft eine Urabstimmung mit dem Ziel eines Streiks durch. Der Universitätspräsident hatte diese Urabstimmung verboten. Von den 4837 Studenten, die sich an der Urabstimmung beteiligten, sprachen sich 4002 für einen Streik aus. Notwendig zur Durchführung des Streiks wäre gewesen die Beteiligung von 5808 Studenten an der Urabstimmung. Auf einer Vollversammlung am letzten Donnerstag, auf der zeitweilig über 800 Studenten anwesend waren, wurde festgehalten: Auch wenn jetzt nicht zum Mittel des Streiks gegriffen werden kann, sind Aktionen notwendig, denn an den Verhältnissen hat sich nichts geändert. An verschiedenen Fächern wurden daraufhin Aktionen gegen die Sparmaßnahmen und die Entlassung eines fortschrittlichen Medizin-Dozenten durchgeführt. An einer Demonstration am Freitag beteiligten sich knapp 1000 Studenten. Es war dies eine der größten Demonstrationen der letzten Zeit in Tübingen. Im größten Saal des Universitätsgebäudes wurde der Stellvertreter des Uni-Präsidenten Theis aufgefordert, zu den Forderungen der Studenten Stellung zu nehmen. Zum Verbot der Urabstimmung wußte er nur zu sagen: „Gesetz ist Gesetz." Die Antwort der Studenten war ein Sprechchor des gesamten Saales: „Theis, theis, Theis – der Sommer, der wird heiß!"

Technische Hochschule Darmstadt

Streikurabstimmung gegen Hochschulgesetz vorbereitet

Darmstadt. Wie bereits berichtet (KVZ 4/76), beschloß das Studentenparlament der Technischen Hochschule Darmstadt, zu Beginn des Sommersemesters eine Urabstimmung über einen längerfristigen aktiven Streik gegen das Hochschulrahmengesetz durchzuführen.

Vorbereitet durch viele gut besuchte Fachbereichsvollversammlungen fand daraufhin am 29.1. eine Gesamtvollversammlung statt, in der über die Forderungen der Streikurabstimmung beschlossen werden sollte. Es war dies, im gerammelt vollen Auditorium Maximum, mit etwa 900 Studenten die bestbesuchte Vollversammlung seit langer Zeit.

Die Debatte der Vollversammlung selbst war bestimmt durch die Auseinandersetzungen um die Forderungen der Streikurabstimmung und wie der Streik durchgeführt werden solle.

Genossen der Kommunistischen Hochschulgruppe (KHG) legten dar, daß man den Kampf gegen das Hochschulrahmengesetz führen muß als Kampf um die konkreten Rechte der Studenten, die diese zur Durchsetzung ihrer selbständigen Interessen brauchen. So das Recht auf das uneingeschränkte politische Mandat der verfaßten Studentenschaft, das Recht auf Einspruch der Studentenvertreter bei allen Änderungen der Studien- und Prüfungsbedingungen. Ferner, daß der Streik als Boykott der Lehrveranstaltungen geführt werden muß, weil sonst den Spaltungsmöglichkeiten der Professoren Tür und Tor geöffnet wird.

In der Abstimmung setzte sich die Resolution des Juso/Basisgruppen-AStA durch mit Forderungen wie „Freier Zugang zur Hochschule", „Ausbau des Bildungswesens". Ferner konnte der Juso-Verhandlungsleiter durch Tricks auch verhindern, daß Zusatzanträge der KHG zur Abstimmung kamen. Da ist nicht alles richtig gelaufen, mußte am Schluß denn auch ein AStA-Vertreter eingestehen.

Entscheidend ist jetzt, damit Urabstimmung und Streik erfolgreich durchgeführt werden können, die Forderungen unter den Studenten weiter zu verankern, unter denen ein einheitlicher Kampf der Studenten für ihre Rechte gegen den bürgerlichen Staat und seine professoralen Handlanger möglich ist. Große Bedeutung kommt dabei auch den Kämpfen an den anderen Hochschulen zu. So die von der Landesastenkonferenz Rheinland-Pfalz beschlossene Aktionswoche im Mai (vgl. KVZ 4/76), denn nur ein einheitliches Vorgehen der Studenten wird die bürgerlichen Politiker in sachen Hochschulrahmengesetz zum Rückzug bewegen. – (v., Darmstadt)

„Erzieherische Maßnahmen" statt Disziplinarstrafen:

Die herrschende Klasse will die Armee putzen

Gott sei's gelobt, sie gehorchen wieder; kaum eine bürgerliche Zeitung, die diesen Stoßseufzer zur Disziplinarlage in der Armee nicht im letzten Jahr herausgedrückt hat.

Das Weißbuch streicht's dicker heraus. Zwar gibt es noch Disziplinarfälle in der Armee, aber es werden weniger. Die Zeichen stehen auf Ruhe in der Kaserne, Einsatzbereitschaft bei der Übung und allgemeine Dienstfreude.

Der Sozialdemokrat Leber hat die Pfaffengilde, die in jedem imperialistischen Krieg noch erforderlich war, um den Segen Gottes auf die Truppe herabzubeschwören, um eine neue Abteilung bereichert. Die Wehrpsychologen, denn heutzutage langt der Segen Gottes nicht mehr, und zu den abgehalfterten Schwarzkitteln müssen die Weißkittel kommen, die den Segen der Wissenschaft auf die Truppe herabbeten.

Das Weißbuch: „Wehrpsychologische Untersuchungen" hätten ergeben, daß die Ursachen für Disziplinarfälle keineswegs in der Armee entstünden, sondern die disziplinare Gefahr würde durch schwarze Schafe von außen in die Armee hineingetragen.

„Gestörtes Familienleben", „geringer Intelligenzgrad", „unbefriedigende Berufsentwicklung", „häufiger Stellenwechsel", „Jugendkriminalität", „geringes Selbstvertrauen" – das sind die Eigenarten, welche die Wehrpsychologen dem Disziplinbrecher anhängen.

Ein Geistesschwacher, der seine Frau verprügelt, wenn er nicht überhaupt Zuhälter ist, der sich unsinnige Vorstellungen von seinen Fähigkeiten macht und dementsprechend beruflich unzufrieden ist, wahrscheinlich säuft und den schon im Zivilleben keiner haben wollte, deswegen auch der häufige Stellenwechsel, der seit früher Jugend stiehlt und außerdem ein rechter Feigling ist, was vornehm mit „geringem Selbstvertrauen" umschrieben wird.

Dieses Bild vom Untermenschen läßt der Verteidigungsminister Leber malen und befindet sich damit ziemlich nahe bei den Spuren von Goebbels.

Man fragt sich, woher rührt die Grausamkeit, mit der die Bundeswehr den Disziplinbrecher nicht nur bestraft, sondern seinem Widerstand auch noch jede Würde nehmen will?

Knechtsgehorsam und unbedingte Disziplin in der Armee, das heißt beliebige Brauchbarkeit der Armee für jedes beliebige Gewaltstück im Interesse der Bourgeoisie, das ist die Visitenkarte, die sich die imperialistischen Haie zeigen, wenn sie auf dem Weltmarkt um die Beute raufen.

Das zählt genausoviel, wenn nicht mehr wie Handelsbilanz, Börsenkurse usw. Bei Portugal, man erinnert sich, haben die westeuropäischen Imperialisten gebannt auf den Zustand der Armee gestarrt und ein einziges Aufatmen ging durch die Presse, als sich abzuzeichnen begann, daß die Armee wieder „stabilisiert" werden könne.

Eine unerhörte Ermutigung im Kampf gegen die US-Aggression gegen das vietnamesische Volk entstand, als sich die Zersetzungserscheinungen in den US-Truppen verstärkten und herauskam, daß ein erheblicher Anteil des Verlustes dieser Aggressionstruppen zustande kam, weil verschiedene GI's Handgranaten am richtigen Fleck anbrachten.

Das waren natürlich extreme Erscheinungen einer geschlagenen Armee. Aber die Kriegsfähigkeit eines imperialistischen Landes wird entschieden am disziplinarischen Zustand der Armee gemessen.

Die westdeutschen Imperialisten schicken sich an, in Europa als Hegemonialmacht aufzutreten. Sie müssen den Eindruck von vollster Stabilität in der Armee erwecken, sonst wird es nichts. Daher sind die Angaben über die Disziplinarlage in Marine, Luftwaffe und Heer mit größter Vorsicht zu genießen und daher kann man sich überhaupt nicht darauf verlassen, daß beispielsweise die CDU/CSU hier öffentlich etwas anderes sagen würde oder daß die bürgerliche Presse die wirklichen Zustände auch nur andeuten würde. Es geht um höhere Ziele, um Eindruck Schinden im Ausland, denn dieser Eindruck bringt letztlich Geld.

Daher auch der abgrundtiefe Haß, mit dem der „Disziplinartäter" im Weißbuch zum Untermenschen gestempelt wird.

Insbesondere weil die Disziplinarlage in Wirklichkeit ganz anders ist. Das kann man aus den Maßnahmen der Bundeswehrführung selbst beweisen. Gerade jetzt beginnt der Bundesverteidigungsminister eine Kampagne zur verstärkten Ausnutzung der Maßregelung der Soldaten durch „erzieherische Maßnahmen".

Im Februarheft der Zeitschrift „Wehrausbildung in Wort und Bild", die vom Bundesminister für Verteidigung zur Weiterbildung des Unteroffizierskorps herausgegeben wird, beginnt eine Artikelserie über „erzieherische Maßnahmen". Damit sich auch der Laie eine rechte Vorstellung machen kann, was „erzieherische Maßnahmen sind, ein ausführliches Zitat:

> *„Erzieherische Maßnahmen sind eigentlich recht einfach zu handhaben – oberflächlich betrachtet. Sieht man in der Erziehung seiner Untergebenen aber eine Aufgabe, die den Vorgesetzten fordern soll, so wird deutlich, daß richtige Erziehung eine Kunst ist, eine Kunst aber, die man lernen kann.*
>
> **Allgemeines**
>
> Die Kunst der Erziehung besteht darin, daß möglichst wenig Fehler gemacht werden, denn Fehler können gefährlich sein – für das Erreichen des Erziehungszieles wie für den Erzieher selbst. Diese Gefährlichkeit sieht z.B. so aus:
> Duldet man stillschweigend den ‚Heiligen Geist' ODER STÖ:T MAN Z.B. auf einem Orientierungsmarsch einen unwilligen Soldaten vorwärts, so macht man sich schon der Mißhandlung Untergebener schuldig (WStG § 30). Läßt man einen müden Soldaten im Unterricht mit dem Gesicht zur Wand stehen oder läßt man den Waschraum mit der Nagelbürste statt mit der normalen Scheuerbürste reinigen, so steht man wegen entwürdigender Behandlung Untergebener vor Gericht (WStG § 31). Befiehlt man einem Soldaten, der einen Dienstwagen schlecht gereinigt hat, das Waschen eines Privatwagens, damit er es lernt und üben kann, dann hat man schnell eine Strafe wegen Mißbrauchs der Befehlsbefugnis zu unzulässigen Zwecken (WStG § 32). Es handelt sich hierbei nicht nur um Dienstvergehen, sondern sogar um Wehrstrafen, da gegen das Wehrstrafgesetz verstoßen wurde. Die Folge ist ein Strafverfahren vor einem öffentlichen Gericht, und schon ist man vorbestraft! Aber so weit soll es natürlich nie kommen. Die Kenntnis der Gefährlichkeit bei falscher Anwendung Erzieherischer Maßnahmen soll niemanden verunsichern oder gar von der Anwendung abhalten."

Diese Abweichungen vom Pfade der Tugend, vor denen der Hauptmann Hans-Joachim Brunk die Unteroffiziere warnt, sind wirklich geeignet, den Charakter dieser Form der Maßregelung zu zeigen.

Anders als wenn die Militärvorgesetzten den Soldaten vor Gericht schleifen, anders als wenn sie ihm eine förmliche Disziplinarstrafe verpassen, bei der „erzieherischen Maßnahme" brauchen sie nicht den Funken eines Beweises, daß der Soldat sich strafbar macht und gegen Gesetze, Verordnungen und Befehle verstoßen hätte. Nötig ist bloß, daß die Maßnahme verordnet wird, um soldatische Tugenden zu wecken, zum Beispiel ein sauberes Gewehr putzen, eine saubere Latrine reinigen, wach aussehen, wenn man müde ist, schnell gehen, wenn's nicht eilt, kurzum, etwas vollständig Sinnleeres zu tun, weil es befohlen ist. Darin besteht dann der Erziehungscharakter. Doch auch dieser braucht nicht zu bestehen. Die Maßnahme braucht überhaupt nicht zweckmäßig zu sein. Es genügt, wenn sie zulässig ist.

Zulässig ist sie, grob gesprochen, immer dann, wenn man sich nicht an Amnesty International wenden kann, weil man keine Narben zum Vorzeigen hat.

Viel eindringlicher, als man es selber kann, stellt der kurze Katalog, der die Vorzüge der „erzieherischen Maßnahme" gegenüber der Disziplinarmaßnahme herausstreicht, diese Sache dar.

Erzieherische Maßnahmen
- Zuständig: jeder Vorgesetzte
- Schnelles Eingreifen möglich
- Sofort wirksam
- Ohne direkte Nachwirkung

Disziplinarmaßnahmen
- nur Disziplinarvorgesetzte
- zeitraubende Ermittlungen erforderlich (z.B. Vernehmungen schriftlich)
- frühestens 1 Tag später wirksam (Verhängung)
- Eintragung in Disziplinarbuch und Personalakte

Glänzend. Bei einem Prozeß hat man einen Anwalt, bei einer Disziplinarmaßnahme brauchen sie einen Funken von einem Beweis („zeitraubende Ermittlungen"), bei der erzieherischen Maßnahme brauchen sie – nichts.

Die Soldatenbewegung ist von Jahr zu Jahr gewitzter geworden. Die Soldaten verstehen es zunehmend besser, die wenigen Rechte und die vielen inneren Widersprüche der Militärbürokratie zu nutzen. Oft wurden Quoten erreicht, daß im Durchschnitt eines Zuges auf drei Disziplinarstrafen eine Beschwerde gegen einen Vorgesetzten erfolgreich abgesetzt werden konnte.

Die Bundeswehrführung scheut sich, darauf mit einem Hagel von Prozessen und Disziplinarstrafen zu antworten. Das würde zuviel Aufsehen machen. Also wird versucht, bei den erzieherischen Maßnahmen mehr zu drehen. Wenn es in diesem Unteroffiziersblatt heißt, trotz der Gefahr, übers Ziel hinauszuschießen, solle man sich von der Anwendung dieser Mittel nicht abhalten lassen, dann heißt das nichts anderes wie: drauf Leute, drauf, wir werden euch schon decken.

Freie Bahn dem Schinder, lautet die Devise, die nach innen hin ausgegeben wird, während nach außen hin von neu erwachtem Wehrwillen und Dienstfreude geredet wird. Man muß das bewerten.

Offensichtlich bewaffnet die herrschende Klasse die Armee nicht bloß, sondern sie will sie auch putzen. Von steigendem Wehrwillen ist gar keine Rede, sondern es werden jene Maßnahmen propagiert, die den Haß der Soldaten auf die Kettenhunde von Vorgesetzten steigern wie gar keine anderen, manchmal bis hin zum Totschlag. Offensichtlich hat die Armeeführung die Lage überhaupt nicht im Griff.

Das ganze Dreckgeschleuder richtet sich hauptsächlich gegen den einzelnen Soldaten, Schinderei gegen einzelne. Insbesondere die ersten, unbeholfensten Maßnahmen der Soldaten, sich dem Druck zu entziehen, werden so geblockt. Also Wegbleiben, schlampige Dienstverrichtung und dergleichen mehr.

Wenn die Mannschaften aber dazu übergehen, ihre Rechte und ihre Würde zusammengeschlossen gegen die Armeeführung zu behaupten, versagt das ganz. Heute zum Beispiel finden Aberdutzende von Vertrauensleutewahlen mit festen Programmen statt. Und man muß die Zähigkeit und den Mut bewundern, mit denen die Vertreter der Soldaten in wirklich schwierigen Lagen den Zusammenhang der Mannschaften herzustellen wissen und sich durch die kleinliche Schikane nicht brechen lassen.

Dort liegt auch die Zukunft der Soldatenbewegung. Im kollektiven Kampf, keineswegs im Suff, wohin die bürgerliche Armee Jahr für Jahr Tausende noch treiben kann. Allerdings wollen wir darauf aufmerksam machen, daß man nicht meinen darf, der Terror und die unwürdige Behandlung, die auf den einzelnen niederprasselt, oft auf ungeschickte Soldaten, die auch noch systematisch lächerlich gemacht werden, würde einfach an den Soldaten abprallen.

Das ist nicht so. Jede Schinderei, jede Schikane, die an einem Soldaten verübt wird und hingenommen wird von den fortgeschrittenen, insbesondere aber den revolutionären Soldaten, schwächt alle. Man darf niemanden zum Vieh machen lassen.

Wir meinen, daß man die Kampagne des Bundesverteidigungsministeriums, die unter dem Motto „Freie Bahn dem Schinder" steht, brechen kann, wenn gesehen wird, daß jeder einzelne Fall von entwürdigender Behandlung viel Verständnis weckt für die Ziele einer Armee, die zu solchen Mitteln greift, wenn er vor den Massen enthüllt und bekannt gemacht wird. Es ist ja leider strafbar, wenn man sagt: Soldaten, dreht das Gewehr um. Wir wollen uns vorsichtig und streng sachlich ausdrükken. Der Schuß kann leicht nach hinten losgehen. Man muß bloß den Verschluß lockermachen. – (f.)

Kantinenreform:

Ausplünderung nimmt weiter zu

Die von der Bundeswehrführung als „sozial" angepriesene Kantinenreform wurde in den meisten Standorten von den Kantinenpächtern benutzt, die Ausplünderung der Soldaten weiter zu verschärfen. Mit Inkrafttreten der vom Bundeswehrverwaltungsamt festgelegten Preise für das sogenannte Warengrundsortiment, das den Mannschaften in allen 600 Kantinen für eine Reihe von Artikeln meist minderer Qualität die gleichen hohen Preise bringt, haben die Kantinenpächter die Preise für das übrige Warensortiment, das nicht unter diese Verfügung fällt, kräftig erhöht. Tatsächlich ist damit die Monopolstellung der Kantinenpächter seit dem 1. Januar nicht nur nicht eingeschränkt, sondern vielmehr noch gestärkt worden. Diese Monopolstellung wird ihm weiterhin garantiert von der Bundeswehrführung durch den Kasernenzwang, dem die Mannschaften unterworfen sind, und durch die besondere Unterdrückung und entrechtete Lage der Soldaten in der bürgerlichen Armee. In vielen Einheiten hat jetzt die Ausplünderung durch den Kantinenpächter zu erneuten Protesten geführt. Wirksam Einhalt geboten werden kann dieser Ausplünderung von den Soldaten selber, wenn ihre Vertrauensleute das Recht haben, den Kantinenpächter zu konrollieren und jederzeit zu kündigen. Im folgenden die Preisliste für das Warengrundsortiment und die Preise, die im „Mannschaftsheim A" in der Lützow-Kaserne Schwanewede für das „frei kalkulierte Warensortiment" verlangt werden vor und nach dem 1. Januar.

Bundeswehrverwaltungsamt — Gültig ab Januar 1976

PREIS-VERZEICHNIS

für Artikel des Grundsortiments

a) Getränke

b) Speisen

c) Süßwaren

d) Körperpflegemittel

e) Sonstige Waren

Bundeswehrverwaltungsamt

Regierungsdirektor

	nach der Reform DM	vor der Reform DM
Pommes Frites ohne	1,00	0,90
Pommes Frites mit	1,20	1,10
Bratwurst	1,50	1,30
Currywurst	1,70	1,50
ein halbes Hähnchen	3,90	3,50
Frikadelle	1,00	0,90
Frikadelle m. Mayo. o. Ketchup	1,20	1,10
Plastikbesteck	0,20	0,15
belegte Brötchen	0,70 – 0,80	0,60
Kuchen	0,65	0,60
Kuchen mit Sahne	0,85	0,80
1/2 l Milch o. Kakao	0,80	0,75
Kaffee	0,60	0,55
dazu Becher*	0,05	0,05
Bier	1,20	1,15
Bier mit Schuß	1,40	1,30
1 Tafel Schokolade	1,40	1,30
Nuts, Mars o. Bounty	0,60	0,60

* Wegwerf-Becher, die aber gespült und wieder neu verkauft werden

Kranker Soldat stirbt nach Außendienst

Hann. Münden. In der Panzerpionierkompanie 50 in der Kurhessen-Kaserne wurde ein Kamerad nach überstandener Lungenentzündung stubenkrank geschrieben. Trotzdem befahl ihm der Zugführer, daß der Kamerad als Beifahrer jeden Tag mit ins Freie zu fahren hat. Es wurde ihm sogar befohlen, im Freien zu arbeiten. Der Kamerad mußte eine Sprengsatzattrappe aus einem Stück Holz aussägen. Nachdem der Kamerad, wieder zurück in der Kaserne, 39 Grad Fieber bekam, wurde er zu Fuß in ein Krankenhaus geschickt. Von dort wieder zurück, stellte sich nach einiger Zeit ein Blutsturz ein, und man brachte den Kameraden schnell wieder ins Krankenhaus in Hann. Münden. Von dort aus wurde er sofort in die Universitätsklinik Göttingen überwiesen, wo er nach zwei Tagen starb ...

Nachdem vor genau einem Jahr ebenfalls ein Kamerad aus der Kurhessen-Kaserne auf Verschulden der Militaristen starb (er hatte einen Herzfehler und durfte deshalb gar nicht eingezogen werden), gab es eine große Empörung unter den Kameraden. Der verantwortliche Oberfeldarzt mußte mit einem Mal schnell zu einem Lehrgang, der einige Monate dauerte.

Diesmal ist ein Kamerad aufgrund von Befehlen seiner Vorgesetzten zugrunde gerichtet worden. Wenn es um die Aufrechterhaltung der Schikane geht, dann ist kein Mittel zu schlecht, dann geht es den Soldaten notfalls auch ans Leben.

Im Moment sind die Offiziere dabei, die Sache zu vertuschen. Sogar die Militärpfaffen machen mit. Letzte Woche predigte der Pfaffe zu den Kameraden von seiner Kanzel herunter, daß der Kamerad an einer unheilbaren Krankheit gelitten hätte und allein davon gestorben sei (für die Lügerei bekommt ein Militärpope, der im Rang eines Oberstleutnants ist, 3 600 DM). So einfach hätten es die feinen Herren. Das Demokratische Soldaten- und Reservistenkomitee Münden hat in einem Flugblatt die Kameraden der Kurhessen-Kaserne dazu aufgefordert, die Untersuchungen in diesem Fall durch eigene Berichte zu unterstützen, um die Verantwortlichen, den Kompaniechef und einen Hauptfeld, vor Gericht zu bringen, denn sie haben sich der fahrlässigen Tötung und der Verletzung der Dienstaufsichtspflicht schuldig gemacht. Ferner wird zu diesem Fall ein Tribunal organisiert.

Der Übermut des Offiziersgesindels muß bekämpft werden. Den feinen Herren muß das Fürchten gelehrt werden. – (e., Demokratisches Soldaten- und Reservistenkomitee Münden)

Freispruch im Wehrkraftzersetzungsprozeß

Lüneburg. Der ehemalige Bundeswehrsoldat Oellerer, der wegen Wehrkraftzersetzung angeklagt war, wurde vom Gericht freigesprochen. Das Gericht begründete den Freispruch mit dem Parteienprivileg, denn Oellerer bezog sich politisch auf die Ziele der Gruppe Rote Fahne (KPD). Dieser Freispruch ist der zweite, nachdem Anfang Januar bereits in Braunschweig ein Mitglied des Soldaten- und Reservistenkomitees und Mitglied des KBW, das ebenfalls wegen Wehrkraftzersetzung angeklagt worden war, mit der gleichen Begründung freigesprochen wurde. Die Begründung bedeutet keineswegs, daß damit überhaupt die Anklage der Wehrkraftzersetzung nicht erhoben werden kann. Die Begründung ist vielmehr die Aufforderung der Gerichte an die Bundesregierung, die revolutionären Organisationen zu verbieten und ihnen damit das „Parteienprivileg" zu entziehen.

Portugal

Der Imperialismus zieht die Fesseln enger

Am Donnerstag dieser Woche macht Außenminister Genscher in Portugal einen Besuch. Das „Handelsblatt" berichtet am 2. Februar über diesen geplanten Besuch unter der Überschrift: „Portugal – Investitionen brauchen festen Rahmen". Damit ist der Zweck des Besuches von Außenminister Genscher umrissen. „Für auch in Zukunft unverzichtbare Auslandsinvestitionen sind die Strukturvoraussetzungen gegeben. Es geht jetzt darum, dafür zu sorgen, daß sie nicht durch politische Gegenaktionen überlagert werden. Ohne einen ‚europäisch orientierten privatwirtschaftlichen Aktionsraum' werden die Entwicklungstendenzen empfindlich eingeschränkt", schreibt das „Handelsblatt". Das heißt im Klartext: Die Löhne in Portugal sind nach wie vor sehr niedrig, es gibt keine entwickelte nationale Wirtschaft. Damit sind „für auch in Zukunft unverzichtbare Auslandsinvestitionen" „die Strukturvoraussetzungen gegeben". Dabei muß es bleiben. Deshalb ist es nicht nur notwendig, daß die Arbeiterbewegung politisch unterdrückt wird. Auch Kämpfe der Arbeiter gegen niedrige Löhne und das „Sparprogramm" der Regierung müssen unterdrückt werden, damit „nicht politische Gegenaktionen" die „Strukturvoraussetzungen" „überlagern". Sollte es nicht gelingen, die „politischen Gegenaktionen" zu unterdrücken, dann wird das internationale Finanzkapital, vorneweg das westdeutsche Finanzkapital, mit ökonomischen und politischen Aktionen dafür sorgen, daß die „Entwicklungstendenzen" Portugals „empfindlich eingeschränkt" bleiben. Dies ist das Programm des westdeutschen Finanzkapitals gegenüber Portugal. Genschers Besuch soll seiner Durchsetzung dienen.

Als Kapitalexporteur ist das westdeutsche Finanzkapital in Portugal führend:

„Unter den Auslandsinvestoren steht die Bundesrepublik mit Abstand an der Spitze. Wertmäßig entfallen von den Gesamtinvestitionen beispielsweise im Jahr 1974 30,9 Prozent auf die Bundesrepublik. Es folgen die USA (18,5 Prozent), Großbritannien (13,6 Prozent), Frankreich (5,8 Prozent)", berichtet das „Handelsblatt" aufgrund der kürzlich veröffentlichten amtlichen portugiesischen Daten über die ausländischen Direktinvestitionen im Jahr 1974.

„Die gesamten ausländischen Direktinvestitionen in Portugal betrugen 1974 nach den amtlichen Daten (alle Werte in Millionen Escudos) 2 623, gegenüber 2 727 im Jahre 1973 und 2 088 im Jahr 1972." Die ausländischen Direktinvestitionen sind also bereits 1974 leicht zurückgegangen, vor allem in der verarbeitenden Industrie. Sicher hat sich dieser „Trendbruch", wie das „Handelsblatt" schreibt, 1975 verstärkt. Jetzt soll der Boden bereinigt werden, damit der Kapitalexport erneut gesteigert werden kann. Schwerpunkte der ausländischen Investitionen in Portugal bilden Handel, Banken, Versicherungen und Grundstücksverkehr, verarbeitende Industrie und Bergbau. Nur in der verarbeitenden Industrie sind die ausländischen Investitionen zurückgegangen. In den anderen Bereichen, in denen es sich beim Kapitalexport schlicht um die Finanzierung von großangelegten Raubzügen handelt, sind sie nicht zurückgegangen. Dennoch konnten die Imperialisten mit der Entwicklung in Portugal nicht zufrieden sein. Inzwischen haben sie es an den Rand des Ruins gebracht. Das halten sie für günstige Ausgangsbedingungen, um das Land wieder vollständig in den Griff zu bekommen.

Portugal ist ein abhängiges Land, und ohne Revolution mußte sich seine Abhängigkeit von den Imperialisten nach der Unabhängigkeit der Kolonien noch verstärken. Obwohl über ein Drittel der Bevölkerung direkt in der Landwirtschaft beschäftigt ist, ist Portugal in der Ernährung zu großen Teilen auf ausländische Einfuhren angewiesen, insbesondere auf amerikanischen Weizen und Mais. Diese Abhängigkeit ist die Folge der halbfeudalen Rückständigkeit der portugiesischen Landwirtschaft und der halbkolonialen, monokulturellen Ausrichtung auf ausländische Bedürfnisse durch Wein- und Tomatenanbau. Die Abhängigkeit Portugals von Getreideeinfuhren haben die USA genutzt, um durch völlig ungewöhnliche Verlangen nach Vorausbezahlung der Getreidelieferungen die finanziellen Schwierigkeiten zu vergrößern. Die Abhängigkeit vom Weinexport haben die BRD-Imperialisten genutzt, um unter dem Vorwand von Einfuhrbestimmungen unter der Hand den portugiesischen Wein zu boykottieren. Diese Maßnahmen haben dazu beigetragen, eine dem westeuropäischen und amerikanischen Imperialismus genehme Regierung ans Ruder zu bringen. Der Import Portugals liegt um 50 Prozent höher als sein Export, „was", wie die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" in ihrer Beilage „Blick durch die Wirtschaft" vom 2. Januar vermerkt, „bei 47 Millionen Escudos Einfuhr gegenüber von 24 Millionen Ausfuhr in den ersten sechs Monaten von 1975 auf die Dauer zu Zahlungsunfähigkeit führen muß".



Kinderarbeit in Portugal zur Zeit des faschistischen Regimes. So billig und schutzlos wollen die Imperialisten die Arbeitskraft wieder haben.

Die Ansätze von Selbständigkeit sollen zerstört werden

Wenn das Finanzkapital ein Land in dieser Weise am Kanthaken hat, dann nützt es diese ökonomische Abhängigkeit selbstverständlich mit allen Mitteln aus, um die politische Abhängigkeit zu vergrößern. Am 29. Januar berichtet die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" in ihrer Beilage „Blick durch die Wirtschaft": „Abwerten oder nicht abwerten, das ist die Frage, die zur Zeit die Gemüter in Portugal bewegt. Der Internationale Währungsfonds, der Portugal im Rahmen der ‚oil facilities' (das sind Währungskredite für Ölimporte, Anm. d. Red.) bis jetzt die üblichen 50 Prozent seiner Quote von rund 170 Millionen Dollar auszahlte, soll bei der Inanspruchnahme der restlichen Finanzhilfe die Forderung nach einer Abwertung gestellt haben. Eine radikale Maßnahme sei nötig, um den Escudo seinem tatsächlichen Wert anzugleichen." Eine solche Abwertung des Escudo würde die Schwierigkeiten Portugals mit seinem großen Importüberschuß noch bedeutend vergrößern, da es sich bei diesem Import im wesentlichen um unerläßliche Lebensmittel und unerläßliche Bestandteile der Produktion, Material und Maschinen, handelt. Dabei geht es den Imperialisten darum, die Regierung zu zwingen, noch schärfer gegen die Arbeiterbewegung vorzugehen. „Es wird jetzt kein Geheimnis mehr daraus gemacht, daß die Gelder, die die verstaatlichten Banken die ganze Zeit zuschießen mußten, damit die Gehälter gezahlt werden konnten, nur dazu dienten, Konkurse und entsprechende Zunahme der Arbeitslosigkeit zu verhindern, aber in den wenigsten Fällen produktiv eingesetzt wurden. Damit soll nun aufgeräumt werden, das heißt nicht lebensfähige Firmen sollen nicht unbedingt weiterarbeiten dürfen, auch wenn dies für die Beschätigten harte Folgen haben wird, denn es gibt ja in Portugal keine Arbeitslosenunterstützung. Deswegen muß reorganisiert und vor allem rationalisiert werden. Zum Modernisieren braucht man Maschinen, die importiert werden müssen, um wieder konkurrenzfähig im Export zu werden." Worauf läuft das hinaus? Vernichtung von Produktionsstätten in der Hand des portugiesischen Staates und kleiner oder mittlerer portugiesischer Unternehmer, gewaltige Vergrößerung der industriellen Reservearmee, die ohne jede Arbeitslosenunterstützung mit Arbeit zu jedem Lohn zufrieden sein soll, Belebung des portugiesischen Marktes für Industrieeinfuhren aus den imperialistischen Ländern und Übernahme weiterer Produktionsbereiche durch ausländisches Kapital.

Die Arbeiterbewegung ist nicht geschlagen

Damit wären die bisherigen Errungenschaften der Klassenkämpfe in Portugal zugunsten des Imperialismus liquidiert: Die nationale Unabhängigkeit würde vollends untergraben und die portugiesische Arbeiterklasse würde zum Freiwild des ausländischen Kapitals, Portugal insgesamt zu einem Eldorado für das westeuropäische und amerikanische Finanzkapital.

Die Imperialisten sind mit der VI. Regierung, der Regierung Azevedo, diesem Ziel ein gut Stück näher gekommen. Nachdem diese Regierung Ende November die demokratische Soldatenbewegung schwer angeschlagen hat, nachdem sie daran gegangen ist, den Staatsapparat von allen Zersetzungserscheinungen, Presse- und Rundfunkwesen von allen demokratischen Einflüssen zu säubern, hat sie ein wirtschaftliches Sofortprogramm beschlossen, dessen Kern die Entschädigung der Aktionäre der verstaatlichten Großunternehmen und Banken ist. Das Sofortprogramm geht auf Vorschläge des Kapitalistenverbandes, die als „Schockprogramm" lanciert worden waren, zurück. Am 27. Dezember hatte die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" bereits melden können, daß am 12. Januar die seit April 1975 geschlossene Börse von Lissabon wieder geöffnet würde. Solche Entwicklungen erhöhen die Kreditbereitschaft der Imperialisten, wobei ihre Kredite weitere Garantien bilden, daß die Entwicklung in der erwünschten Richtung vorangetrieben wird. Zweihundert Millionen Dollar hat der US-Imperialismus in der vergangenen Woche als Kredit an die portugiesische Regierung gegeben. Nach fast zwei Jahren Klassenkampf bereitet sich der Imperialismus jetzt auf den entscheidenden Schlag gegen die Errungenschaften der Klassenkämpfe in Portugal und gegen die portugiesische Arbeiterbewegung vor. Diesem Zweck dient auch der Besuch Genschers.

Aber die Hoffnungen der Imperialisten sind verfehlt. Die Erfahrungen der letzten Jahre und Monate haben die Reife der Arbeiterbewegung gefördert. Dies drückt sich auch aus in der Gründung der neu aufgebauten Kommunistischen Partei Portugals (PCP-R), in der sich verschiedene marxistisch-leninistische Gruppen zusammengeschlossen haben. Der Zusammenschluß der Marxisten-Leninisten ist eine wichtige Voraussetzung für die Vernichtung des Einflusses der revisionistischen Partei in der portugiesischen Arbeiterbewegung und demokratischen Bewegung. Dieser Einfluß der Revisionisten hat die Arbeiterbewegung gespalten und sie von großen Teilen der Bauern isoliert. Unter dem Einfluß der Revisionisten kann die Arbeiterklasse nicht siegen. Da die Revisionisten den Zweck verfolgen, die Herrschaft einer bürokratischen Bourgeosie zu errichten, die den bestehenden Staatsapparat übernimmt, um das Land dem Einflußbereich des Sozialimperialismus einzugliedern, sabotiert sie überall den revolutionären Kampf der Arbeiterklasse. Sie hintertreibt das Bündnis mit den Bauern. Die Arbeiterklasse Portugals braucht jedoch das revolutionäre Bündnis mit den Bauern, um den Staat der Großgrundbesitzer und Großkapitalisten zu zerschlagen und nach der Befreiung von Großgrundbesitz, bürokratischem Kapital und Imperialismus in ununterbrochener Revolution fortzuschreiten zum Sozialismus.

Die Arbeiterbewegung in Portugal ist nicht geschlagen, unter Führung der Kommunisten wird sie die Fehler der bisherigen Bewegung untersuchen und klären. Die Bauern sind in Bewegung gekommen, wenn sie auch gegenwärtig noch unter der Führung der Großgrundbesitzer stehen. Der entscheidende Angriff der Imperialisten ist in Vorbereitung. Alles wird davon abhängen, daß die Arbeiterbewegung in der Lage ist, ihre Isolierung zu durchbrechen und diesen Angriff zurückzuschlagen, um zum erneuten bewußten Ansturm auf die Herrschaft von Großgrundbesitz, bürokratischem Kapitalismus und Imperialismus überzugehen. – (js)

Solidaritätsveranstaltungen mit einem Vertreter der Demokratischen Republik Ost-Timor

Köln. Etwa 130 Freunde und Genossen besuchten die Veranstaltung des Ost-Timor-Solidaritätskomitees am 30.1.76. Als Gäste waren anwesend zwei Vertreter der FRETILIN, der Befreiungsfront des Volkes von Ost-Timor, unter ihnen A.Aroujo, Minister der Regierung der Demokratischen Republik Timor-Ost. In einem einleitenden Vortrag des Komitees wurde der Verlauf des Befreiungskampfes geschildert und die Bedeutung des Kampfes des Volkes von Timor-Ost gegen den US-Imperialismus und das Suharto-Regime im ganzen indonesischen Raum geschildert. Aroujo entwickelte in seinem Beitrag die Bedeutung und den Zweck der indonesischen Aggression. Er behandelte weiter die Unterdrückung und Ausbeutung seines Volkes durch die portugiesischen Kolonialisten und die Geschichte des Befreiungskampfes in Ost-Timor. Abschließend betonte er, daß sich der Kampf des Volkes von Ost-Timor nicht gegen das indonesische Volk richtet, sondern sich ausschließlich wendet gegen die Aggression des Suharto-Regimes. Der Kampf des Volkes von Ost-Timor ist damit auch ein Beitrag für die Befreiung des ganzen indonesischen Volkes. In der anschließenden Diskussion beantwortete Aroujo verschiedene Fragen zum wirtschaftlichen und politischen Aufbau des Landes und den Aufgaben der Solidaritätsbewegung. In seinem Schlußwort betonte er, daß es die Pflicht aller Revolutionäre sei, den Kampf des Volkes von Ost-Timor moralisch, politisch und materiell weiter zu unterstützen. Dabei kommt es jetzt vor allem darauf an, eine breite öffentliche Aufklärung zu betreiben gegen die verbrecherische Invasion des Suharto-Regimes. Auf der Versammlung wurden rund 500 DM für die FRETILIN gesammelt.

Bonn. Am Donnerstag, 29. Januar, fand in Bonn eine Veranstaltung des Timor-Komitees mit zwei Vertretern der FRETILIN statt, die vom Komitee für die Unabhängigkeit Ost-Timors durchgeführt wurde. Auf der Veranstaltung kamen ungefähr 100 Menschen zusammen. Insgesamt wurden 200 DM gesammelt. Der Veranstaltung vorausgegangen waren Aktionsstände in der Innenstadt, wobei das Komitee für die Unabhängigkeit von verschiedenen Organisationen unterstützt wurde. Die Aktionsstände fanden großes Interesse.

Solidaritätsveranstaltungen mit dem Befreiunskampf des omanischen Volkes

Münster. Am Sonntag, dem 1.2., wurde in Münster zur Unterstützung der PFLO ein Solidaritätsfest veranstaltet, das über 130 Personen besuchten. Der Film „Die Stunde der Befreiung hat geschlagen" fand bei den Anwesenden große Zustimmung. Nach der anschließenden Diskussion wurde ohne Gegenstimmen eine Resolution verabschiedet, die sich gegen jede Einmischung in die Angelegenheiten des omanischen Volkes wendet, den sofortigen Abzug aller ausländischen Truppen und Berater fordert, die Unterstützung des Regimes des Sultans von Oman durch den BRD-Imperialismus verurteilt sowie den gerchten Kampf der PFLO für Unabhängigkeit, Selbstbestimmung und soziale Befreiung unterstützt. Durch das Oman-Fest können wir nach der Abrechnung sicher einen Betrag von über 300 DM als Spende auf das Konto für die Schul- und Propagandaeinheit der PFLO überweisen. – (Palästina-Komitee Münster)

Freiburg. Das Palästina-Komitee hat am 29.1. eine Filmveranstaltung zur Vorbereitung der Oman-Woche Anfang Februar durchgeführt. Etwa 35 Menschen kamen zu dem Film „Die Mauer des Schweigens". 37 DM wurden für die mobile Propagandaeinheit gespendet.

Heidelberg. 210 DM wurden für die PFLO bei einem Oman-Solidaritäts-Fußballturnier an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg gesammelt, die im November 1975 eine Patenschaft mit der Schule des Volkes in Oman übernommen hat. Die Spieler und Zuschauer verabschiedeten einstimmig eine Resolution, die ihre Solidarität mit dem nationalen Befreiungskampf des Volkes von Oman zum Ausdruck bringt. An dem Hallenfußballturnier nahmen 12 Mannschaften teil. Sieger wurde die Mannschaft des Nahost-Komitees Heidelberg.

Erfolgreiche Palästina-Woche in Aachen

Vom 19. bis 23.1. veranstalteten das Nahostkomitee Aachen, das Palstinakomitee und die arabische Studentenvereinigung (ASV) eine Palästinawoche anläßlich des elften Jahrestages des Beginns der bewaffneten Auseinandersetzungen in Palästina. Eine Woche lang wurde in der Stadt, vor den Schulen, vor den Betrieben und an der Hochschule Informationsstände aufgestellt, Flugblätter verteilt, Zeitungen verkauft und mit der Bevölkerung über das Palästinaproblem diskutiert. Auf einer Veranstaltung, an der sich 400 Menschen beteiligten, wurden 480 DM gespendet.

Demonstration der Palästinenser in den von Israel besetzten Gebiete für ihre legitimen Rechte

Gegen die widerrechtliche Besetzung durch den israelischen Zionismus haben am 27. und 28. Januar Palästinenser in den von Israel besetzten Gebieten demonstriert. Das meldete die palästinensische Nachrichtenagentur Wafa. Mit den Demonstrationen wurde die Wiederherstellung der legitimen Rechte des palästinensischen Volkes gefordert. In Jerusalem haben Tausende von palästinensischen Arbeitern und Studenten Parolen gerufen, mit denen sie die Organisation für die Befreiung Palästinas (PLO) unterstützten. Im Verlauf ihrer Demonstrationen verurteilten sie die Besetzung durch den israelischen Zionismus. In Nablus haben Hunderte von palästinensischen Studenten und Bürgern Demonstrationen zur Unterstützung der PLO durchgeführt und die widerrechtliche Besetzung durch den israelischen Zionismus und dessen Stütze, die USA, verurteilt. In Ramallah haben Studenten Flugblätter verteilt, die mit „fath" unterzeichnet waren und in denen das palästinensische Volk aufgerufen wurde, den Kampf gegen die Besetzung zu verstärken. In Hebron haben die Demonstranten einen israelischen Militär-LKW verbrannt. Obwohl die israelischen Behörden in der Nacht zum 28. Januar Verhaftungen durchgeführt haben, demonstrierten die Volksmassen am Tag weiter. – (nach Hsinhua)

Israelische Kampfflugzeuge über dem Libanon

Beirut. Während sich nach dem Abschluß des Waffenstillstands im libanesischen Bürgerkrieg Libanesen, Palästinenser und Syrer um die Herstellung des Friedens bemühen, verstärken die israelischen Zionisten wieder den Druck auf den Libanon. Sofort nach dem Inkrafttreten griffen sie mit Kampfflugzeugen an. Im ganzen Land wurde Luftalarm ausgelöst. Und die christliche Reaktion, die den Bürgerkrieg vor neun Monaten provozierte, bereitet ebenfalls eine neue Provokation vor. Sie hat eine sogenannte „Front der Einheit und des Menschen" gebildet, die unter Führung der Falange steht und an der unter anderem katholische Ordensgeistliche beteiligt sind. Diese „Front" ist gegen jedes Gespräch über das beim Waffenstillstand vereinbarte Reformprogramm zur Wiederherstellung des Friedens. Der Führer der libanesischen Sozialisten, Dschumblatt, erklärte, die „Front" bereite eine „neue Kampfrunde" für das Frühjahr vor. – (nach Süddeutsche Zeitung, 29.1. und 2.2.)

Westsahara-Vertrag: Mittel zur Spaltung der arabischen Länder

Algier. In der vergangenen Woche haben marokkanische Truppen, die im Gebiet der bisher vom spanischen Kolonialismus beherrschten Westsahara operieren, einen algerischen Versorgungskonvoi bei Amgala nahe der mauretanischen Grenze überfallen. Amgala war ein Stützpunkt der FPOLISARIO, der Befreiungsfront für die Westsahra, die den nationalen Befreiungskampf des sahaurischen Volkes gegen den spanischen Kolonialismus organisiert hat und jetzt die Unabhängigkeit der Westsahara durchzusetzen versucht gegen eine Aufteilung des Landes durch Marokko und Mauretanien. Namentlich Algerien und Libyen unterstützen das Volk der Westsahara in seinem gerechten Kampf um Selbstbestimmung. Ohne die algerischen Versorgungstransporte wäre der größte Teil des sahaurischen Volkes bereits verhungert, das von den marokkanischen Truppen vertrieben wurde und zu Tausenden in Notlagern lebt. Marokko gründet sein Vorgehen auf den mit dem spanischen Kolonialismus am 14. November 1975 ausgehandelten Vertrag über die „Entkolonisierung" der Westsahara. Dieser Vertrag sieht den Rückzug der spanischen Armee und Veraltung aus der Kolonie vor, sichert aber zugleich die spanische Beteiligung an der Ausbeutung der Phosphatlager bei Bou Craa, die für die reichsten Lagerstätten der Welt gehalten werden. An der Entwicklung der politischen und militärischen Lage in Nordafrika wird nun deutlich, daß dieser „Entkolonialisierungs"-Vertrag nicht nur die wirtschaftlichen Interessen des Kolonialismus und Imperialismus sichert, sondern gedacht ist als Instrument der Spaltung und geschaffen wurde, um Zwietracht unter den nordafrikanischen Völkern zu säen und die Einheit der Dritten Welt zu unterhöhlen. – (nach Le Monde, 3.2.)

Zimbabwe:

Die Rassisten setzen auf Spaltung

„Aus dem benachbarten Mozambique sind in der vergangenen Woche rund 150 schwarzafrikanische Guerillas nach Rhodesien eingedrungen", mußte die Regierung des rhodesischen Siedlerregimes bekannt geben, da sie zwei Kompanien an die Nordgrenze schicken mußte und Reservisten einzog. Auch im Dezember mußte sie einen harten Schlag eingestehen. Bei einem Hubschrauberabsturz waren der Generalstabschef und stellvertretende Oberkommandierende der Rassistenarmee, der Oberkommandierende der Leichten Infanterie und andere Offiziere umgekommen. (Le Monde, 30. Januar)

Die meisten weißen Kolonialisten stellen sich aber bereits darauf ein, daß es mit ihrem Ausbeutungsparadies Rhodesien zu Ende geht. „Kaum einer unter den 240 000 Weißen, der sich nicht bereits diskret nach einem neuen Wohnsitz umschaut oder Möglichkeiten geprüft hat, einen zweiten, nicht auf Rhodesien laufenden Paß zu erhalten. Häuser und Farmen werden zu Spottpreisen im ‚Herald' angeboten." (Neue Zürcher Zeitung, 30. Januar)

Gleichzeitig versucht der Rassistenpremier Ian Smith verbissen mit einigen afrikanischen Politikern eine Verhandlungslösung auszuhandeln, die den imperialistischen Einfluß in Rhodesien sichert. Setzen tun sie dabei auf Nkomo, den ZAPU-Führer, der aus der im Dezember 1974 gebildeten Dachorganisation ANC (Afrikanischer Nationalkongreß) ausgezogen ist, um alleine mit Smith weiterzuverhandeln. Smith hofft ihn damit zu ködern, daß drei Distrikte, das Heimatgebiet Nkomos, Matabeleland, Manicaland und Mashonaland, formal einige Selbstverwaltungsrechte erhalten sollen, ähnlich den sogenannten „Heimatländern" in der Südafrikanischen Republik.

Sie sollen das Recht erhalten, je einen Minister im Kabinett zu stellen, das nach wie vor vom Imperialismus kontrolliert wird. Die Bindung des Wahlrechts für Afrikaner an Bildung und Einkommen soll etwas gelockert werden. „Während Smiths Maßstäbe nur 9 000 Afrikanern von 6 Millionen das Wahlrecht geben gegenüber 130 000 von 240 000 Weißen", verlangt Nkomo „nicht ein ‚One man one vote-Stimmrecht, das heißt Stimmrecht für jeden Einwohner. Die ANC-Dokumente (Nkomo-Fraktion, Anm. d. Red.) sprechen lediglich von einer Ausdehnung des Wahlrechts auf etwa 150 000 Afrikaner. Damit könnte eine afrikanische Mehrheitsregierung gebildet werden. Die Siedler könnten damit über Jahre hinaus weiterhin ihre Interessenvertretung im Parlament behalten, ohne allerdings – wie bisher – allein entscheiden zu können." (Neue Zürcher Zeitung, 30. Januar)

Mit diesen hinterlistigen Plänen betreiben die Imperialisten die Spaltung des Volkes von Zimbabwe. Das afrikanische Kleinbürgertum versuchen sie gegen die breiten Volksmassen auszuspielen, indem sie einem Teil davon einige Brosamen von der Tafel der Imperialisten in Aussicht stellen und hoffen, daß diese Geschmack finden an der fortgesetzten Ausplünderung der Volksmassen und des Landes durch den Imperialismus. Gleichzeitig versuchen sie die Stammesgruppen aufeinanderzuhetzen. „Grundlage der Verhandlungen ist die Bildung einer Partnerschaft zwischen den Weißen und den konservativen Afrikanern, insbesondere Nkomos Stamm, die kriegerischen Matabele. Der Großteil der Rhodesia African Rifles, der schwarzen Truppen Rhodesiens, besteht aus Matabele. Sollte es zu einem Abkommen zwischen Smith und Nkomo kommen, würde die Zahl der schwarzen Matabele-Truppen Rhodesiens verstärkt werden." (Die Welt, 13. Januar) Sie sollen dann eingesetzt werden im Kampf gegen die breiten Volksmassen, die sich mit diesem Betrugsmanöver nicht abfinden werden und weiter für die vollständige Unabhängigkeit, gestützt auf das Vertrauen in die eigene Kraft, kämpfen, um die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zu beenden. – (hl)



Schießausbildung von Zimbabwe-Guerillakämpfern

Menschen zu beenden. – (hl)

US-Imperialisten versuchen Dritte Welt zu erpressen

Seit 1972 steigt der Getreideexport der USA ständig an. Wie am 24. Januar die „Süddeutsche Zeitung" berichtete, beträgt der Wert der Getreideausfuhr inzwischen 21,4 Milliarden Dollar. „Acht Milliarden davon oder fast 40 Prozent zahlen die Entwicklungsländer, die außer Japan und der Sowjetunion die Hauptabnehmer sind . . .

. . . Die USA liefern zwei Drittel allen Weizens, den die Entwicklungsländer einführen."

Nachdem durch die koloniale und neokoloniale Beherrschung der Dritten Welt eine selbstversorgende Landwirtschaft in diesen Ländern zerstört wurde, sieht der US-Imperialismus darin eine neue Chance, vor allem die kleineren Staaten zu erpressen. Kannst du sie nicht schlagen, so hungre sie aus, ist die Devise. In einer CIA-Studie vom August 1974 wird festgestellt: „Als Hüter der Höchstmenge ausfuhrfähigen Getreides könnten die Vereinigten Staaten die Vorherrschaft in der Weltpolitik zurückgewinnen, die sie in der unmittelbaren Nachkriegszeit besaßen." (Süddeutsche Zeitung, 24. Januar) Letzteres ist zwar eine Illusion, was aber nicht heißt, daß die US-Imperialisten hier nicht nachlaufen. Ein höherer Beamter des State Department meinte: „Wir haben die Nahrungsmittel, zur Hölle mit der restlichen Welt." (Guardian, 21. Januar) Und Mitte letzten Jahres wurde deshalb zum ersten Mal dem Landwirtschaftsministerium die Entscheidungsbefugnis über den Getreideexport abgenommen. Kissinger setzte durch, daß die Kontrolle an einen Ausschuß übergeht, dem neben Vertretern anderer Ministerien Vertreter des Nationalen Sicherheitsrates angehören.

Benutzt wurde diese Waffe z.B. im Ringen mit der Sowjetunion, die nach Bericht der US-Zeitschrift „Business Week" sich verpflichten mußte, für die Lieferung von jährlich 6 Millionen Tonnen Getreide über 5 Jahre ab 1976 Erdöl an die USA unter dem OPEC-Preis zu liefern. Nächstes Jahr sollen es 64 Millionen Barrel sein, „könnte aber auf jährlich 256 Millionen Barrel steigen". (Guardian, 21. Januar) Die Sozialimperialisten erklärten sich bereit, direkt als Preisbrecher gegen die OPEC zu handeln, deren Mitgliedsländern sie teilweise das Erdöl unter dem Weltmarktpreis abpressen als Gegenleistung für Waffenlieferungen u.a. Auch eine andere Art der „Bezahlung" durch die Sowjetunion deckte die „Business Week" auf: „Es gibt starke Beweise dafür, daß die Russen als weitere Bedingung für das Getreidegeschäft dazu überredet wurden, sich während der Verhandlungen von Staatssekretär Henry A. Kissinger für das Zustandekommen des ägyptisch-israelischen Vertrages still zu verhalten."

Gegenüber der Dritten Welt haben die USA ein „Nahrung für Frieden"-Programm. Es steht unter Leitung der „Agentur für Internationale Entwicklung" (AID), einer imperialistischen Agentur, die besonders bekannt wurde dadurch, daß die USA jahrelang über sie den „heimlichen" Krieg gegen Laos organisierten, leiteten und finanzierten. Um z.B. Südvietnam völlig von sich abhängig zu machen, gingen die USA so weit, ihre Marionettenregierung zu zwingen, die Reisproduktion drastisch einzuschränken und Südvietnam von einem der reichsten Reisüberschußgebiete Südostasiens in wenigen Jahren völlig von den Getreidelieferungen der USA abhängig zu machen. Als 1974 Bangla Desh im Rahmen des „Nahrung für Frieden"-Programms 100 000 Tonnen Weizen forderte, schickten die USA Reis und nur 50 000 Tonnen. Für den Reis verlangten sie dreimal so viel wie Weizen gekostet hätte, geschickt wurde er in US-Schiffen, die über 100 Dollar pro Tonne Fracht verlangten, während Schiffe anderer Staaten zur gleichen Zeit nur einen Frachtsatz von 25 Dollar pro Tonne verlangten.

Und erst kürzlich stieß Kissinger in aller Öffentlichkeit wilde Drohungen gegen die Länder der Dritten Welt aus, die in der UNO für die Verurteilung des Zionismus als Rassismus gestimmt hatten. „Von jetzt ab sollen ausländische Nationen rechtzeitig von amerikanischen Auffassungen über umstrittene Vorgänge in der UNO unterrichtet werden." „Die Vereinigten Staaten wollen das aus ihrer Sicht fehlende Wohlverhalten bestimmter Länder in der UNO-Vollversammlung bestrafen. Wie die ‚New York Times' am Freitag berichtet, will Außenminister Henry Kissinger die wirtschaftliche und humanitäre Hilfe für UNO-Mitglieder kürzen, die in der UNO gegen die Interessen der Vereinigten Staaten gestimmt haben. Dem Blatt zufolge wurde im US-Außenministerium ein Büro eingerichtet, das sich mit der Stimmabgabe verschiedener Länder in der UNO-Vollversammlung befassen soll." (Die Welt, 10. Januar) „Mit Hilfe von Computern werden Verhaltensmuster von Nationen ermittelt, nicht nur bei formellen Abstimmungen, sondern auch in Ausschüssen und in den Korridoren der UNO." (Süddeutsche Zeitung, 12. Januar)

Die erste sich daraus ergebende Repressalie erfolgte gegen Tansania und Guayana. Die Entscheidung über laufende Lieferanträge wurde aufgeschoben. – (hl)

Kartoffelknappheit in der Sowjetunion

Nachdem der akute Getreidemangel in der Sowjetunion bereits seit Monaten bekannt ist, wurde jetzt festgestellt, daß es in der Sowjetunion auch stark an Kartoffeln fehlt. Der sowjetische Agrarwissenschaftler V. Karpenda schrieb am 16. Januar in der Zeitung „Ukraine Prawda", daß die südukrainische Parteiorganisation betroffen sei von der Tatsache, daß die Kartoffelernte nicht ausreiche, um die Bedürfnisse der Einwohner zu befriedigen. Er kündigte an, daß für den Fall, daß sich diese Lage nicht ändert, die Kartoffelernte für die nächsten fünf Jahre ungenügend bleibe.

Jeder weiß, daß vor zehn Jahren Chrustschow die Vorteile der „Gulasch"-Politik gepriesen hat. Heute dagegen, unter der Herrschaft Breschnews, ist die Sowjetunion nicht nur abhängig von der Getreideeinfuhr, heute kann sie selber nicht einmal die Versorgung mit Kartoffeln sichern. (Nach Hsinhua, franz. Ausgabe vom 22. Januar)

Spanien:

Massendemonstrationen – Antwort auf Regierungsprogramm

Barcelona. Am 1. Februar haben in der katalanischen Hauptstadt 70 000 Menschen demonstriert. Das teilten die 150 Personen, die den Aufruf zur Demonstration unterschrieben hatten, mit. Diesmal ist es der Polizei nicht gelungen, die Demonstration zu ersticken, wie das vorher in Madrid mit der von den Revisionisten und Reformisten organisierten Demonstration geschah. Obwohl die Polizei sofort bei Beginn mit äußerster Brutalität vorging, von Hubschraubern aus, die über der ganzen Stadt kreisten, den Einsatz leitete, konnten sich die Demonstranten immer wieder sammeln und ihre Transparenten entfalten. Sie forderten Generalamnestie und riefen: „Ein geeintes Volk kann niemals besiegt werden!". (Le Monde, 3. Februar) Andere Parolen waren: „Sturz Juan Carlos'!", „Sturz der Regierung!". Die breite Zustimmung der Bevölkerung zu den Parolen und zum Vorgehen der Demonstranten zeigt sich an der Tatsache, daß sie bei den Auseinandersetzungen mit der Polizei von den Bewohnern aus allen Fenstern angefeuert und unterstützt wurden.

Diese machtvolle Demonstration, die den Auftakt zu weiteren Protestaktionen darstellt, war die erste Antwort der Volksmassen auf das Programm der Regierung Arias vom 28. Januar. Arias hatte vor der spanischen Ständeversammlung die politischen Ziele seiner Regierung dargelegt: Danach soll die Erbfolge im Königshaus erleichtert werden! Dann soll ein Parlament gebildet werden. Schließlich soll das Statut von 1974 über „politische Vereinigungen" erweitert werden.

Über die Zulassung von Parteien, über die Zulassung von freien Gewerkschaften, über die geforderte Generalamnestie, über die Aufhebung des Antiterrorgesetzes sagte Arias nichts. Auch nannte er keinerlei Termine. Somit war das Urteil der bürgerlichen Presse über diese Regierungserklärung negativ. Die westeuropäische Bourgeoisie hatte mehr erwartet, konkrete Angaben, eine Beschleunigung der Entwicklung. Die westdeutschen Bourgeoisvertreter v. Hassel, Katzer und Stoltenberg, die sich in Spanien am letzten Wochenende aufhielten, erklärten, sie seien in ihren Gesprächen mit Regierungsvertretern zum Beispiel für die Zulassung der Kommunistischen Partei Spaniens (KPS) eingetreten.

Die CDU-ler haben der spanischen Regierung als Beispiel Portugal vorgehalten, wo die Revisionisten von der KPP, der Bruderpartei der KPS, die revolutionäre Bewegung ruiniert haben. Die CDU-ler, die hier in der BRD für ein Verbot der Kommunisten und auch der revisionistischen DKP eintreten, sind sich der Tatsache bewußt, daß die Revisionisten in Spanien noch über ziemlichen Einfluß in der Arbeiterklasse und unter den Volksmassen verfügen. Weil seit dem Tode Francos revolutionäre und demokratische Bewegungen in Spanien unter der Arbeiterklasse und der Volksmassen einen raschen Aufschwung genommen haben, raten die CDU-ler, den Spielraum der Revisionisten zu erweitern, ihnen eine legale Existenz zu gestatten, ihre konterrevolutionäre Politik zu nutzen, um die Bewegungen unter den Massen unter Kontrolle zu bekommen. Auf diese Politik haben sich am letzten Wochenende alle spanischen christdemokratischen Parteien und Fraktionen festgelegt. Sie führten unter Anwesenheit der CDU-ler sowie Vertreter anderer westeuropäischer christdemokratischer Parteien einen ersten öffentlichen gemeinsamen Kongreß in Madrid durch. Dort forderten sie u.a. die Zulassung der Parteien unter Einschluß der Revisionisten. Die Tatsache, daß dieser Kongreß bei der Regierung ebenfalls nicht offiziell zugelassenen christdemokratischen Parteien ohne jede Einschränkung durchgeführt werden konnte, zeigt, daß von der derzeitigen spanischen Regierung diese Politik der Christdemokraten geduldet wird, um ihnen vor allen anderen Parteien einen Vorsprung bei der Entfaltung legaler politischer Arbeit zu geben und eine neue Stütze für die spanische Bourgeoisie und den Einfluß des Imperialismus in Spanien aufzubauen. – (g.j.)

Steigerung der Goldproduktion in Südafrika

Die Bedeutung des Goldes als Weltgeld steigt

Zu Beginn letzter Woche hat der südafrikanische Bergbauminister erklärt, sein Land werde die Goldproduktion in diesem Jahr um 10 % auf etwa 800 Tonnen steigern. Südafrika liefert etwa zwei Drittel der Weltgoldproduktion. Seit 1971 war seine Produktion laufend leicht gesunken.

Einen Tag später hat man auch erfahren, woher der Minister seine Weisheit hatte. Der Vorsitzende der Anglo American Corporation, Harry Oppenheimer, meldete sich selbst zu Wort. Dieser internationale Konzern kontrolliert den gesamten Bergbau des südlichen Afrika, in Südafrika, in Namibia, in Sambia, in Tansania, in Botswana und Lesotho. Er rechne langfristig mit einer „günstigen Entwicklung auf dem internationalen Goldmarkt" (Blick durch die Wirtschaft, 27.1.). 30000 Arbeiter zusätzlich hat der Konzern eingestellt, um sie für sich produzieren zu lassen.

Für die bürgerlichen Kommentatoren scheint es ein unlösbarer Widerspruch, daß einerseits der Internationale Währungsfonds beschlossen hat, das Gold aus dem Vertragswerk des Währungssystems herauszunehmen und andererseits die Bergwerkskapitalisten noch ihre Goldproduktion ausdehnen wollen. Löcher zu buddeln, um das Gold darin zu begraben, fordert ein Kommentar in der „Süddeutschen Zeitung" vom 24.1.: „Ans Mark . . . wird es nicht rühren, wenn der Handel mit Gold sich nicht in jedem Falle als Garantie für die wundersame Brotvermehrung erweist. Denn die Bewegung gelben und vergleichsweise nutzlosen Metalls ändert an den realen Nöten dieser Welt nichts, aber auch gar nichts."

Freilich, auf den Gedanken ist außer diesem Schreiber auch noch niemand gekommen, daß die Imperialisten und Finanzbourgeoisie, die sich Gold kaufen, dies tun würden, um Not zu lindern oder Hungernden Brot zu geben. Das Umgekehrte ist aus der Wirklichkeit hinreichend bekannt.

Was der Kommentator mit Brotvermehrung meint, ist die Vermehrung der Reichen Reichtum, ohne daß diese den Finger krümmen.

Wundersam ist am Gold erst mal nichts. Es wird von Arbeiterhand aus der Erde geholt, so wie jede Ware durch Arbeiterhand produziert wird. Sein Wert mißt sich nach der dazu durchschnittlich notwendigen Arbeitszeit. Um 30 % haben sich 1973 die Preise im Welthandel erhöht, um über 40 % 1974 und knapp 10 % im ersten Halbjahr 1975. Die Preiserhöhung aller Waren innerhalb der Länder und auf dem Weltmarkt ist der Hauptgrund für die ungewöhnliche Preissteigerung auch beim Gold.

„Wundersam", den Reichtum der Reichen vermehrend, scheint das Gold nur, weil es zur Geldware geworden ist. Es heißt nicht, „Gold arbeitet", sondern „Geld arbeitet", und nicht „Gold regiert die Welt", sondern „Geld regiert die Welt". Dies ist bloß für den Blick heute verstellt, weil das Gold in der nationalen Wirtschaft weitgehend ersetzt ist durch Wertzeichen, Papiergeld, das für Gold steht. Man kann also dem moralischen Heißsporn der „Süddeutschen Zeitung" mitteilen, daß auch durch Vergraben des Goldes sich an den „realen Nöten dieser Welt" nichts ändert. Jedermann weiß, daß der Arbeiter sein Geld trotz harter Arbeit nicht zum arbeiten bringt, wohingegen das Geld des Kapitalisten und Bankiers in fünf Ländern gleichzeitig zu arbeiten scheint, während er sich zur selben Zeit in Hawai tummelt. Es sind die gesellschaftlichen Verhältnisse, die dem Geld seine Macht verleihen, und sein Regime wird nicht beendet sein, ehe nicht seine Brutstätte beseitigt ist.

Die Imperialisten, die sich in Geldgeschäften bestens auskennen, wissen wohl, daß das Papiergeld nur Geld ist, insofern es für allgemeine Ware steht. Das kann nur ein Produkt menschlicher Hand sein, kein Zeichen dafür, sondern das Produkt selbst. Diese Funktion hat in einem langen geschichtlichen Prozeß das Gold eingenommen. Je mehr sich die Papierhülle der Wertzeichen aufbläht, umso gieriger der Griff nach der greifbaren Verkörperung seines Inhalts, des Goldes.

Anfang letzter Woche hat der US-Finanzminister mitteilen lassen, ihm sei von keiner Notenbank bekannt, daß sie Gold kaufen wolle. Die USA selbst wollten sogar Gold aus dem Staatsschatz verkaufen, „wenn es der inneramerikanische Markt erforderlich mache" (Blick durch die Wirtschaft, 27.1.). Dies kann nur zweierlei heißen. Erstens soll der Goldpreis unten bleiben, damit das Gold aus den Verkäufen des Währungsfonds billig zu ergattern ist. Die Kleinen sollen sich fernhalten, damit die Großen alles bekommen. Zweitens beabsichtigt der „inneramerikanische Markt", nämlich das amerikanische Finanzkapital, Gold zu kaufen. Und dabei muß die Regierung nachhelfen. Der Ankündigung des US-Finanzministers, seiner Regierung sei von „keiner Regierung der westlichen Welt" bekannt, daß sie Gold kaufen wolle, sind offensichtlich Taten gefolgt. Die Presse meldet, die Krise des französischen Franc, die Frankreich letzte Woche eine Milliarde Dollar gekostet hat, sei verursacht von US-Konzernen, die damit verhindern wollten, daß sich Frankreich Gold kaufen kann.

An das Begraben von „Nöten dieser Welt" denken die Imperialisten gewiß zuletzt. – (fb)

Kommunistischer Bund (Nord)

Reformismus unter rotem Lack

„Heute ist es absolut lächerlich, davon zu reden, wir müßten und könnten gegen irgendeine Maßnahme der Bourgeoisie ‚die Arbeiterklasse mobilisieren'. So können nur Leute reden, die ein völlig unernstes Verhältnis zur Sache des Kommunismus haben!"

„Eine demokratische Massenbewegung gibt es heute in der Wirklichkeit noch gar nicht. Die realen Volksmassen (also nicht ihr heroisches Zerrbild in ‚KVZ' und ‚Roter Morgen' usw.) führen den politischen Kampf um ihre demokratischen Rechte noch nicht."

So „realistisch" ist die Zeitung „Arbeiterkampf" des Kommunistischen Bundes (Nord), wenn es um die Frage der Einschätzung der Situation geht und um die Mobilisierung der Massen gegen die Reaktion.

„1972 konnte das Mißtrauensvotum der CDU/CSU durch die massenhaften Proteste der Arbeiter und fortschrittlichen Studenten zu Fall gebracht werden.

Jetzt kommt es darauf an, daß die Protestbewegung nicht den Coup der CDU/CSU in Niedersachsen erst einmal abwartet, sondern daß bereits *jetzt* mit Protestaktionen begonnen wird." „Warnung an die Umfallerpartei: Jetzt eine Koalition mit der CDU – und bei der nächsten Wahl putzt ihr die Platte!" (Flugblatt des Kommunistischen Bundes (Nord))

So aufgeregt kann der „Arbeiterkampf" werden, wenn er die SPD/FDP-Regierung in Niedersachsen und im Bund in Gefahr sieht. Da ruft er zu Protestaktionen „bereits **jetzt**" und droht mit dem Wahlzettel.

„Vorbild muß die Massenbewegung gegen das CDU-Mißtrauensvotum 1972 sein."

Wenn der Kommunistische Bund Westdeutschland (KBW) feststellt, daß die gegenwärtig politische Situation durch einen „Zusammenstoß der Reaktion mit einem noch weitgehend spontanen Neuaufschwung der Massenbewegung" gekennzeichnet sei und dies mit zahlreichen Erscheinungen, wie Streiks, Massendemonstrationen, Schulstreiks, Streiks an den Universitäten, Bauplatzbesetzungen gegen bestimmte Maßnahmen des bürgerlichen Staates belegt, dann greift der Kommunistische Bund (Nord) zum stärksten ihm zur Verfügung stehenden Mittel der Polemik und setzt hinter das Wort „Zusammenstoß" drei Ausrufezeichen. So lächerlich erscheint ihm das und so sehr erhaben ist er über die gegenwärtigen Kämpfe gegen Reaktion und bürgerlichen Staat.

Die Ereignisse in Niedersachsen dagegen haben ihn in Wallung gebracht, weil „die CDU-Reaktion erneut" versucht, „die Wahlergebnisse zu verfälschen durch parlamentarische Mafia-Methoden". Gegen keinerlei Maßnahme der Bourgeoisie müssen und können die Massen mobilisiert werden, aber für die Verteidigung der SPD/FDP-Koalition können und müssen die Massen aufgerufen werden, „bereits jetzt mit Protestaktionen zu beginnen". Auf diesen scheinbaren Widerspruch läuft die politische Linie des Kommunistischen Bundes (Nord) hinaus.

„Linkes" Geschwätz und rechte Politik

Wie kommt es dazu? Der Kommunistische Bund (Nord) ist der Auffassung, daß von einem Kampf der Massen gegen Imperialismus und Reaktion jetzt und für lange Zeit keine Rede sein kann und daß es deshalb vor allem darauf ankommt, durch die Erhaltung der SPD/FDP-Regierung sich einen gewissen Spielraum zu erhalten. Dazu mögen die Massen gerade fähig sein. Dies war die politische Linie des Kommunistischen Bundes (Nord) während der Bundestagswahlen 1972, und diese Linie tritt jetzt, wo der Kommunistische Bund (Nord) um den Fortbestand der SPD/FDP-Koalition zu fürchten beginnt, wieder offen zutage. Diese Linie erlaubt es, „linkes" Geschwätz zu machen, auf die aktuellen Kämpfe der Massen herunterzuschauen und gleichzeitig in der Praxis eine sozialdemokratische Politik zu betreiben. Sie erlaubt es, bestimmten Strömungen unter der Intelligenz entgegenzukommen, in denen Blindheit gegenüber der spontanen Bewegung und Massenverachtung als links gelten und volle Hosen vor wegen Radikalenerlaß und ähnlichem als ganz normal. Diese Linie erlaubt, linkes Geschwätz mit einer durch und durch rechten Politik zu versöhnen. Mit ihr kann man auf bestimmten Strömungen unter der linken Intelligenz großartig schwimmen. Das wird der Kommunistische Bund (Nord), und das kann er auch ganz gut.

Was hat er sich nicht darüber lustig gemacht, daß der KBW die Fortsetzung des Kampfes gegen den § 218 für eine aktuelle Aufgabe des Klassenkampfes hält. Jetzt räumt er in einer Anzeige für eine Broschüre gegen den KBW verschämt ein, daß die Bewegung gegen den Paragraphen 218 „im vergangenen Jahr einen merklichen Aufschwung nahm". Gleichzeitig druckt er eine Karikatur ab, wo ein alleingelassener KBW-ler mit einem Schild für Volksentscheid hinter einer Massendemonstration für die Forderung „Weg mit dem § 218!" herrennt. Ist das nicht großartig? Ein Jahr lang daherreden, die Bewegung gegen den § 218 sei durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts in die Resignation getrieben worden, um dann als Massendemonstration vorneweg zu marschieren. In der Karikatur mag das angehen, aber in der Wirklichkeit sieht es halt anders aus.

Und in der Wirklichkeit geht der Kommunistische Bund (Nord) auch in dieser Frage weiter nach rechts, in Richtung DKP und Sozialdemokratie. Er hat jetzt herausgefunden, daß die Forderung nach „ersatzloser Streichung des § 218", deren Verankerung unter den Massen überhaupt die Grundlage des „merkbaren Aufschwungs" der Bewegung bildet, „eine falsche Forderung" ist. Stattdessen müsse man die Legalisierung der Abtreibung fordern. Das ist ungefähr so, als trete man nicht gegen die Einschränkungen der Organisationsfreiheit auf, sondern für die Legalisierung der Organisationsfreiheit, als wolle man nicht die Einschränkungen der politischen Freiheiten beseitigen, sondern diese Freiheiten durch den bürgerlichen Staat im Einzelnen garantiert bekommen. Eine seltsame Auffassung des bürgerlichen Staates.

Die Bewegung gegen den Paragraphen 218 tritt ein für die ersatzlose Streichung des **Strafparagraphen** 218. Wo will der Kommunistische Bund (Nord) die Abtreibung legalisieren, wenn er gegen die ersatzlose Streichung ist? Im Strafgesetzbuch? Gerade das muß man vermuten, schreibt er doch, das deutlichste Beispiel für die Aufrechterhaltung, Entrechtung und Entmündigung der arbeitenden Frau „ist das Verbot der 1974 im Bundestag verabschiedeten Fristenregelung des § 218 und damit die Beibehaltung des jahrhundertealten Abtreibungsverbots". Und die Fristenregelung selber? Bedeutete sie etwa nicht ebenfalls die Aufrechterhaltung des Abtreibungsverbots und war sie nicht gerade zu diesem Zweck durch die Bundestagsmehrheit verabschiedet worden?

Kampf um Demokratie oder für liberale Reformen?

Tatsache ist, daß der Kampf gegen den Paragraphen 218 seine Triebkraft gerade aus der prinzipiellen, demokratischen Ablehnung jeder bürokratischen Schikane gegenüber Abtreibungen und gegenüber jeder strafrechtlichen Verfolgung von seiten des bürgerlichen Staates gezogen hat. Tatsache ist, daß sich die Bewegung gegen den Paragraphen 218 gerade in dem Maße entfaltet hat, wie sie sich von allen Hoffnungen auf den bürgerlichen Staat befreit hat. Damit will der „Arbeiterkampf" jetzt Schluß machen. Den Komitees wirft er vor, daß sie nicht bereit sind, irgendwelche Abstriche von der Forderung nach ersatzloser Streichung des Paragraphen 218 zu machen. Diese „spalterische" Haltung würde angeblich die Breite des Bündnisses einengen. Bündnis für was? Man kann kein Bündnis schließen zwischen denen, die für die Beseitigung des § 218 auftreten, und jenen, die für seine Aufrechterhaltung eintreten, und sei es in der Form der Fristenlösung. Man muß den Einfluß solcher gemäßigter, sozialdemokratischer und revisionistischer Befürworter des Paragraphen 218 unter den Massen schonungslos bekämpfen, wenn man die Bewegung gegen den Paragraphen 218 nicht gespalten lassen will. Denn sie ist durch die Reformisten und Revisionisten gepalten und wird nicht durch die Forderung nach ersatzloser Streichung gespalten.

Der Vorwurf der Spaltung der Bewegung gegen den Paragraphen 218 durch die Komitees, weil sie auf der Forderung nach ersatzloser Streichung des Paragraphen bestehen, eröffnet dem „Arbeiterkampf" ganz neue Möglichkeiten der Anpassung an die Sozialdemokratie und den Revisionismus. Spaltung wird es ja wohl in Zukunft auch sein, wenn man die Aufhebung des KPD-Verbots fordert statt seiner Liberalisierung. Spaltung wird es sein, wenn man nicht bereit ist, den Kampf gegen den Radikalenerlaß auf Grundlage der Behauptung der eigenen Verfassungstreue, sondern der Forderung nach freier politischer Betätigung im öffentlichen Dienst zu führen. Spaltung ist also, wenn man den Kampf um Demokratie führt und nicht für Liberalisierung. Spaltung ist, wenn man es ablehnt, im Kampf um Demokratie an Reformismus und Revisionismus Abstriche zu machen.

Es ist gut, daß der „Arbeiterkampf" herausläßt, wo er hinwill. Spätestens bei den Bundestagswahlen wird man ihn wieder an der Seite der SPD finden, und seine einzige Kritik an der DKP wird darin bestehen, daß sie durch eigene Kandidaten der SPD entscheidende Prozentteile abzunehmen Gefahr läuft. Wie 1972 wird dadurch der linke Lack einige Kratzer bekommen. Früher oder später wird der Lack ab sein, was freilich nicht heißen muß, daß der Kommunistische Bund (Nord) dann bedeutungslos sein wird. Wer will behaupten, daß der Einfluß von Reformismus und Revisionismus bedeutungslos wären? Ihr Einfluß ist so groß, daß er im Kommunistischen Bund (Nord) immer spürbarer wird. – (js)

Höhepunkt oder Gipfel?

„Genosse Lenze als Zeuge im Oellerer-Prozeß. Das war der bisherige Höhepunkt im Prozeß gegen den Genossen und ehemaligen Gefreiten der Bundeswehr, Klaus Oellerer", schreibt die „Rote Fahne" in ihrer Ausgabe vom 28. Januar. Auch wir haben den Auftritt des ZK-Mitgliedes der Gruppe Rote Fahne als einen gewissen Höhepunkt in den Irrungen und Wirrungen der Gruppe Rote Fahne betrachtet und ihm in der letzten Nummer der KVZ einen Artikel gewidmet. Den Gipfel dieses Auftritts enthüllt jedoch erst jetzt die Rote Fahne selber. Lenze trat in dem Prozeß bekanntlich für die Stärkung der imperialistischen Bundeswehr ein. Zur Revolution hat sich Lenze jedoch ebenfalls geäußert, und zwar folgendermaßen:

„Langfristig aber wird in der Revolution mit der Zerschlagung des kapitalistischen Staatsapparates auch die imperialistische Armee aufgelöst werden und an ihre Stelle die Volksarmee gesetzt werden." Ist das die Stärkung der imperialistischen Armee nicht ein bißchen weit getrieben, wenn sie sogar bis zu der Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates aufrechterhalten bleiben soll, um dann „aufgelöst" zu werden? Man hat das wohl so zu verstehen: Die imperialistische Armee sichert die „Unabhängigkeit und Einheit gegenüber den Supermächten", bis dann der bürgerliche Staatsapparat zerschlagen worden ist. Dann kann die imperialistische Armee als Schutzinstrument gegen die Supermächte aufgelöst und an ihre Stelle die Volksarmee gesetzt werden. Wie der bürgerliche Staatsapparat zerschlagen werden soll ohne vorherige Zersetzung der imperialistischen Armee und ohne Zerschlagung der imperialistischen Armee als Kernstück des Staatsapparates, das kann nur dem ein Rätsel bleiben, der die Revolution nur noch als Phrase im Mund führt. Höhepunkt des Prozesses oder Gipfel der Verdrehung marxistisch-leninistischer Grundsätze?

Bürgerliche Auffassungen zurückgewiesen

Am 30. Januar fand in Krefeld eine Veranstaltung statt, in deren Zentrum die zwei völlig entgegengesetzten Linien im Kampf gegen Imperialismus, Hegemonismus und Kriegsgefahr standen. An ihr nahmen 40 Revolutionäre teil, darunter Mitglieder und Vertreter der Gruppe Roter Morgen und Gruppe Rote Fahne. In einer Resolution wurde am Ende der Veranstaltung von der Mehrheit der Versammelten (23 Ja-Stimmen, 8 Gegenstimmen, 8 Enthaltungen) jede Gemeinsamkeit mit der westdeutschen Bourgeoisie abgelehnt, wurde erklärt, es das nächste Aufgabe ist, die proletarische Revolution vorzubereiten, daß dafür wie auch im Kampf gegen die Kriegsgefahr der Kampf gegen die Bourgeoisie entscheidendes Kettenglied ist. Die acht Enthaltungen zeigen, daß wir bisher diese Auseinandersetzung vernachlässigt haben und bewußt fortsetzen müssen. Bei der Abstimmung waren Gruppe Roter Morgen und Gruppe Rote Fahne jedoch auf sich selber bezogen. Die einen wegen ihrer Unterwerfung unter die westdeutsche Bourgeoisie und Packelei mit dem US-Imperialismus, die anderen wegen ihrer Ablehnung des Kampfes um Demokratie.

Diese Veranstaltung haben wir auch deshalb durchgeführt, weil diese bürgerlichen Auffassungen durch einen Genossen in die Kommunistische Schülergruppe hineingetragen wurden. Die Erklärung und Auffassungen dieses Genossen hatte die Gruppe Rote Fahne in ihrem Zentralorgan veröffentlicht und einfach behauptet, ihre Auffassungen seien die der Kommunistischen Schülergruppe Krefeld. Tatsächlich hatte der Genosse versucht, durch einen Putsch der Kommunistischen Schülergruppe seine Auffassungen aufzuzwingen. Auf einer außerordentlichen Mitgliederversammlung der Kommunistischen Schülergruppe mußte der Genosse einstimmig bei seiner Gegenstimme ausgeschlossen werden, weil er weder seine falschen Auffassungen ändern noch seinen Putsch kritisieren wollte. (Diese Mitgliederversammlung fand übrigens zeitlich vor der Veröffentlichung des Dokuments in der „Roten Fahne" statt.) Eine Linie, die der Bourgeoisie dient, kann sich nur mit bürgerlichen Mitteln durchs Leben schlagen. Die Gruppe Rote Fahne hat eine dreiviertel Seite ihres Zentralorgans für eine Lüge verwandt. – (Kommunistische Gruppe Krefeld)

KPD-Verbotsurteil von 1956

Ein Leitfaden der westdeutschen Reaktion

Das KPD-Verbotsurteil des Bundesverfassungsgerichts von 1956 ist seit 20 Jahren juristischer Stützpfeiler der Reaktion in der Bundesrepublik. Erst jüngstens wurde es wieder ausdrücklich bestätigt durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts über die Beschlagnahme eines Programmentwurfs der verbotenen KPD von 1968. Die Veröffentlichung eines solchen Entwurfs – so heißt es in dem neuen Urteil - sei unabhängig von seinem Inhalt schon deshalb unzulässig und verboten, weil die KPD durch den Spruch von 1956 ein für allemal aufgelöst worden sei.

Mit dem Verbot der Kommunistischen Partei sollte ein für allemal jeglicher Kampf für die Interessen und Ziele der Arbeiterklasse verboten werden. Eine Handvoll oberster Richter hatte den Klassenkampf der Ausgebeuteten und Unterdrückten für unvereinbar mit der „freiheitlich-demokratischen Ordnung im Sinne des Grundgesetzes" und deshalb für unzulässig erklärt und die Anerkennung der bestehenden Zustände zur staatsbürgerlichen Pflicht erhoben. – Das hohe Gericht hat den Klassenkampf und den Kommunismus nicht verbieten können. Aber es hat mit dem KPD-Verbotsurteil einen Leitfaden der politischen Reaktion in Westdeutschland verfaßt. Keine Maßnahme der Reaktion, bei der nicht auf die Grundsätze dieses Urteils zurückgegriffen würde.

Das Urteil begründet das Verbot der KPD mit der in Art. 21, Absatz 2 des Grundgesetzes verankerten Pflicht zur Verteidigung der freiheitlich-demokratischen Ordnung gegen solche Parteien, welche die „obersten Grundsätze der freiheitlichen Demokratie" nicht anerkennen, sondern bekämpfen. Dieses Bekenntnis zur „streitbaren Demokratie", die ihre Gegner nicht gewähren läßt, sondern bekämpft, sei Ergebnis der Erfahrungen in der Weimarer Republik und mit dem Faschismus. Man kann dieses Bekenntnis heute aus dem Munde der Politiker aller bürgerlichen Parteien hören, in ständig wiederholten Variationen des Satzes: Keine Freiheit für die Feinde der Freiheit. Es ist zum Feldzeichen der Reaktion in Westdeutschland geworden.

Freiheit für die Ausbeuter

Wenn man verstehen will, wie das möglich ist, muß man sich fragen, warum die Verfassungsrichter so ein großes Gewicht darauf legen, daß die Demokratie unbedingt eine „freiheitliche" sein muß. Sie warnen: „Wenn man einmal den Begriff der Demokratie aus seiner Verbindung mit dem liberal-rechtsstaatlichen Gedanken gelöst hat, läßt sich schließlich für **jede** Art von Repräsentation, sogar für die durch einen im Wege der Akklamation von den Volksmassen bestätigten ‚Führer', noch die Bezeichnung ‚Demokratie' in einem formalen Sinn in Anspruch nehmen." (KPD-Prozeß, Dokumentarwerk, Bd. 3, S. 641). Der Begriff der Demokratie bedeutet nichts anderes als Volksherrschaft. Und dieser Begriff läßt sich keineswegs für jede Art von Repräsentation in Anspruch nehmen, sondern nur für eine solche politische Ordnung, in der das Volk tatsächlich und in seiner ganzen Masse direkt an der Ausübung der Herrschaft beteiligt ist. Der „liberal-rechtsstaatliche Gedanke", den die Verfassungsrichter unbedingt mit dem Begriff der Demokratie zusammenbringen wollen, bedeutet, daß der Volksherrschaft bzw. Demokratie Grenzen gesetzt werden, die sie nicht überschreiten darf. Grenzen, die begründet werden mit der Freiheit des einzelnen, die nicht verletzt werden dürfe.

Wenn sich eine Demokratie „freiheitliche" nennt, dann kann man davon ausgehen, daß es sich um eine politische Ordnung handelt, die darauf zielt, den reichen Ausbeutern Freiheit von der Volksherrschaft, Freiheit von der Demokratie zu garantieren und stattdessen ihre Herrschaft über das Volk zu sichern. Die „obersten Grundsätze der freiheitlichen Demokratie" im Sinne des Grundgesetzes und ihre Auslegung durch das KPD-Verbotsurteil atmen denn auch nichts als Furcht vor der Volksherrschaft.

Als ersten dieser Grundsätze führt das Urteil an: „Die Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten, vor allem vor dem Recht der Persönlichkeit auf Leben und freie Entfaltung" (S. 612). Das wird von den Verfassungsrichtern erläutert: „In der freiheitlichen Demokratie ist die Würde des Menschen der oberste Wert. Sie ist unantastbar, vom Staate zu achten und zu schützen" (S. 646). Nun ist „der Mensch" nirgends anzutreffen. Er ist in der kapitalistischen Gesellschaft entweder Kapitalist oder Arbeiter, Ausbeuter oder Ausgebeuteter. Des einen Entfaltung ist des anderen Aussaugung. Ihre Interessen sind ganz und gar gegensätzlich. Der Ausgebeutete kann seine Würde nur gewinnen, wenn er den Ausbeuter schlägt und seine Lohnknechtschaft beseitigt. Halt! sagen da die Richter. Das ist unvereinbar mit der Wahrung der Würde des Kapitalisten. Da muß der Staat sich schützend dazwischen legen: „Der Mensch ... (ist nicht) durch seine Klassenlage eindeutig determiniert .... Er wird vielmehr als fähig angesehen, und es wird ihm demgemäß abgefordert, seine Interessen und Ideen mit denen der anderen auszugleichen." Das ist zum Ausgebeuteten gesprochen, der sich befreien will und dem „abgefordert" wird von der „freiheitlichen Demokratie", seine Interessen mit denen seines Ausbeuters „auszugleichen".

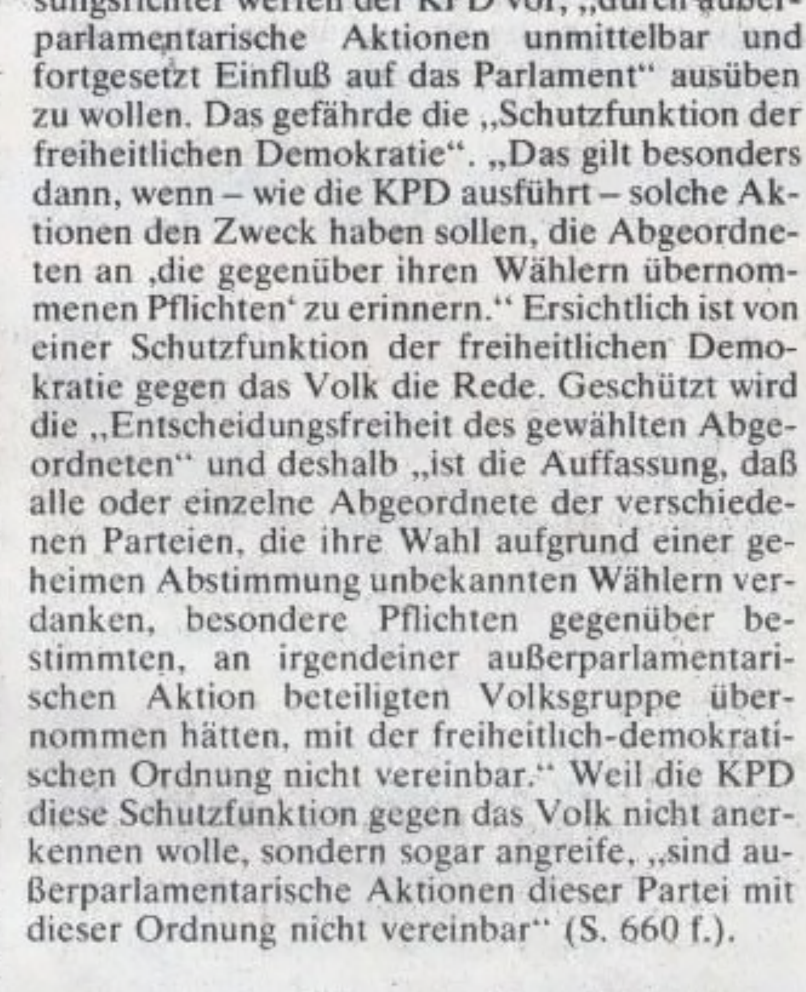
Zum Kapitalisten hin heißt es: „Um seiner Würde willen muß ihm eine möglichst weitgehende Entfaltung seiner Persönlichkeit gesichert werden." Entfaltung der Persönlichkeit des Kapitalisten, das bedeutet Vermehrung der fremden Arbeit, über die er gebietet, Vergrößerung seines Arbeiterheeres, Erhöhung von dessen Auspressung. Dafür macht sich die „freiheitliche Demokratie" stark. „Unterdrückung", so urteilen die Richter, „ wäre in der freiheitlichen Demokratie nur in Staatsmaßnahmen zu erblicken, die nach vernünftigen ... Maßstäben eine Vergewaltigung des Einzelnen darstellen, also seine Freiheit oder sein Recht auf Gleichbehandlung mit anderen in einer unzumutbaren Weise verletzen würden." Unterdrückung wäre demnach eine Staatsmaßnahme, die dem Kapitalisten die Produktionsmittel wegnähme und seine Freiheit, fremde Arbeitskraft auszubeuten, verletzen würde. Da solche Staatsmaßnahmen nur die Kapitalisten treffen würden – andere besitzen keine Produktionsmittel – wäre zugleich das „Recht auf Gleichbehandlung" vergewaltigt. Vor derartigem Unbill die besitzenden Klassen zu schützen, das ist die Aufgabe der „freiheitlichen Demokratie".

Gegen die Konzentration der Macht in den Händen des Volkes

Ein weiterer „oberster Grundsatz der freiheitlichen Demokratie" ist die Gewaltenteilung. Das KPD-Verbotsurteil klagt die KPD an, sie erstrebe „die Zerbrechung der bürgerlichen Staatsmaschine". Das solle „im wesentlichen folgende Punkte umfassen: ‚Aufhebung des unabsetzbaren Berufsbeamtentums und dafür die Einsetzung jederzeit wählbarer und absetzbarer Staatsfunktionäre'; ‚Beseitigung der Trennung der gewählten Abgeordneten vom Volk ... Möglichkeit der Abberufbarkeit der Abgeordneten von ihren Wählern'; Aufhebung der Trennung von Legislative und Exekutive." Das hohe Gericht befindet: „Allen diesen Forderungen liegt letztlich der Gedanke der absoluten Konzentration der Staatsmacht zugrunde, also die Beseitigung der Gewaltenteilung im Sinne der freiheitlichen Demokratie." Das hohe Gericht hat völlig recht. Es geht tatsächlich um die „absolute Konzentration der Staatsmacht", nämlich in den Händen der Arbeiterklasse und des Volkes.



Insgesamt mehrere Hundertschaften Polizei werden Woche für Woche darauf angesetzt, die kommunistische Propaganda aus der Öffentlichkeit der Straßen und Plätze zu verdrängen. Besonders in Zeiten des Wahlkampfes nehmen die Polizeiüberfälle auf Zeitungsverkäufer, Wandzeitungen und Büchertische an Brutalität zu und werden systematisch durchgeführt. Das Bild zeigt eine solche Aktion in Mannheim.



Während es bei der „Gewaltenteilung im Sinne der freiheitlichen Demokratie" darum geht, dem Volk, das angeblich der Souverän ist, alle Macht abzuschwindeln und auf verschiedene vom Volk unabhängige Staatsorgane zu verteilen.

Außerparlamentarische Aktionen verboten

Da sind einmal die Parlamente. Die Verfassungsrichter werfen der KPD vor, „durch außerparlamentarische Aktionen unmittelbar und fortgesetzt Einfluß auf das Parlament" ausüben zu wollen. Das gefährde die „Schutzfunktion der freiheitlichen Demokratie". „Das gilt besonders dann, wenn – wie die KPD ausführt – solche Aktionen den Zweck haben sollen, die Abgeordneten an ‚die gegenüber ihren Wählern übernommenen Pflichten' zu erinnern." Ersichtlich ist von einer Schutzfunktion der freiheitlichen Demokratie gegen das Volk die Rede. Geschützt wird die „Entscheidungsfreiheit des gewählten Abgeordneten" und deshalb „ist die Auffassung, daß alle oder einzelne Abgeordnete der verschiedenen Parteien, die ihre Wahl aufgrund einer geheimen Abstimmung unbekannten Wählern verdanken, besondere Pflichten gegenüber bestimmten, an irgendeiner außerparlamentarischen Aktion beteiligten Volksgruppe übernommen hätten, mit der freiheitlich-demokratischen Ordnung nicht vereinbar." Weil die KPD diese Schutzfunktion gegen das Volk nicht anerkennen wolle, sondern sogar angreife, „sind außerparlamentarische Aktionen dieser Partei mit dieser Ordnung nicht vereinbar" (S. 660 f.).

Gerichte als Hüter der Reaktion

Das gleiche mit der Unabhängigkeit der Gerichte: Das KPD-Verbotsurteil erklärt sie für notwendig zwecks „Vermeidung übermäßiger Machtkonzentration an einer Stelle im Staat." Gemeint ist, daß die „im Namen des Volkes" herrschende Ausbeuterklasse sich noch eine zusätzliche, vollkommen dem Einfluß des Volkswillens entzogene Instanz geschaffen hat, eine Instanz, die so vollständig undemokratisch ist, daß sie von den Ausbeutern nicht genug als unabhängig gelobt werden kann. Die Gerichte, insbesondere das oberste, das Bundesverfassungsgericht, dienen der herrschenden Ausbeuterklasse als letzter Bremsklotz, falls unter dem Druck der Volksmassen die Abgeordneten in den Parlamenten einen Schritt zurückweichen. Mit dem § 218 ist das eben vorexerziert worden. Oder sie werden eingesetzt als Organe der Reaktion jenseits des Parteienstreits wie mit dem KPD-Verbotsurteil selber. In Bezug auf das größte Heiligtum, das kapitalistische Eigentum enthält das Grundgesetz sogar ausdrücklich die Bestimmung, daß jede Enteignung, auch eine vom Parlament per Gesetz beschlossene, vom obersten Gericht als Hort der Reaktion bestätigt werden muß.

Das Urteil stellt aber nicht nur klar, daß die Staatsorgane vor dem Einfluß des Volkes geschützt werden müssen, damit mittels dieser Staatsorgane die Ausbeuterordnung geschützt werden kann und die Reichen nicht die Schrekken der Volksherrschaft erleiden müssen. Es bestimmt ausdrücklich: „Die staatliche Ordnung der freiheitlichen Demokratie muß ... systematisch auf die Aufgabe der Anpassung und Verbesserung und des sozialen Kompromisses angelegt sein." (S. 643). Verboten ist, eine Staatsordnung anzustreben, in der das Volk unter Führung der Arbeiterklasse nicht den Ausgleich mit seinen Ausbeutern anstrebt, sondern diese niederwirft und unterdrückt: „Die Diktatur des Proletariats ist mit der freiheitlichen demokratischen Ordnung unvereinbar." (S. 641). Denn das wäre – wie die Richter erklären – „ein Staat, der nicht gleichmäßige Förderung des Wohles seiner Bürger erstrebt" (S. (638), sondern einen Unterschied macht zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten und die Herrschaft der Ausgebeuteten über die Ausbeuter herstellt.

Sogar Parteien sind unzulässig, die „ausdrücklich und bewußt nur den Interessen **einer** Klasse, der Arbeiterklasse, dienen." Zulässig sind nur Parteien, die „davon ausgehen, daß erst aus dem Zusammenwirken und dem Ausgleich der politischen Kräfte und Ideen der maßgebende Volkswille sich bildet." Zulässig sind also nur Parteien, welche – wenn sie erklären, Arbeiterinteressen vertreten zu wollen – die prinzipielle Existenzberechtigung der Kapitalistenklasse und damit der Ausbeutung der Lohnarbeit anerkennen.

Klassenpartei der Arbeiter verboten

Die „freiheitliche Demokratie", welche streitbar vom Verfassungsgericht geschützt wird, gibt sich zu erkennen als Diktatur der bürgerlichen Klasse, als Staatsordnung, welche das Privateigentum an den Produktionsmitteln und die Ausbeutung der Lohnarbeit durch das Kapital schützt, indem sie der Herrschaft des Volkes tausend Hindernisse in den Weg stellt und höchstrichterlich befindet: „Allerdings lehnt die freiheitliche Demokratie es ab, den wirtschaftlichen Tatbestand der Lohnarbeit im Dienste privater Unternehmer als solchen allgemein als Ausbeutung zu kennzeichnen" (S. 647). Ausdrücklich wird der Schutz der bestehenden kapitalistischen Produktionsverhältnisse als Zweck des Staates proklamiert: „Diese freiheitliche demokratische Ordnung nimmt die bestehenden, historisch gewordenen staatlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse und die Denk- und Verhaltensweisen der Menschen zunächst als gegeben hin." (S. 642)

Der Marxismus-Leninismus läßt sich nicht verbieten

Das KPD-Verbotsurteil ist ein Leitfaden der Reaktion. Auf Schritt und Tritt ist ihm die Furcht vor dem Volk, vor der Revolution und vor dem Marxismus-Leninismus als revolutionärer Theorie anzumerken. An einer Stelle bringen die Verfassungsrichter dieses ihr treibendes Motiv gut zum Ausdruck. Nachdem sie über kommunistische Propaganda gehandelt haben, schreiben sie: „Die besondere Gefährdung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung durch diese zersetzende Propaganda ergibt sich daraus, daß der in der freiheitlichen Demokratie als Ergebnis gegenseitiger Toleranz und freier Diskussion aller politischen Fragen scheinbar herrschenden ‚Ziellosigkeit' ein angeblich auf eindeutige wissenschaftliche Erkenntnis begründetes geschlossenes System der Weltorientierung gegenübergestellt wird, das für alle noch so komplizierten ökonomischen und politischen Fragen klare Antworten bereit hält und damit gerade den anspricht, dem diese Sachverhalte sonst schwer durchschaubar sind." Die alten Reaktionäre geben so zu verstehen: Wir haben nichts mehr zu sagen, was den Leuten einleuchtet, wir können nur noch Verwirrung stiften und das als freie Diskussion ausgeben. Störend ist dabei, daß der Marxismus-Leninismus was zu sagen hat und das Allerschlimmste ist, daß die „einfachsten Leute" damit „Sachverhalte" durchschauen lernen, die ihnen sonst verschlossen sind. Vor allem den Sachverhalt, wie die Kapitalisten und ihr Anhang es anstellen, von ihrer Arbeit ausgezeichnet zu leben. Die Schlußfolgerung der alten Reaktionäre: Der Marxismus-Leninismus muß verboten werden! Schon die „interne Mitgliederschulung in den grundsätzlichen programmatischen Lehren und Zielen des Marxismus-Leninismus (führt) notwendig und gewollt zur Beeinträchtigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung." (S. 649)

Die alten Reaktionäre sind mit ihrem Ausrottungsplan gegen den Marxismus-Leninismus und ihrem Verbot des Klassenkampfes gescheitert. Der Marxismus-Leninismus hat in Westdeutschland wieder festen Fuß gefaßt und gewinnt weiter an Boden. Aber das im KPD-Verbotsurteil versammelte Waffenarsenal der Reaktion ist bis heute geltendes Recht und wird bei jeder Gelegenheit herangezogen. Darum ist es notwendig, im Kampf gegen die Reaktion die Forderung „Weg mit dem KPD-Verbot!" zu erheben. – (wm)

Wie die Bourgeoisie versuchte, an den Hochschulen eine „politische Tendenzwende“ zu erreichen

Lautstark verkündeten die bürgerlichen Politiker und ihre Presse in den letzten Jahren, es sei zu einer „politischen Tendenzwende" an den Hochschulen gekommen. Sie gaben damit ihrer Hoffnung Ausdruck, daß die Masse der Studenten sich dem Joch der bürgerlichen Ideologie und Wissenschaft unterwerfen und sich bereitwillig zu Funktionären der herrschenden Klasse und ihres Staates ausbilden lassen werde. Worauf diese Hoffnung fußte, soll im folgenden erläutert werden.

Spätestens seit den Aktionstagen der VDS im Dezember, in denen tausende von Studenten ihren Protest gegen Zwang und Unterdrückung, gegen die miserable Ausbildung und die vielfältigen Angriffe auf ihre materiellen Lebensbedingungen auf die Straße trugen, ist offenkundig: von einer politischen Tendenzwende, wie von den bürgerlichen Politikern erhofft, kann keine Rede sein. Im Gegenteil: die fortschrittliche Bewegung unter den Studenten befindet sich in einem Neuaufschwung und die bürgerlichen Politiker mußten dies in den vergangenen Wochen am eigenen Leibe erleben. Ob Kohl, Hassel und Amerongen in Freiburg, Leber in Münster, Eppler in Heidelberg; sie alle konnten ihr reaktionäres Gedankenzeug – wenn überhaupt – meist nur mit Hilfe der Polizei abladen.

Investitionen in die „politische Tendenzwende"

Es gibt, betrachtet man die wirkliche Entwicklung der Situation der Studentenmassen, auch keinen Grund, warum sie sich in den letzten Jahren um die Fahne der Verteidigung des bürgerlichen Eigentums und der kapitalistischen Ausbeuterordnung hätten zusammenschließen sollen. Und in dieser wirklichen Entwicklung kann die Hoffnung der bürgerlichen Politiker auf die „politische Tendenzwende" ihre Nahrung daher auch nicht finden.

Vielmehr hat sich ihre Hoffnung darauf gestützt, daß die bürgerliche Ideologie unter den Studenten an Boden gewinnt, wenn man finanziell reichlich ausgestattete und in bürgerlichen Doktrinen geschulte Studentengruppen als Kader der Bourgeoisie an den Hochschulen tätig werden läßt.

So entstanden an den Hochschulen in den letzten Jahren allerlei studentische Hochschulgruppen, die nicht direkt im Namen einer der bürgerlichen Parteien, sondern als „überparteilich" auftraten. Nicht die Vertretung der Interessen der CDU/CSU, FDP oder SPD hatten sie auf ihre Fahnen geschrieben, sondern die Vertretung des „Rechtsstaates", des „Grundgesetzes", der „Marktwirtschaft". Um nur einige zu nennen: Die „Studenten fürs Grundgesetz" in Kiel, die Gruppe „Rechtsstaat in der Universität" in Freiburg, die „Aktion Demokratische Hochschule" in Heidelberg, die „Unabhängige Mitte" in Trier.

Daß die Entstehung dieser Gruppen nicht einem Bedürfnis der Studentenmassen, sondern dem Interesse der Kapitalisten und ihrer Politiker entsprang, deckten die Genossen der Kommunistischen Hochschulgruppe Heidelberg bereits 1973 auf. In einem Informationsblatt zur „Aktion Demokratische Hochschule" veröffentlichten sie einen Brief des Geschäftsführers der Heidelberger Baufirma Grimmig an ein Mitglied der Familie Engelhorn, die 100 % der Aktien der Fa. Boehringer in Mannheim besitzt. Folgendes Anliegen trug der Geschäftsleiter in seinem Brief vor:

„Die Entwicklung der Gruppe ADH ist sehr erfreulich, Sie wissen ja, daß diese kleine Gruppe auf Anhieb 6 Sitze im Großen Senat bekommen hat und damit das ‚Zünglein an der Waage' wurde. Nur mit den ADH-Leuten war es möglich, 2 Prorektoren zu wählen, die eindeutig nicht ‚links' sind ... Weite Teile der Leute, die mit der Universität zu tun haben, waren glücklich, daß endlich eine Gruppe da ist, die gegenüber den Infiltrationen der ‚Linken' Widerstand leistet. ... Wir sind mit der ADH nur deshalb so gut weitergekommen, weil wir einen Geschäftsführer hauptamtlich eingestellt haben und auch fest bezahlen. ... Für die Schulung unserer Leute wird z.B. im Augenblick ein 10tägiges Seminar abgehalten, wo den jungen Mitgliedern der ADH (zu denen der Sohn des Kapitalistensprechers Schleyer gehört, e.r.) *und anderen Gruppen an anderen Universitäten, die ähnlich ausgerichtet sind, das Rüstzeug für Diskussionen usw. mitgegeben wird. ... Wenn sich z.B. ihre Firma entschließen würde, bis auf Widerruf monatlich 2000 DM zur Verfügung zu stellen, könnte damit der Grundstein für die Arbeit an den Oberschulen und Gymnasien gelegt werden."*

Abschließend stellte er fest: *„Nichts zu tun, und solchen spärlichen Pflänzchen, die sich endlich beginnen zu regen und Widerstand leisten, nicht unserer aller Hilfe zu geben, würde bedeuten, daß wir bereit sind, unser Gesellschaftssystem ohne großen Widerstand zu opfern."*

Gesammelt wuren diese Gelder für die ADH und ähnlich ausgerichtete Gruppen durch einen „Verein zur Förderung des Demokratischen Gedankens" in Stuttgart, über welchen die ADH im Sommersemester 72 8.800 DM allein von der Sektfirma Henkel kassierte (Kommunistische Hochschulzeitung Heidelberg, 10.12.75).

Diese Selbsthilfeorganisation der Kapitalisten zur Pflege der „spärlichen Pflänzchen" und zur Herbeiführung einer „politischen Tendenzwende" wurde mit Beginn des Jahres 74 weiter ausgebaut und offensichtlich auf nationale Beine gestellt.

Am 31.1.74 wurde in Bonn die „Arbeitsgemeinschaft Akademischer Verbände" gegründet, die sich laut Satzung die Aufgabe gestellt hat, Bestrebungen zur staatsbürgerlichen Bildung der Studenten zu unterstützen. Vorsitzender dieser Arbeitsgemeinschaft ist ein pensionierter Oberstaatsanwalt namens Ernst Kirschbaum, 2. Vorsitzender ist der Ministerialrat Dr. Eckart Busch, der im Bereich der Enquettekommission und Verfassungsreform des Bundestages arbeitet. Zu den Gründungsmitgliedern gehören sodann weitere „Persönlichkeiten" aus dem Bereich von Wirtschaft und Verwaltung.

Lassen wir die Gründungsväter selbst erzählen

Welche Aufgaben verfolgt diese Arbeitsgemeinschaft, die teilweise über das Deutsche Industrieinstitut (einer Institution der Kapitalistenverbände) finanziert wird.

Genossen des Kommunistischen Studentenbundes Trier haben den 1. und 2. Vorsitzenden dieser Arbeitsgemeinschaft telefonisch interviewt (siehe Kasten).

Fazit: Vertreter aller bürgerlichen Parteien, Ministerien, Kapitalisten und Korporationsverbände (Burschenschaften bzw. Verbindungen) haben diese Arbeitsgemeinschaft in Bonn gegründet, um so über „unabhängige" Studentengruppen Einfluß auf die Studentenmassen zu gewinnen. Finanziert wird dies über die Kapitalisten (z.B. Deutsches Industrieinstitut) und die öffentliche Hand (Länderministerien). Bezeichnen muß man dies als ein Programm zur Ausbildung bürgerlichen Kadernachwuchses an der Universität. Daß sich die Bürgerlichen zur Herbeiführung einer „Tendenzwende" auf ein gemeinsames Vorgehen an den Hochschulen einigten, und „überparteiliche" Studentengruppen aus der Taufe gehoben haben, zeigt, daß sie wissen, welches geringe Ansehen die bürgerlichen Parteien unter den Studenten haben und weiterhin, daß die Große Koalition der Unterdrückung und „inneren Sicherheit" auch im Bereich der Hochschulpolitik existiert. Über die Stoßrichtung dieser Gruppierungen erfährt man im Schulungsmaterial der Arbeitsgemeinschaft Akademische Verbände, man müsse sich *„zu begründetem Antikommunismus bekennen"* (Arbeitspapier 20).

„Überparteilich" und „kritisch rational"

„Überparteilich" und „kritisch rational"

Das geringe Ansehen der bürgerlichen Parteien unter den Studenten liegt auf der Hand: Ob man ein CDU Land wie Baden-Württemberg oder ein SPD Land wie Bremen nimmt, darin gleichen sich diese Landesregierungen wie Hühnereier, daß sie die Studenten über Mensapreise, Fahrpreise, Ersatzgelder, Wohnheimmieten ausplündern, die Studienbedingungen verschlechtern, und zur Durchsetzung dieser Maßnahmen die Interessenvertretungen der Studenten zerschlagen (z.B. Absetzung des AStA in Mainz und Marburg) und mit Hilfe der Polizei und des Ordnungsrechts die Universitäten in zivile Zuchthäuser, in denen nur noch das Einmaleins der Ausbeutung und Unterdrückung gelehrt und gelernt wird, verwandeln wollen.

Über all dem trohnt, daß es die SPD/FDP-Regierung war, die den Studenten scharf die Ausbildungsförderung kürzte, so daß man davon heute kaum mehr einen Hund unterhalten kann.

Mehr Ansehen als die bürgerlichen Parteien, so die Rechnung dieser Herren, genießt aber die bürgerliche Wissenschaft unter den Studenten, und im Namen dieser Wissenschaft treten diese „überparteilichen" Studentengruppen daher auf.

Zitieren wir dazu eine Selbstdarstellung der „Unabhängigen Mitte" Trier. *„Sie – die UM – nennt sich* ***unabhängig,*** *da sie sich weder an politischen Organisationen oder Parteien und deren ideologischer Fixierung orientiert, noch der verlängerte Arm übergeordneter Gruppierungen zu sein gedenkt."* Richtig, wie aus dem bisherigen deutlich wurde, ist, daß diese Studentengruppen nicht „der verlängerte Arm übergeordneter Gruppierungen", sondern die studentischen Marionetten der Bourgeoisie, die studentische Speerspitze der Reaktion an der Universität sind. Gekaufte Studenten, wo sie nicht der elterliche Besitz, der ihnen eine Kapitalistenzukunft garantiert, direkt zu Vertretern der herrschenden Klasse an den Universitäten werden läßt.

Sodann heißt es in der Selbstdarstellung weiter: *„Unabhängig heißt weiter die Verfolgung bestimmter Ziele, die auf der Basis von selbständigen Wertentscheidungen als solche erkannt und angenommen wurden. Hieran ist zu erkennen, daß* ***unabhängig*** *nicht heißen kann, frei von jeglichen sozialen Beziehungen zu sein, sondern daß dieser Begriff die ständige Bemühung um die Analyse dieser Beziehungen daran anschließend deren Kritik und Verbesserung bedeutet. Dies kann aber nach Meinung der ‚Unabhängigen Mitte' nur der kritische Rationalismus leisten."*

Der „kritische Rationalismus", in dessen Name diese „überparteilichen" Studentengruppen die „politische Tendenzwende" herbeiführen sollten, und der die heute herrschende bürgerliche Wissenschaftslehre an den Hochschulen ist, besteht im wesentlichen in der Aussage, daß man die Welt nicht erkennen kann. Daher könne man auch letztlich nie entscheiden, was richtig und falsch sei, und jede Aussage könne allenfalls vorübergehend als richtig anerkannt werden, da sie jederzeit damit rechnen müsse, widerlegt zu werden.

Es liegt auf der Hand, daß – die Universitäten betrachtet – mit dieser Philosophie des Nichtswissens, die es auch dem Dummkopf erlaubt als „kritischer Rationalist" aufzutreten, jeder Versuch der Studenten sich zur Vertretung der eigenen Interessen unter gerechten Forderungen gegenüber dem bürgerlichen Staat zusammenzuschließen, von den „kritischen Rationalisten" bekämpft wird. Und so treten diese Nachwuchskader Bourgeoisie an den Hochschulen der fortschrittlichen Studentenbewegung gegenüber mit dem Argument auf, da man nicht wisse, was richtig sei, solle man alles lassen, wie es ist. Über ein paar Reformen könne man freilich reden. Das wird zwar nicht so gesagt, kommt aber im Endeffekt darauf hinaus. Man versteht, daß diese Philosophie außerordentlich geeignet ist, die bürgerliche Politik an der Hochschule mit wissenschaftlichem Anspruch zu vertreten.

Daß diese Philosophie für Schwachköpfe aber auch unter den Studenten nicht verfängt, das scheint den Ziehvätern der „überparteilichen" Studentengruppen von Anfang an gedämmert zu haben. In den von der Arbeitsgemeinschaft Akademischer Verbände herausgegebenen Schulungsmaterialien findet sich so eigens ein Arbeitspapier Nr. 20 (siehe Kasten), an Hand dessen der junge Bourgeoisnachwuchs für politische Diskussionen an den Hochschulen geschult wird.

Man kann diesem Dokument leicht entnehmen, daß sich die Bourgeoisie bewußt ist, daß ihre Ideologie samt „kritischem Rationalismus" auf tönernen Füßen steht, und bei jeder zu engen Berührung mit der Wirklichkeit in die Knie gehen muß. Da sollen dann rethorische Tricks, Lügen und schauspielerische Phrasen dafür herhalten, daß sich die jungen Bourgeoispolitiker an den Hochschulen vor Niederlagen retten können.

Niederlagen die unvermeidlich sind, weil die Studenten immer schärfer am eigenen Leibe erfahren, daß wer nicht aus der besitzenden Klasse kommt, nur studieren darf, wenn er sich der herrschenden Klasse und ihrem Staat ausliefert. Bei dieser Lage herrscht die Tendenz zum Aufschwung der spontanen Rebellion unter den Studenten und der Unterstützung der Kämpfe der Volksmassen durch die Studenten vor, und der Versuch, sich eine „politische Tendenzwende" zu erkaufen, ist zum Scheitern verurteilt.

Herauskommen wird, und solche gekaufte und gemachte Studentengruppen kann man an jeder Universität finden, daß sich das bürgerliche Politikerpack durch diese Machenschaften noch mehr verhaßt macht, und daß man ihre „studentischen Kader" an der Universität offen bezeichnen kann als käuflichen Jungnachwuchs der Reaktion. Der die Interessen der Studentemassen den Interessen der Kapitalistenklasse und ihres Staates unterordnen will und wenn er das Examen hat als Kapitalist, Staatsanwalt, Politiker und General an der Ausbeutung, Ausplünderung und Unterdrückung der Massen sein Geld verdient. – (er)

Auszug aus dem Schulungsmaterial der Arbeitsgemeinschaft Akademischer Verbände

Arbeitspapier 20
Seminarpapier
Stand: April 74

Taktische Hinweise für (hochschul-)politische Diskussionen

1. Zum eigenen Redestil:
Erkenne, welcher Redetyp du bist
1.1. Informationsredner – wirkt durch ruhige Sachlichkeit
1.2. Überzeugungsredner – wirkt durch mitreißenden Denk- und Sprechstil (zielt auf unentschlossenes oder gegnerisches Auditorium)
1.3. Integrationsredner – artikuliert bzw. steigert Gemeinschaftserlebnis.
Pflege den eigenen Typ, versuche nicht, einen anderen, wenn er dir nicht liegt (z.B. 1.2.) nachzuahmen.
3.2. Wenn Gegner in Fitnessphase, selber schwächer: VORSICHT! Nicht nach Definitionen und Prämissen etc. fragen, sonst erhält der Gegner willkommene Gelegenheit zum „Glänzen"!
3.3.2. Reaktion auf ernstzunehmende Einwände
– Grundsätzlich:
– ANERKENNEN des Einzeleinwands
– ERGÄNZEN bz. Modifizieren durch Zusatzinformation
– RICHTIGSTELLEN der gegnerischen Folgerung durch Einordnung in eine andere Perspektive
Beispiel:
Beispiel:
Einwand: 1,7 % der Bevölkerung der Bundesrepublik verfügt über 75 % des Produktiv-vermögens (Krelle)
Anerkennung: Sicherlich ist die Vermögensstreuung in der Bundesrepublik noch längst nicht optimal.
Ergänzen bzw. modifizieren:
Sie müßten auch betonen, daß das Produktivvermögen nur
einen sehr kleinen Teil des – besser gestreuten – Gesamtvermögens (ca. 16 %) ausmacht. Dann sieht die Sache schon etwas anders aus. Im übrigen basiert die Berechnung Krelles auf äußerst schwachen statistischen Grundlagen (siehe Arbeitspapier Nr. 32).
Richtigstellen der Perspektive:
– SCHWACHE Punkte im eig. Vortrag durch einen relativierenden Zusatz versehen: „z.B. das zunächst dazu"

Interview mit dem 1. Vorsitzenden Kirschbaum

K.: Hier Kirschbaum.
KSB: Guten Tag. ... mein Name, Elektrogroßhandel in Trier. Ich rufe Sie an, weil heute morgen 2 junge Herren, Studenten von der Universität bei mir waren, die Sie, bzw. die Arbeitsgemeinschaft Akademischer Verbände, als Referenzen angegeben haben. Und zwar baten mich die 2 um ein Inserat in ihrer Zeitung.
K.: Wie war denn der Name?
KSB: Das war eine gewisse ...
K.: Unabhängige Mitte?
KSB: Ja, das wirds wohl sein. Jedenfalls machten die beiden einen sehr soliden Eindruck auf mich. Und was sie sagten klang sehr vernünftig. Wie gesagt, die beiden wollten ein Inserat von mir für ihre Zeitung. Im Lauf des Gesprächs meinten sie dann, daß Sie sehr eng mit ihrem Verband zusammenarbeiten und ich mich bei Ihnen erkundigen könne.
Ich bin also keineswegs abgeneigt, die jungen Leute zu fördern. Halten Sie die auch für unterstützenswert?
K.: Aber zweifellos! Sehen Sie, unser Verband fördert alle Gruppen an den Universitäten. Und zwar in der ganzen demokratischen Breite. Das geht vom RCDS oder dem Sozialliberalen Hochschulverband bis hin zur ADM hier in Bonn.
KSB: Das ist auch eine gute Sache. Ich war gerade letzte Woche mal auf der Universität. Das ist ja kaum auszuhalten, wie es da von kommunistischen Hetzblättern wimmelt. Da muß man was dagegen machen.
K.: Das haben wir uns auch gesagt. Wir unterstützen deshalb alle die demokratischen Gruppen in ihrem Kampf gegen den Kommunismus. Wir holen uns die Studenten zu Tagungen und Seminaren zusammen. Auch die Ministerien unterstützen.
KSB: Ach ja?
K.: Aber gewiß. Für Studenten veranstalten wir zehntägige Seminare und für Schüler sechstägige. Man muß sich nämlich rechtzeitig gegen die Kommunisten stellen.
KSB: Sie meinen also, diese Unabhängige Mitte verdient es, daß man ihr unter die Arme greift?
K.: Da bin ich ganz sicher!
KSB: Gut, ich bedanke mich. Ich werde mich noch schriftlich an Sie wenden in den nächsten Tagen. Vorerst herzlichen Dank! Wiederhören.
K.: Aber bitte sehr. Wiederhören.

Interview mit dem 2. Vorsitzenden Busch

B.: Sie wollen also Auskunft über die Arbeitsgemeinschaft Akademischer Verbände?
KSB: Ja.
B.: Das ist eine Arbeitsgemeinschaft mit Sitz in Bonn, die sich darum bemüht, Studenten Unterrichtung und Information zu geben über die Situation in den Hochschulen Deutschlands.
KSB: Ah ja.
B.: ... über die hochschulpolitische Situation. Dazu veranstaltet diese Arbeitsgemeinschaft Seminare von 7 bis 10-tägiger Dauer zu Fragen des Hochschulrechts, des kommunistisch-marxistischen Weltbildes und zu Fragen auch allgemeiner Politik. Was mir auch ziemlich notwendig erscheint, darüber werden auch rhetorische und didaktische Übungen abgehalten. Träger sind zum Teil die Korporationsverbände, aber auch die öffentliche Hand, egal welcher Minister im Sessel sitzt. Wir werden von schwarzen und von roten Ministerien unterstützt, vom Bund und den Ländern.
KSB: Das hört sich alles ja sehr gut an. Sie meinen ...
B.: Politische Zielansprache würde ich etwa sagen, politische Mitte.
KSB: Das ist ja sehr eindrucksvoll. Sie meinen also, da könnte man sich unbesorgt ...
B.: Würde ich Ihnen empfehlen und würde sagen, schreiben Sie mal an den Vorsitzenden, den Oberstaatsanwalt Dr. Kirschbaum.
KSB: Ah ja, noch eine andere Frage. Ich möchte also nicht, daß das irgendwie an die Öffentlichkeit gerät, wenn ich das unterstütze. Gerade hier in Trier sind nämlich die Kommunisten an der Hochschule entsetzlich stark.
B.: Dagegen bietet die Arbeitsgemeinschaft Hilfen.
KSB: Das ist ja wunderbar. Könnten Sie mir mal eine Kontonummer ...
B.: Nein, passen Sie auf. Sie setzen sich mal in Verbindung mit dem Vorsitzenden und bitten ihn um die Übersendung von Unterlagen, insbesondere die Tagungsunterlagen. Daß Sie mal an solch einer Seminartagung teilnehmen können.
KSB: Das ist ja wunderbar, sagen Sie mal, wie ist das denn mit diesen Jusogruppen, werden die da auch ...
(Hier mußten wir kurzzeitig das Telefonat unterbrechen, riefen dann wieder an.)
Entschuldigen Sie bitte, wir wurden gerade unterbrochen. Ich wollte Sie also fragen, ob da auch die unterstützt werden.
B.: Nee, nee, dagegen hat die Arbeitsgemeinschaft eine Abgrenzung. Es geht also um die demokratische Mitte, Studenten fürs Grundgesetz, Rechtsstaat in der Universität, das wären also einige Gruppen, die unter demokratischer Mitte eingeordnet werden können.
(Anmerkung: Bei diesen Gruppen handelt es sich um rechte Gruppen in Kiel, Freiburg usw.)
B.: Schreiben Sie sich doch mal bitte auf; damit Sie sich mit Informationsmaterial versorgen können. Das ist die Adresse des Dr. Ernst Kirschbaum, 53 Bonn, Höhenweg 85.
KSB: Sie meinen also, da könnte ich mich auch ...
B.: Das können Sie. Da sind Sie herzlich aufgenommen. Schreiben Sie einen kleinen Brief, daß Sie von mir grob im Voraus informiert wurden und daß Sie um Unterlagen bitten, vor allem die Materialien.
KSB: Ich bedanke mich. Noch eine letzte Frage. Könnte ich mich da auch mit anderen Kollegen hier in Trier in Verbindung setzen?
B.: Ja, ja, soweit sie die Voraussetzungen erfüllen, die ich eben hier kurz skizziert habe. Noch ein letztes Wort zum Geld: Das kostet nichts. Kostet nur Zeit, Engagement und Arbeit.
KSB: Das ist ja auch nötig. Ich bedanke mich herzlich. Auf Wiederhören.